



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Die politische Partizipation von Frauen zwischen 1918
und 1933 in Österreich mit Möglichkeiten zur Umsetzung
im Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und
Politische Bildung“

verfasst von / submitted by

Barbara Böhm

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 299

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtstudium UF Geschichte, Sozialkunde und
Politische Bildung, UF Psychologie und Philosophie

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Christian Matzka

Inhalt

1	Vorwort.....	2
2	Einleitung.....	4
3	Frauenwahlrecht	6
3.1	Die Suffragetten	6
3.2	Die Umsetzung des Frauenwahlrechts in Österreich	7
4	Parteiunabhängige Frauenvereine	11
4.1	Der Allgemeine Österreichische Frauenverein	12
4.2	Der Bund Österreichischer Frauenvereine.....	13
5	Frauenbewegungen.....	17
5.1	Die Sozialdemokratinnen.....	17
5.2	Die katholisch-christlichsozialen Frauen.....	19
5.3	Die deutschnationalen-großdeutschen Frauen	21
5.4	Die Kommunistinnen.....	22
6	Gesetzgebung	24
6.1	Nationalversammlung.....	24
7	Die ersten weiblichen Mitglieder im Parlament.....	25
7.1	Anna Boschek	25
7.2	Emmy Freundlich	26
7.3	Lotte Furreg	27
7.4	Adelheid Popp.....	27
7.5	Gabriele Proft	31
7.6	Julie Rauscha.....	32
7.7	Therese Schlesinger.....	32
7.8	Amalie Seidel	33
7.9	Maria Tusch	34
7.10	Irene Sponner	34
7.11	Hildegard Burjan	34
7.12	Olga Rudel-Zeynek – Abgeordnete der I. Gesetzgebungsperiode	35
8	Geografische und politische Situation nach dem Ersten Weltkrieg in der Ersten Republik in Österreich.....	38
9	Statistische Betrachtung der Nationalratswahlen von 1919 – 1930.....	40
9.1	Wahlbestimmungen für die Nationalratswahlen 1920	40

9.2	Die Nationalratswahlen im Jahr 1920	41
9.3	Vergleich der Wahlen von 1919 und 1920	48
9.4	Wahlen für den Nationalrat vom 17. November 1923	50
9.5	Wahlen für den Nationalrat vom 24. April 1927	52
9.6	Wahlen für den Nationalrat vom 9. November 1930	55
9.7	Mandate und Stimmenanteil 1919 – 1930	59
10	Didaktische Umsetzung in der Schule	61
10.1	Unterrichtseinheit zu Kapitel „Frauenwahlrecht“	65
10.2	Unterrichtseinheit zu Kapitel „Frauen im Parlament“	68
10.3	Unterrichtseinheit zu Kapitel „Statistische Betrachtungen der Nationalratswahlen von 1919 – 1930“	71
10.4	Unterrichtseinheit zu Kapitel „Frauenbewegungen“	73
11	Kritik oder Ergebniskapitel	75
12	Forschungsausblick	77
13	Zusammenfassung	78
14	Literaturverzeichnis	80
15	Anhang	89

Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Mandatsverteilung in der Ersten Republik	24
Tabelle 2: NR 1920, Wahlergebnis in Verhältniszahlen, Teil 1	44
Tabelle 3: NR 1920, Wahlergebnis in Verhältniszahlen, Teil 2	45
Tabelle 4: NR 1920, Geschlechtsgliederung der Wähler nach Parteien in Verhältniszahlen...	46
Tabelle 5: Vergleich zwischen der Konstituierenden Nationalversammlung 1919 und den Nationalratswahlen 1920	49
Tabelle 6: Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung im Vergleich von 1920 und 1923	50
Tabelle 7: Vergleich zwischen den Nationalratswahlen von 1920 und 1923	51
Tabelle 8: NR 1927, Wahlergebnis	52
Tabelle 9: NR 1927, Wahlergebnis nach Geschlecht und Parteien	53
Tabelle 10: NR 1927, Mandatsvergleich, wenn Männer oder Frauen alleine gewählt hätten. .	54
Tabelle 11: Vergleich der Nationalratswahlen in der Ersten Republik nach marxistischen und nicht marxistischen Parteien.	56
Tabelle 12: NR 1930, Wahlergebnis nach Geschlecht und Parteien.....	57
Tabelle 13: NR 1930, Wahlergebnis in Prozent und nach Geschlecht.....	57
Tabelle 14: NR 1930, Mandatsvergleich, wenn Männer oder Frauen alleine gewählt hätten. .	58
Tabelle 15: Mandate und Stimmenanteil 1919 – 1930.....	59

Dieses Buch widme ich allen Frauen und Männern, die sich im unermüdlichen Kampf um das Wahlrecht engagiert haben und sich noch immer dafür einsetzen.

1 Vorwort

Das Thema meiner Diplomarbeit ergab sich aus vielen unterschiedlichen Seminaren an der Universität Wien, welche sich sowohl mit dem Thema Frauen- als auch mit der Geschlechtergeschichte beschäftigten. Da mein Studium einen pädagogischen Teil beinhaltet und mit Hinblick auf mein späteres Berufsleben war es mir vor allem wichtig, auch einen fachdidaktischen Teil zu entwickeln.

Bevor ich nun auf meine verwendete Literatur Bezug nehme, möchte ich auf den Titel meiner Diplomarbeit „Politische Partizipation von Frauen zwischen 1918 und 1933 in Österreich mit Möglichkeiten zur Umsetzung im Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ eingehen und den Begriff „Partizipation“ näher bestimmen.

Im Lexikon Brockhaus ist der Begriff „Partizipation“ wie folgt, definiert: *Partizipation [spätlat. participatio, zu lat. particeps <<teilhabend>>] die, -/-en, 1) Allg.: die mehr oder minder anerkannte bzw. berechtigte Teilhabe einer Person oder Gruppe an Entscheidungsprozessen oder Handlungsabläufen in Organisationen und Strukturen. 2) Politikwissenschaft, Arbeits- und Organisationssoziologie [...]*¹

Unter dem Begriff „Partizipation“ wurde zunächst nur die aktive Beteiligung an Wahlkämpfen und aktive Mitgliedschaft in Parteien verstanden, er weitete sich jedoch in den 1950er und 1960er Jahren aus. Partizipation wurde unterteilt in konventionelle und unkonventionelle Formen und auch illegale Formen wie zum Beispiel die Mitwirkung an Bürgerprotesten, Streiks und ziviler Ungehorsam werden diskutiert.² Hinzu kamen im Laufe der Zeit auch die technologischen und medialen Entwicklungen, welche es ermöglichen, seine politische Meinung überall und zu jeder Zeit kundzutun.³ Es gibt zahlreiche Modelle, aber das von Fritz Vilma (*1929) trifft für die vorliegende Arbeit am ehesten zu, nämlich Partizipation in steigenden Stufen: *Mitsprache, Mitwirkung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung und Vetomacht [...]*.⁴ Der Begriff „Partizipation“ wird nicht nur in zahlreichen Lexika definiert, er hat sich auch wie vorhin schon erwähnt im Laufe der Zeit verändert und weiterentwickelt. Wie Gabriella Hauch in ihrem Buch „Vom Frauenstandpunkt aus“⁵ ausführt, brachte der Erste Weltkrieg und die erste Republik in Österreich eine entscheidende Wende für die politische Partizipation von

¹ Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 21 (Leipzig/Mannheim 2006), 65.

² Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 21 (Leipzig/Mannheim 2006), 65.

³ Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 21 (Leipzig/Mannheim 2006), 66.

⁴ Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 21 (Leipzig/Mannheim 2006), 66.

⁵ Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919 – 1933. Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 7 (Wien 1995).

Frauen. Frauen gingen in dieser Zeit nicht nur „ihren“ Berufen nach, sondern übernahmen auch bedingt durch den Krieg die Positionen der Männer.⁶

Gabriella Hauch war mit ihren beiden Büchern „Vom Frauenstandpunkt aus“⁷ und „Frauen bewegen Politik“⁸ eine der wichtigsten Begleiterinnen für die vorliegende Diplomarbeit. Ebenso wichtige Beiträge stammen aus den Veröffentlichungen von Birgitta Bader-Zaar.⁹ Beide Frauen lehren an der Universität Wien und haben ihren Forschungsschwerpunkt in der Frauen- und Geschlechtergeschichte. Für die statistischen Betrachtungen waren die Bücher von Robert Danneberg¹⁰ und Rodney Stiefbold¹¹ eine große Stütze. Diese Diplomarbeit bezieht sich aber nicht nur auf Bücher, sondern es wurden auch mehrfach Seiten aus dem Internet herangezogen. Die österreichische Nationalbibliothek veröffentlichte eine Seite mit dem Namen „Frauen in Bewegung: 1918–1938“¹², welche besonders für die Biografien der weiblichen Mitglieder im Parlament hilfreich war. Aber auch die Homepage des Parlaments¹³ lieferte zahlreiche Informationen, besonders im Bereich der Abgeordneten fanden sich viele gute Quellen. Für den didaktischen Teil profitierte ich am meisten aus den zahlreichen fachdidaktischen Seminaren an der Universität Wien sowie aus den Gesprächen mit meinem Diplomarbeitsbetreuer Christian Matzka. Ergänzend zu den Seminaren gab noch das Buch von Christoph Kühberger¹⁴ einige interessante Denkanstöße.

⁶ Gabriella Hauch, *Vom Frauenstandpunkt aus*. Frauen im Parlament 1919 – 1933. Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 7 (Wien 1995), 60.

⁷ Gabriella Hauch, *Vom Frauenstandpunkt aus*. Frauen im Parlament 1919 – 1933. Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 7 (Wien 1995).

⁸ Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik*. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung Bd. 10 (Innsbruck 2009).

⁹ Birgitta Bader-Zaar, *Zum Frauenwahlrecht*. In: Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum Wien (Hg.), *Karl Renner – Ein österreichisches Phänomen*. Wiedergabe des Symposiums aus Anlaß des 125. Geburtstages von Karl Renner (Wien 1996).

Brigitta Bader-Zaar, *Die politische Partizipation der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Österreich 1918 – 1934*. In: Gabriella Hauch, Regina Thumser-Whös, Luboš Velek (Hg.), *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 26/2015/2, *Frauen Politik Transformation/ Woman Politics Transformation* (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

Birgitta Zaar, *Frauen und Politik in Österreich 1890 – 1934. Ziele und Visionen*. In: David F. Good, Margarete Grandner, Mary Jo Maynes (Hg.), *Frauen in Österreich. Beiträge zu ihrer Situation im 19. und 20. Jahrhundert* (Wien/Köln/Weimar 1994).

¹⁰ Robert Danneberg, *Die politischen Parteien in Deutschösterreich. Die Wahlen im ersten Jahrzehnt der Republik*. Statistische Betrachtungen von Robert Danneberg (Wien 1927).

¹¹ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, *Wahlen und Parteien in Österreich*. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966).

¹² Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, *Frauen in Bewegung: 1848 – 1938*, online unter <<http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/>> (27.10.2017).

¹³ Parlament, online unter <<https://www.parlament.gv.at/>> (27.10.2017).

¹⁴ Christoph Kühberger, *Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung*. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

2 Einleitung

Von 183 Abgeordneten des Nationalrates in Österreich sind mit Stand vom 27.11.2017 63 Frauen, das ergibt einen Anteil von 34,43 Prozent.¹⁵ Vergleicht man diese Zahlen mit denen aus dem Jahr 1920, in dem die Frauen lediglich mit einer Beteiligung von 5,14 Prozent vertreten waren, so wird deutlich, wie viel sich seit der Einführung des Frauenwahlrechtes politisch für Frauen verändert hat.¹⁶

In dieser Arbeit wird genauer analysiert, wie sich Frauen politisch in Österreich zwischen 1918 und 1933 beteiligten. Sie waren nicht nur als Wählerinnen aktiv in der Politik tätig, sondern auch zum Beispiel als Abgeordnete im Nationalrat. Es waren in den Jahren 1919 und 1934 zwischen sechs und dreizehn Frauen im Parlament, das sind 3,6 Prozent und 7,4 Prozent.¹⁷ Ihr Tätigkeitsbereich lag vor allem in den Bereichen Erziehung, Unterricht, soziale Verantwortung, Finanzen, Budget und Justiz.¹⁸ Aus den statistischen Betrachtungen von Robert Danneberg der Nationalratswahlen 1919 bis 1927 geht klar hervor, dass die Frauen die Mehrheit der Stimmenden mit 53 Prozent stellten, ihre Wahlbeteiligung gegenüber Männern jedoch geringer ausfiel.¹⁹ Die Forschungsfrage lautet daher:

Inwiefern beteiligten sich Frauen zwischen 1918 und 1933 in der Politik und welche Veränderungen ergaben sich daraus?

Dazu wurden zwei Hypothesen aufgestellt:

- 1) Obwohl Frauen sehr lange für ihr Wahlrecht gekämpft hatten, hatte dies keinen großen Einfluss auf die politische Situation, geschweige denn war eine Veränderung zu verzeichnen.
- 2) Frauen waren in den verschiedenen Parteien und Frauenbewegungen politisch aktiv, wurden jedoch nicht gleichermaßen wie Männer in den politischen Positionen eingesetzt.

Im ersten Teil der Arbeit werden die Forderung und die Umsetzung des Frauenwahlrechtes untersucht. Ausgehend von der englischen Suffragetten-Bewegung wird der Kampf ums Frauenwahlrecht in Österreich näher erläutert. Es werden hierfür auch die Positionen der politischen Parteien aufgezeigt und die daraus entstandene Bedeutung für diese durch das

¹⁵Parlament, Zusammensetzung des Nationalrates von 1920 (1919) bis 1934 (aufgrund des jeweiligen Wahlergebnisses), online unter <<https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNR/>> (28.04.2017).

¹⁶ Parlament, Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat, online unter <https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_NR.shtml> (24.10.2017).

¹⁷ Birgitta Zaar, Frauen und Politik in Österreich 1890 – 1934. Ziele und Visionen. In: David F. Good, Margarete Grandner, Mary Jo Maynes (Hg.), Frauen in Österreich. Beiträge zu ihrer Situation im 19. und 20. Jahrhundert (Wien/Köln/Weimar 1994), 64.

¹⁸ Zaar, Frauen und Politik in Österreich 1890 – 1934, 67.

¹⁹ Robert Danneberg, Die politischen Parteien in Deutschösterreich. Die Wahlen im ersten Jahrzehnt der Republik. Statistische Betrachtungen von Robert Danneberg (Wien 1927), 9.

Frauenwahlrecht. Welche Parteien waren Befürworter und welche Gegner des Frauenstimmrechts und wie argumentierten sie diese Einstellung, sollen die Leitfragen dafür sein. Darauf aufbauend werden die parteiunabhängigen Vereine vorgestellt sowie die innerparteilichen Strukturen. Wie waren die Frauen in den bisher männerdominierten Parteien organisiert, welche Forderungen und Ziele verfolgten sie? Die führenden weiblichen Persönlichkeiten der einzelnen Parteien wurden bis dahin bereits erwähnt, deren Biografie widmet sich dann das Kapitel „Die ersten weiblichen Abgeordneten im Parlament“. Interessant bei den Lebensläufen der Frauen ist, betrachtet man ihr politisches Engagement, aus welchen sozialen Schichten sie kamen und welchen Bildungs- beziehungsweise Berufsweg sie einschlugen. Nach dem Ersten Weltkrieg war nicht nur die politische Situation eine völlig neue, auch das Territorium musste neu festgesetzt werden und gemeinsam eine neue Identität geschaffen werden. Auf die geografische Lage wird im Anschluss kurz eingegangen, bevor eine genaue Betrachtung der Nationalratswahlen in der Ersten Republik folgt. Für die Nationalratswahlen 1920 ist zu beachten, dass die Wahlkuverts für Männer aus lichtgrauem und für Frauen aus blaugrauem Papier festgelegt wurden. Dies ermöglicht, die Wahlbeteiligung nach dem Geschlecht zu differenzieren. In den folgenden Jahren wurde dies weiter ausgebaut und liefert nun auch die Parteien, welche von Frauen und welche von Männern gewählt wurden. Bei den Statistiken ist außerdem zu beachten, dass in Tirol und Vorarlberg eine Wahlpflicht herrschte und daher die Wahlbeteiligung dort auch immer höher war.

Vom Frauenwahlrecht über die Frauenbewegungen bis hin zu den statistischen Betrachtungen decken diese Kapitel den fachtheoretischen Teil der Arbeit ab und sollen anschließend im fachdidaktischen Teil umgesetzt werden. Es wurde darauf geachtet, den theoretischen Teil in den vorhandenen Lehrplan zu integrieren und dafür passende Unterrichtseinheiten zu gestalten. Diese sollen nicht nur den Lehrstoff vermitteln, sondern durch die verschiedenen Unterrichtsmethoden auch die sozialen Kompetenzen der individuellen SchülerInnen fördern.

3 Frauenwahlrecht

3.1 Die Suffragetten

Die Forderung nach einem Frauenstimmrecht ist vor allem charakteristisch für die europäische Gesellschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts.²⁰ Besonders präsent war damals die *Suffragetten*-Bewegung, welche als politisch auffälligste englische Gruppierung für das Frauenstimmrecht galt.²¹ Die Suffragetten waren überwiegend konventionell und wuchsen in einer viktorianischen Gesellschaft auf. Königin Viktoria selbst lehnte aber das Frauenstimmrecht entschieden ab. Durch das Stimmrecht und damit verbunden die Mitwirkung an politischen Entscheidungen, erhofften sich die Frauen eine allgemeine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Für Frauen waren viele Berufe nicht zugänglich und auch ihre Rolle im Haushalt wollten sie durch ein Wahlrecht aufbrechen.²² 1903 wurde die *Women's Social and Political Union* (WSPU) von Emmeline Pankhurst und ihren Töchtern Christabel und Sylvia gegründet. Die Suffragetten verwendeten oft sehr unkonventionelle Wege, um Aufmerksamkeit zu erhalten, wie zum Beispiel Hungerstreiks oder Brandanschläge auf leerstehende Häuser.²³ Es folgten zahlreiche Verhaftungen, die wiederum von Seiten der Frauen in Hungerstreiks endeten und zu Protesten führten. Die Justiz reagierte mit Zwangsfütterungen per Schlauch durch die Nase, dies versetzte wiederum die Öffentlichkeit in Schrecken. Ab 1912 radikalisierte sich die Gruppe noch mehr, sie setzten Briefkästen in Brand und griffen nun auch Privathäuser und Museen an. Emmeline Pankhurst sprach in diesem Zusammenhang in ihrer berühmten Rede „Freiheit und Tod“ im November 1913 nicht mehr von einem Kampf ums Wahlrecht, sondern vom „Civil War“, also einem Bürgerkrieg von Frauen. Als 1914 England dem Deutschen Reich den Krieg erklärte, mobilisierte Emmeline Pankhurst die WSPU-Frauen für die Waffenproduktion und die Forderung nach dem Frauenstimmrecht wurde zunächst vertagt. Vier Jahre später wurde in Großbritannien das eingeschränkte Frauenwahlrecht, gebunden an Alter (über 30) und Besitz, eingeführt. 1928 wurde schließlich die echte Gleichberechtigung im Wahlrecht durchgesetzt.²⁴ Auch in anderen Ländern setzten sich Frauen für ihr Stimmrecht ein.²⁵ In einigen, wie zum Beispiel im Bundesstaat Wyoming in der USA, wurde das

²⁰ Trevor Owen Lloyd, *Suffragetten. Die Emanzipation der Frau in der westlichen Welt* (Lousanne, 1970), 5.

²¹ Andrea Ellmaier, *Frauenpolitik. Zur Geschichte emanzipatorischer Politik und Praxis (in der Ersten Welt). Am Beispiel Österreich*. In: *Forum Politische Bildung, Geschlechtergeschichte – Gleichstellungspolitik – Gender Mainstreaming* (=Information zur Politischen Bildung Bd. 26, Innsbruck/Wien/Bozen 2006), 7.

²² Lloyd, *Suffragetten*, 5 – 6.

²³ Ellmaier, *Frauenpolitik*, 7.

²⁴ Frank Patalong, *Bürgerkrieg der Geschlechter. Suffragetten-Bewegung*. In: *Spiegel Online* (01.03.2013), online unter <<http://www.spiegel.de/einestages/suffragetten-bewegung-buergerkrieg-der-geschlechter-a-951045.html>> (15.09.2017).

²⁵ Initiative 70 Jahre Frauenwahlrecht, *Wer wählt gewinnt?* (Wien 1989). In: *Demokratiezentrum*, online unter <<http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/frauenwahlrecht.pdf>>, 14.

Frauenwahlrecht bereits 1869 eingeführt. Weitere Vorreiter im diesem Bereich waren Finnland 1906, Norwegen 1913 und Dänemark 1915.²⁶

3.2 Die Umsetzung des Frauenwahlrechts in Österreich

Die Bestimmungen für die Grundsätze des Wahlrechts in Österreich sind im Bundes-Verfassungsgesetz verankert. Darin wird festgehalten, dass in Österreich ein allgemeines, gleiches, unmittelbares, persönliches, geheimes und freies Wahlrecht besteht und dass nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird. Laut allgemeinem Wahlrecht haben alle österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger das Recht zu wählen (aktives Wahlrecht) und gewählt zu werden (passives Wahlrecht). Das gleiche Wahlrecht besagt, dass jede Stimme den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis hat, und beim unmittelbaren Wahlrecht werden die Abgeordneten zum Nationalrat direkt und ohne Umwege gewählt. Das persönliche Wahlrecht stellt sicher, dass der Wähler oder die Wählerin seine bzw. ihre Stimme persönlich abgibt und nicht durch eine stellvertretende Person. Beim geheimen Wahlrecht wird garantiert, dass die Stimme unbeobachtet abgegeben wird und der Stimmzettel anschließend in einem unbeschrifteten Kuvert in die Wahlurne kommt. Das freie Wahlrecht besagt, dass die Wählerinnen und Wähler frei in ihrer Wahlentscheidung sind und nicht durch Druck oder Zwang beeinträchtigt werden dürfen. Das Verhältniswahlrecht steht im Gegensatz zum Mehrheitssystem und garantiert, dass die Parteien entsprechend ihrem erzielten Stimmanteil vertreten sind.²⁷

Die eben angeführten Grundsätze sind das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe und Diskussionen, in denen Menschen für ihr Recht auf Mitbestimmung und -gestaltung eintraten.²⁸

Bereits in der Habsburgermonarchie gab es ein Frauenwahlrecht auf Gemeinde- und Landtagsebene im Großteil von Österreich. Dies wurde gemäß den damaligen Zensusbestimmungen für Steuerzahlende auf Basis von Einnahmen aus Gewerbe und Erwerb bestimmt. Die Frauen durften jedoch ihr Wahlrecht zumeist nicht persönlich ausüben, sondern nur durch einen männlichen Bevollmächtigten. Außerdem sollte es angeglichen werden an das Reichsratswahlrecht, in dem nur Großgrundbesitzerinnen stimmberechtigt waren.²⁹

²⁶ Initiative 70 Jahre Frauenwahlrecht, Wer wählt gewinnt? (Wien 1989). In: Demokratiezentrum, online unter <<http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/frauenwahlrecht.pdf>>, 14.

²⁷ Parlament, Grundsätze des Wahlrechts, online unter <<https://www.parlament.gv.at/PERK/PARL/DEM/GRUNDS/>> (20.09.2017).

²⁸ Günther Scheffbeck, Die Volksvertreterin. Frauenwahlrecht und parlamentarische Vertretung der Frauen in Österreich (Wien 2005), 10.

²⁹ Birgitta Bader-Zaar, Zum Frauenwahlrecht. In: Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum Wien (Hg.), Karl Renner – Ein österreichisches Phänomen. Wiedergabe des Symposiums aus Anlaß des 125. Geburtstages von Karl Renner (Wien 1996), 50 - 51.

In der Revolution 1848 wurde für die damaligen Verhältnisse ein sehr fortschrittliches Wahlrecht für den Reichsrat erkämpft, bei dem jedoch Frauen noch immer ausgeschlossen blieben. 1861 wurde das Gesetz an wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Selbstständigkeit angepasst und gewährte somit einigen Frauen Zutritt zum Wahlrecht für Gemeinderats-, Landtags- und im geringen Ausmaß auch für Reichsratswahlen. Als dieser Zutritt jedoch wieder gestrichen werden sollte, forderten die Frauen 1891 öffentlich ihr Recht ein. Die Sozialdemokraten erklärten 1892 das Frauenwahlrecht zu ihrem politischen Programm, reihten es jedoch nach dem Ziel des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts.³⁰ Sie waren die einzige Partei im Reichsrat, die sich offiziell für ein Frauenwahlrecht aussprach, und forderten 1892 den Zusatz: „ohne Unterschied des Geschlechts“. Victor Adler schrieb dazu, dass zuerst das allgemeine Wahlrecht für Männer durchzusetzen sei, bevor die Berechtigung dafür an Frauen gehe. Einige Frauen, wie Therese Schlesinger, protestierten gegen diese Taktik, stellten sich aber schlussendlich bei den großen Wahlrechtskämpfen ab 1905 hinter ihre Partei.³¹ Nach der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Männer 1907 intensivierte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ihren Kampf um das Frauenwahlrecht und veranstaltete dazu auch Straßendemonstrationen. Die bürgerliche Frauenstimmrechtsbewegung versuchte Aufmerksamkeit durch Publikationen zu generieren.³² Dem gegenüber stand die Christlichsoziale Partei, für die das Frauenwahlrecht lange kein Thema war. Sie vertraten die Meinung katholischer Theologen, nach denen das öffentliche Leben zum Bereich des Mannes gehörte und Frauen im Bereich Familie und Haushalt anzutreffen waren. Dieses Bild wurde durch den Ersten Weltkrieg ein wenig aufgebrochen und man versuchte sich gegen Ende des Krieges damit zu arrangieren.³³ Mit der Auflösung der Monarchie sollten auch Veränderungen im Staatswesen und dem Wahlrecht kommen.³⁴ So wurde nach dem Ersten Weltkrieg der damalige Staatskanzler Karl Renner beauftragt, einen Entwurf für das neue Wahlrecht der Republik Österreich auszuarbeiten. Dazu äußerte sich Renner einige Jahre später wie folgt:³⁵

³⁰ Günther *Schefbeck*, Die Volksvertreterin. Frauenwahlrecht und parlamentarische Vertretung der Frauen in Österreich (Wien 2005), 35.

³¹ Birgitta *Bader-Zaar*, Zum Frauenwahlrecht. In: Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum Wien (Hg.), Karl Renner – Ein österreichisches Phänomen. Wiedergabe des Symposiums aus Anlaß des 125. Geburtstages von Karl Renner (Wien 1996), 49.

³² Günther *Schefbeck*, Die Volksvertreterin, 35.

³³ *Bader-Zaar*, Zum Frauenwahlrecht, 51.

³⁴ Günther *Schefbeck*, Die Volksvertreterin, 39.

³⁵ *Bader-Zaar*, Zum Frauenwahlrecht, 47.

*Er enthielt das gleiche Stimmrecht beider Geschlechter, anfänglich zum nicht geringen Schrecken der bürgerlichen Abgeordneten, deren Parteien sich bis dorthin ohne Ausnahme gegen das Frauenstimmrecht ausgesprochen hatten. Wir waren im höchsten Grade gespannt, wie sie sich nunmehr verhalten würden. Wir übten dabei die Klugheit, von der Sache wenig Aufhebens zu machen und sie als Selbstverständlichkeit, als einfaches Ergebnis unserer grundsätzlichen Auffassung hinzustellen.*³⁶

Das Frauenwahlrecht, so fuhr Renner weiter in seiner Erläuterung fort, sei auch von enormer Bedeutung für die Parteien und die revolutionäre Entwicklung. Die Frauen hatten sich während des Ersten Weltkrieges sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich einen hohen Stellenwert erkämpft, welchen sie nach dem Krieg nicht kampflos aufgeben wollten.³⁷ Bereits nach dem Beschluss, dass Frauen wählen gehen sollten, folgte 1918 eine Debatte über mögliche Einschränkungen des Frauenwahlrechtes, da sie nach dem Ersten Weltkrieg die Mehrheit der Stimmenden stellten.³⁸ Ignaz Seipel plädierte für einen organischen Aufbau des Wahlrechts. Konkret sollten Frauen, bevor sie ihr Stimmrecht erhalten, vorab in die öffentliche Verwaltung, in Armenräte, Waisenräte, Fürsorgeämter und so weiter eingesetzt werden. Danach würden sie in Frauenkurien zur Wahl zugelassen werden.³⁹ Die Christlichsozialen und die Deutschnationalen waren sehr verunsichert, wie die Frauen wählen würden und da sie nach dem Krieg die Stimmmehrheit stellten, war man bemüht, diese auf irgendeine Weise einzuschränken.⁴⁰ Rudolf Heine von den Deutschnationalen befürchtete, dass die Frauen womöglich eigene Listen aufstellen könnten und in Folge die Männer aus dem Parlament verdrängen würden. Er forderte daher, dass eine statistische Erhebung über die Wahlberechtigten gemacht werde und anschließend die Altersgrenze für Frauen so angehoben werde, dass Frauen und Männer in gleicher Zahl wahlberechtigt waren. Dieses Modell gab es seinerzeit bereits in England, wo Frauen erst ab 30 Jahren wahlberechtigt waren. Karl Seitz entgegnete diesem Vorschlag jedoch damit, dass diese Einschränkung auf ein Klassen- und Ständewahlrecht hinauslaufen würde. Ein weiterer Versuch, nicht die Stimmen der Frauen an eine andere Partei zu verlieren, war die Forderung nach einer Wahlpflicht.⁴¹ Die Christlichsozialen und die Deutschnationalen bangten, dass eher radikale und sozialdemokratische Frauen wählen gehen würden und ihre potentiellen Wählerinnen zu Hause

³⁶ Karl Renner, Der Staatsrat beschließt das Frauenstimmrecht (1918). In: Richard Klusarits, Friedrich G. Kürbisch (Hg.), Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht. Autobiographische Texte zum Kampf rechtloser und entrechteter „Frauenpersonen“ in Deutschland, Österreich und der Schweiz des 19. Und 20. Jahrhunderts. (Wuppertal, o.J.), 308.

³⁷ Birgitta Bader-Zaar, Zum Frauenwahlrecht. In: Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum Wien (Hg.), Karl Renner – Ein österreichisches Phänomen. Wiedergabe des Symposiums aus Anlaß des 125. Geburtstages von Karl Renner (Wien 1996). 47 – 48.

³⁸ Bader-Zaar, Zum Frauenwahlrecht, 51.

³⁹ Bader-Zaar, Zum Frauenwahlrecht, 51.

⁴⁰ Bader-Zaar, Zum Frauenwahlrecht, 53.

⁴¹ Bader-Zaar, Zum Frauenwahlrecht, 53 – 54.

blieben.⁴² Ein anderer Vorschlag war, dass die Altersgrenze auf 24 Jahren angehoben werden sollte und Soldaten mit einer Tapferkeitsauszeichnung bereits ab dem 20. Lebensjahr wahlberechtigt sein sollten. Keiner der Vorschläge wurde jedoch in die Realität umgesetzt. Am 18. Dezember 1918 erließ die Konstituierende Nationalversammlung ein Gesetz über die Wahlordnung, in dem es unter § 11 heißt: *Wahlberechtigt ist jeder deutschösterreichische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der vor dem 1. Jänner 1919 das zwanzigste Lebensjahr überschritten hat*⁴³.

Die Einführung der Wahlpflicht blieb der Landesgesetzgebung überlassen und wurde schließlich in Tirol und Vorarlberg eingeführt. Das passive Wahlrecht erhielten Männer und Frauen ab dem 29. Lebensjahr und wurde unter § 12 festgehalten. Ausgeschlossen sowohl vom aktiven als auch vom passiven Wahlrecht waren gewerbliche Prosituierte. Sie erhielten erst 1923 ein Wahlrecht.⁴⁴

⁴² Birgitta Bader-Zaar, Zum Frauenwahlrecht. In: Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum Wien (Hg.), Karl Renner – Ein österreichisches Phänomen. Wiedergabe des Symposiums aus Anlaß des 125. Geburtstages von Karl Renner (Wien 1996), 53 -54.

⁴³ Initiative 70 Jahre Frauenwahlrecht, Wer wählt gewinnt? (Wien 1989). In: Demokratiezentrum, online unter <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/frauenwahlrecht.pdf>> (08.01.2018), 14.

⁴⁴ Initiative 70 Jahre Frauenwahlrecht, Wer wählt gewinnt? (08.01.2018), 14.

4 Parteiunabhängige Frauenvereine

Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, wann genau sich die erste Frauenbewegung zusammenschloss,⁴⁵ aber als Ausgangspunkt für organisierte Frauenbewegungen wird die Gründung des ersten Wiener demokratischen Frauenvereins am 28. August 1848 angesehen. Als der Lohn der Erdarbeiterinnen im Zuge von Aushubarbeiten für Straßen und Wege im Prater und der heutigen Brigittenau gesenkt wurde, kam es am 21. August 1848 zu Demonstrationen. Dieser Protestzug endete zwei Tage später mit blutigen Auseinandersetzungen im Prater gegen die kaiserliche Nationalgarde. 18 Arbeiter und vier Soldaten kamen dabei ums Leben, 282 Menschen wurden verwundet, darunter auch viele Frauen und Kinder. Daraufhin gründete Karoline von Perin gemeinsam mit einigen adeligen und bürgerlichen Frauen den *Wiener demokratischen Frauenverein*. Bei der Gründung des Vereins im Wiener Volksgarten stürmten Männer die Versammlung und zwei Monate später wurde der Verein durch das neo-absolutistische Kaiserhaus aufgelöst. Dennoch zählt der *Wiener demokratische Frauenverein* als Vorreiter in Österreich für die darauffolgenden Frauenbewegungen. Zwar war den Frauen bis 1918 die Gründung von politischen Vereinen untersagt, dennoch entstanden in den darauffolgenden Jahren Frauenvereine mit politischer Ausrichtung. Oftmals deklarierten sie ihre Vereine als „Wohltätigkeitsverein“, um den Schein zu wahren.⁴⁶

1871 gründeten die Sozialdemokratinnen den ersten *Arbeiterinnen-Bildungsverein*. Ziele des Vereins waren die Aus- und Fortbildung von berufstätigen Frauen, die Alphabetisierung, Zugang zu Allgemeinbildung sowie politische Bildung.⁴⁷ Die Frauen lernten in diesem Verein aber nicht nur Lesen und Schreiben, sie erhielten auch nützliche Tipps für die Kindererziehung, die Gesundheitspflege und begannen über ihre politische Rechtlosigkeit zu diskutieren.⁴⁸

Die bürgerlichen Frauen lernten lesen, schreiben, handarbeiten, manchmal noch eine andere Sprache oder auch ein Musikinstrument in privatem Unterricht. Dennoch blieb ihnen der Zugang zu höherer Bildung oder einer fachlichen Ausbildung verwehrt. Diese Ausbildung war für ihre künftige Rolle als Ehefrau und Mutter einfach nicht vorgesehen. Daraus ergab sich, dass die Frauen in völliger Abhängigkeit ihrer Gatten lebten.⁴⁹ Dies wurde dann zu einem Problem, wenn diese frühzeitig verstarben oder ihr Vermögen, zum Beispiel durch die

⁴⁵ Petra Unger, „Sie wollen das Leben...!“ Skizze zur Ersten Frauenbewegung in Österreich. In: Birge Krondorfer, Hilde Grammel (Hg.), *Frauen-Fragen: 100 Jahre Bewegung, Reflexion, Vision* (Wien 2012).

⁴⁶ Unger, „Sie wollen das Leben...!“, 19.

⁴⁷ Unger, „Sie wollen das Leben...!“, 19.

⁴⁸ Unger, „Sie wollen das Leben...!“, 20.

⁴⁹ Unger, „Sie wollen das Leben...!“, 18.

Wirtschaftskrise im 19. Jahrhundert, verloren. Als unausgebildete Hausfrauen und Mütter waren die Frauen nicht in der Lage sich eine Arbeit zu suchen und verarmten oftmals. Marianne Hainisch war empört über den Zustand dieser Frauen und hielt bei der Generalversammlung am 12. März 1870 des Wiener Frauen-Erwerb-Vereins eine Rede mit dem Titel „Zur Frage des Frauenunterrichts“. Darin forderte sie die Errichtung von Mädchengymnasien und den allgemeinen Zugang von Frauen zu Hochschulbildung und Erwerbstätigkeit. Dieser Tag wird als der Beginn der ersten Frauenbewegung des bürgerlichen Flügels betrachtet.⁵⁰

4.1 Der Allgemeine Österreichische Frauenverein

Ein weiteres bedeutendes Datum für die Gründung von Frauenbewegungen war der 28. Jänner 1893, an dem der *Allgemeine Österreichische Frauenverein* (AÖFV) entstand. Dieser kam zustande, als man 1889 den privilegierten, steuerzahlenden, selbstständigen Frauen in Niederösterreich das Gemeindewahlrecht entziehen wollte.⁵¹ Zahlreiche Lehrerinnen mobilisierten sich und forderten ihre Rechte zur politischen Mitbestimmung ein sowie ein Frauenwahlrecht.⁵²

Der AÖFV bestand aus 200 bis 300 Frauen und auch Männern stand es frei, dem Verein beizutreten. Das Mitspracherecht blieb jedoch Frauen vorbehalten. Wichtige Persönlichkeiten im Verein waren Auguste Fickert, Rosa Mayreder, Ottilie Turnau, Marie Musill, Marie Lang und Therese Schlesinger. Der AÖFV sprach mit seinem Programm nur einen kleinen Teil der Frauen an, für die bürgerlichen Frauen war er zu radikal.⁵³

Der AÖFV setzte sich ein für eine Veränderung der Dienstbotinnenordnung, für eine Reform des Ehe- und des Familiengesetzes, engagierte sich für erwerbstätige Frauen in der Mittelschicht und im Staatsdienst. Organisiert war der Verein in verschiedenen Sektionen, wie der Sektion für Jugend, soziale Erziehung, Mutterschutz und einer Friedenspartei.⁵⁴

1919 löste sich der Verein auf und viele Frauen wurden in der *Women's International League for Peace and Freedom* aktiv.⁵⁵

⁵⁰ Petra Unger, „Sie wollen das Leben...!“ Skizze zur Ersten Frauenbewegung in Österreich. In: Birge Krondorfer, Hilde Grammel (Hg.), *Frauen-Fragen: 100 Jahre Bewegung, Reflexion, Vision* (Wien 2012), 18.

⁵¹ Unger, „Sie wollen das Leben...!“, 21.

⁵² Lydia Jammerneegg, *Allgemeiner Österreichischer Frauenverein*. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, *Frauen in Bewegung: 1848 – 1938*, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675071> (26.09.2017).

⁵³ Jammerneegg, *Allgemeiner Österreichischer Frauenverein* (26.09.2017).

⁵⁴ Jammerneegg, *Allgemeiner Österreichischer Frauenverein* (26.09.2017).

⁵⁵ Jammerneegg, *Allgemeiner Österreichischer Frauenverein* (26.09.2017).

4.2 Der Bund Österreichischer Frauenvereine

Der Internationale Frauenrat (*International Council of Women*, ICW) forderte die Frauen in Europa dazu auf, sich zu vereinen, um ihre Ziele besser erreichen zu können.⁵⁶ Am 5. Mai 1902 schlossen sich die bürgerlichen Frauenvereine nach Aufforderung des ICW zusammen und gründeten den *Bund österreichischer Frauenvereine* (BÖFV).⁵⁷ Der BÖFV fungierte als Dachorganisation und umfasste 1914 74 Vereine und 1931 36. Ziel des Vereins war Frauenvereine, welche ihre Arbeit in den Dienst des Frauen-, Familien- oder Volkswohles stellten und die gleichen ethischen, geistigen, humanitären und wirtschaftlichen Bestrebungen teilten, zu unterstützen und zu fördern. Ganz deutlich distanzierte sich der Verein von nationalen, konfessionellen und politischen Zielen.⁵⁸

Der AÖFV wurde Mitglied beim BÖFV, aber es zeigten sich immer wieder Unstimmigkeiten und so trat er in Folge eines Konfliktes um die Beamtinnen-Sektion aus, woraufhin 24 Mitglieder auch den AÖFV verließen. Diese Trennung wird heute als eine Spaltung in einen radikalen und einen gemäßigten Flügel der bürgerlichen Frauenbewegungen gewertet.⁵⁹

Organisiert war der Bund österreichischer Frauenvereine in einer Reihe von Kommissionen, welche sich im Laufe der Zeit immer wieder änderten, jedoch 1931 in eine Antialkohol-, Friedens-, Fürsorge-, Presse-, Rechts-, Sozialwissenschaftliche, Unterrichtskommission, Kommission für Volksernährung und Hauswirtschaft und die Kommission für Volksgesundheit geteilt waren.⁶⁰

Nach dem Ersten Weltkrieg kam es im BÖFV, wie auch in vielen anderen Organisationen und Vereinen, zu einer Nationalisierung und einem steigenden Antisemitismus. Infolge dessen traten zahlreiche jüdische Frauen aus. Mit der Ersten Republik und der Einführung des Frauenwahlrechts verlagerten sich auch die Themengebiete im Verein. Er unterstützte Frauenvereinsgründungen, wie Berufsorganisationen für Juristinnen oder Ärztinnen und die Gründung der Österreichischen Frauenpartei.⁶¹

⁵⁶ Lydia Jammernegg, Bund österreichischer Frauenvereine. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675147> (27.09.2017).

⁵⁷ Lydia Jammernegg, Allgemeiner Österreichischer Frauenverein. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675071> (26.09.2017).

⁵⁸ Jammernegg, Bund österreichischer Frauenvereine (27.09.2017).

⁵⁹ Jammernegg, Bund österreichischer Frauenvereine (27.09.2017).

⁶⁰ Jammernegg, Bund österreichischer Frauenvereine (27.09.2017).

⁶¹ Jammernegg, Bund österreichischer Frauenvereine (27.09.2017).

1935 wurde der BÖFV der Vaterländischen Front angegliedert und blieb bis 1938 mit eingeschränktem Handelsspielraum bestehen. Durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde er 1938 aufgelöst. 1947 wurde der Dachverband erneut eingerichtet, erlangte aber bei Weitem nicht mehr die gleiche Bedeutung wie vor dem Zweiten Weltkrieg. Der BÖFV besteht bis heute, kümmert sich um die Vertretung von Fraueninteressen in internationalen Frauengremien und äußert sich zu Gesetzesvorhaben.⁶²

Von enormer Bedeutung waren für die parteiunabhängigen Frauen die Streichung des § 30 des Vereinsgesetzes von 1867, welches Frauen, Ausländern und Minderjährigen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen untersagte⁶³, sowie das Wahlrecht und die verfassungsmäßige Gleichstellung.⁶⁴

Elise Richter, Marianne Hainisch, Gisela Urban, Helene Granitsch, Olga Misar und Marie Schwarz kandidierten ohne Erfolg in der liberal-sozial Bürgerlichen Arbeiterpartei für die Konstituierende Nationalversammlung.⁶⁵ Viele „potentielle“ Mitglieder des Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins (AÖFV) und des Bundes Österreichischer Frauenvereine (BÖFV) wandten sich in der Ersten Republik der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei oder der Kommunistischen Partei zu.⁶⁶

Trotz fehlendes Nachwuchses setzten sich der AÖFV und der BÖFV in der Ersten Republik für diverse Vereine ein, wie dem Lehrerinnen-, dem Akademikerinnen- und dem Künstlerinnenverein.

International engagierten sie sich für die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, deren Themen von der Abrüstung und Frieden, Prostitution, Mädchenhandel, Staatsbürgerschaft, Anerkennung der Hausarbeit als Erwerbsarbeit und über außerhäusliche Erwerbsarbeit für Frauen reichten.⁶⁷

1927 vertraten sechs Sozialdemokratinnen die Frauen im Nationalrat, aber unter den Abgeordneten befanden sich keine bürgerlichen Frauen. Daraufhin versammelte die 88-jährige Marianne Hainisch Frauen aller Parteien bei sich, um mögliche Gegenstrategien zu entwickeln.⁶⁸ Elise Richter und Helene Granitsch hatten bereits im Februar für eine eigene

⁶² Lydia Jammernegg, Bund österreichischer Frauenvereine. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675147> (27.09.2017).

⁶³ Günther Schefbeck, Die Volksvertreterin. Frauenwahlrecht und parlamentarische Vertretung der Frauen in Österreich (Wien 2005), 16.

⁶⁴ Gabriella Hauch, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung Bd. 10 (Innsbruck 2009), 142.

⁶⁵ Hauch, Frauen bewegen Politik, 141.

⁶⁶ Hauch, Frauen bewegen Politik, 142.

⁶⁷ Hauch, Frauen bewegen Politik, 142.

⁶⁸ Hauch, Frauen bewegen Politik, 144.

Frauenpartei ohne Unterschied der Rasse, Klasse und Religion plädiert. Da jedoch bereits viele engagierte Frauen in den anderen Parteien integriert waren, einigten sie sich auf die Gründung eines politischen Frauenbundes.⁶⁹ Die Frauen setzten sich ein für die Bewertung der Hausfrauenarbeit als Beruf, für ein Mutterschaftsgesetz, für die Förderung weiblicher Berufsarbeit und für gleichen Lohn bei gleicher Leistung. Zwei Jahre später, im Dezember 1929 wurde dann doch die Österreichische Frauenpartei zur Stärkung der Parteien im Parlament am Schwarzenbergplatz in Wien gegründet. Sie machte es sich zur Aufgabe, zwischen den anderen Parteien zu vermitteln, die politische Gehässigkeit der Männer einzuschränken sowie die Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts und der Konfession zu forcieren.⁷⁰ Wirtschaftlich befürwortete sie den Freihandel, niedrigere Steuern und kürzere Arbeitszeiten.⁷¹

1930 unterstützte die Frauenpartei Marie Schneider von der Großdeutschen Volkspartei (GDVP), da ihr ein sicheres Mandat für den Nationalrat zugesichert wurde. Bei dem Gesetzesentwurf für die Einrichtung einer Hauswirtschaftskammer stellte sich der BÖFV erneut hinter die GDVP.⁷² 1929/30, als Johannes Schober Bundeskanzler war, erhielt er ebenfalls die volle Unterstützung der Frauenpartei. Schober teilte die Vorstellungen der Frauenpartei oder auch andersrum, teilte die Frauenpartei ihre mit Schobers, jedenfalls riefen Marianne Hainisch und Helene Granitsch auf, die Stimmen für den Schoberblock abzugeben. Der Schoberblock erhielt bei den Wahlen elf Prozent der weiblichen und zwölf Prozent der männlichen Wählerstimmen.⁷³

Abgesehen von den Unterstützungen anderer Parteien, stellte die Frauenpartei bei der Innsbrucker Gemeinderatswahl am 17. Mai 1931 eine eigene Liste auf: *Wahlgemeinschaft der arbeitenden Frau, Zweig Innsbruck*.⁷⁴ Zwanzig Kandidatinnen ließen sich auf die Liste setzten, unter ihnen waren Lehrerinnen, Gewerbetreibende, Privatangestellte, Ehefrauen und auch Virginia Brunner vertreten. Brunner war eine der Initiatorinnen der Innsbrucker Vereinigung sowie der Ortsgruppe *Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs* (ROHÖ). Angeführt wurden sie von der Präsidentin Ottilie Stainer, welche auch Vorstandsmitglied des Roten

⁶⁹ Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung* Bd. 10 (Innsbruck 2009), 144.

⁷⁰ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 144.

⁷¹ Birgitta Bader-Zaar, *Die politische Partizipation der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Österreich 1918 – 1934*. In: Gabriella Hauch, Regina Thumser-Whös, Luboš Velek (Hg.), *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 26/2015/2, *Frauen Politik Transformation/ Woman Politics Transformation* (Innsbruck/Wien/Bozen 2015), 109.

⁷² Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 144.

⁷³ Bader-Zaar, *Die politische Partizipation der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Österreich 1918 – 1934*, 110.

⁷⁴ Bader-Zaar, *Die politische Partizipation der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Österreich 1918 – 1934*, 110.

Kreuzes war. Die *Wahlgemeinschaft der arbeitenden Frau, Zweig Innsbruck* setzte sich ein für eine humanere Steuergesetzgebung, welche Arme und Wehrlose schützen sollte.⁷⁵

Die Frauenpartei wollte, wenn sie gewählt worden wäre, unentgeltlich im Gemeinderat arbeiten. Außerdem forderte sie eine unpolitische Bildung für Jugendliche und trat ein für mehr Anerkennung der Hausfrauen.⁷⁶ Mit nur 742 Stimmen zog sie nicht in den Gemeinderat ein, erhielt aber um 42 Stimmen mehr, als die Mitgliederanzahl der örtlichen Frauenpartei betrug. Die Vereinigung kommentierte ihre Niederlage damit, dass sie zu wenig Budget für Wahlwerbung hatte, die bürgerlichen Parteien sie bekämpft hätten und es noch für die meisten Frauen ungewöhnlich sei, selbstständig politisch aufzutreten.⁷⁷

1933 trat die Österreichische Frauenpartei der Vaterländischen Front bei und ein Jahr darauf wurden sie als Partei aufgelöst und zum Verein Österreichischer Frauenschaft erklärt. Danach wurde bis dato nie wieder eine eigene Frauenpartei gegründet.⁷⁸

⁷⁵ Birgitta Bader-Zaar, Die politische Partizipation der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Österreich 1918 – 1934. In: Gabriella Hauch, Regina Thumser-Whös, Luboš Velek (Hg.), Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 26/2015/2, Frauen Politik Transformation/ Woman Politics Transformation (Innsbruck/Wien/Bozen 2015), 111.

⁷⁶ Bader-Zaar, Die politische Partizipation der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Österreich 1918 – 1934, 111.

⁷⁷ Bader-Zaar, Die politische Partizipation der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Österreich 1918 – 1934, 111.

⁷⁸ Lydia Jammerneegg, Österreichische Frauenpartei. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8674881> (03.05.2017).

5 Frauenbewegungen

5.1 Die Sozialdemokratinnen

Die Frauenvereine reichen zwar bis ins 19. Jahrhundert zurück, da sie meist verfassungsrechtlich als „nichtpolitisch“ eingestuft wurden, fanden sie aber wenig Beachtung. Es gab Vereinigungen zum Zwecke der Wohltätigkeit, Berufs- und Bildungsvereine und konfessionelle Vereinigungen. Etwas politischer wurde es ab 1890 mit der Genehmigung des sozialdemokratischen Arbeiterinnen-Bildungsvereins, welcher seine Anfänge bereits 1871 hatte. 1898 wurde schließlich auf der Frauenreichskonferenz eine Monarchie übergreifende Organisationsstruktur gegründet.⁷⁹

Das Frauenzentral Komitee wie auch das Frauensekretariat, welches seit 1908 von Gabriele Proft geleitet wurde, arbeitete nun gemeinsam mit dem Parteivorstand zusammen. Zusätzlich waren die Frauen der SDAP in eigene Frauenkomitees und Frauenkonferenzen von Lokal-, Bezirks-, Kreis-, Landes- und Bundesebene organisiert. Frauenreichskonferenzen fanden jeweils am Vortag der Parteitage statt. Im Zentralkomitee waren acht Frauen aus Wien und je eine Bundesländervertreterin, welche zumeist schon vor dem Ersten Weltkrieg für die SDAP politisch aktiv waren. 1923 waren die Gewerkschaftsfrauen Adelheid Popp, Therese Schlesinger, Gabriele Proft und Anna Boschek, für die Konsumgenossenschaften Emmy Freundlich und Amalie Seidel, für Wien Eugenie Brandl und Amalie Pölzer, Marie Tusch für Kärnten, Julie Rauscha für Niederösterreich, Marie Beutlmayer für Oberösterreich, Martha Tausk für die Steiermark, Maria Ducia für Tirol, Marie Klaushofer für Salzburg und für Vorarlberg und das Burgenland gab es keine Delegierte. Diese Frauen blieben bis in den 1930er Jahren in ihren Ämtern⁸⁰, mit Ausnahme von Julie Rauscha, die 1926 überraschend verstarb.⁸¹

Im Parteivorstand waren Adelheid Popp, Therese Schlesinger und als Ersatzmitglied Gabriele Proft bis 1933. Zur Parteivertretung gehörten seit 1929 die Bundesrätinnen Marie Beutlmayer und Kathi Graf als Mitglieder der Kontrolle und als Schiedsgerichtsbeisitzerinnen Marie Eisler, Leopoldine Glöckel und Amalie Seidel.⁸² Ein Generationenwechsel kam mit Käthe Leichter, Marie Hautmann, Ferdinanda Floßmann, Marie Köstler, Hella Postranecky und Rosa Jochmann, welcher jedoch durch die Auflösung des Parlaments 1933 und das Verbot der SDAP 1934 gestoppt wurde.⁸³ Mit dem 1. Mai 1934 wurde eine neue Verfassung verkündet, welche

⁷⁹ Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung* Bd. 10 (Innsbruck 2009), 129.

⁸⁰ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 130.

⁸¹ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 131.

⁸² Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 131.

⁸³ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 131.

auf dem Prinzip der autoritären Führung beruhte.⁸⁴ Alle Parteien wurden aufgelöst und es gab nur noch die Einheitspartei „Vaterländische Front“.⁸⁵

Die Politikerinnen der SDAP kamen mehrheitlich aus dem Proletariat und bekamen durch die sozialdemokratische Gemeinschaft individuelle Förderungen und Weiterbildungsmöglichkeiten. Sie gingen in Frauenschulen, besuchten Rednerinnenkurse und lasen Bücher, um ihren Wissensstand aufzubessern. 1921 waren 1 852 Funktionärinnen in 3 643 Funktionen tätig und acht Jahre später waren bereits 12 932 Funktionärinnen in 19 838 Funktionen bestellt.⁸⁶ Rund ein Drittel der SDAP-Mitglieder waren Frauen und auch im Parlament stellten sie den höchsten Frauenanteil. Die Anzahl der Mandatarinnen entsprach prozentuell gesehen jedoch weder den weiblichen Mitgliedern noch den Wählerinnen, sondern war deutlich niedriger. Dennoch lag sie weit vor den anderen Parteien.⁸⁷ Die Frauen kommunizierten intern über das *Mitteilungsblatt des Frauenkomitees* bis 1925, danach über den *Vertrauensmann*.⁸⁸

Im Mittelpunkt der Frauenpolitik stand die erwerbstätige Frau, obwohl die SDAP für den Abbau der Frauenerwerbstätigkeit nach dem Ersten Weltkrieg eintrat. Die Forderungen und Ziele der Sozialdemokraten waren: gleicher Zugang zu Berufs- und Bildungsmöglichkeiten bei gleichem Lohn für gleiche Leistung, Schaffung sozialpolitischer Einrichtungen, die Gleichstellung der Frauen im Familienrecht, die Streichung der §§ 144-148 aus dem Strafrecht, die Fristen- und Indikationenlösung und die Einbeziehung von allen lohnabhängig arbeitenden Frauen in ein Sozialversicherungssystem.⁸⁹ Durch Veranstaltungen wie dem internationalen Frauentag, oder der monatlich erscheinenden *Arbeiterinnen-Zeitung*, welche seit 1921 gegen den Willen der Sozialdemokratinnen erschien, versuchte man auf die Wünsche und Bedürfnisse der Frauen näher einzugehen und diese in der Öffentlichkeit zu thematisieren.⁹⁰ 1924 wurde die Zeitung in *Die Frau* umbenannt und verdeutlichte damit die politische Umorientierung der sozialdemokratischen Frauenpolitik.⁹¹

Im Linzer Programm 1926 standen unter dem Frauenpassus eine staatliche Fürsorge, Information und freier Zugang zur Verhütung, die Finanzierung von Beratungsstellen durch Krankenkassen und die Fristen- und Indikationenlösung, welche auf ein funktionierendes Ehe-

⁸⁴ Karl Vocelka, *Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik*, 7. Auflage (München 2013), 292.

⁸⁵ Vocelka, *Geschichte Österreichs*, 293.

⁸⁶ Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung Bd. 10* (Innsbruck 2009), 131.

⁸⁷ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 133.

⁸⁸ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 131.

⁸⁹ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 131.

⁹⁰ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 131 – 132.

⁹¹ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 131 – 132.

und Familienleben zielten. Geprägt wurden diese Forderungen im Speziellen durch Therese Schlesinger.⁹²

5.2 Die katholisch-christlichsozialen Frauen

Obwohl die christlichsozialen Frauen seit 1919 den Verein *Frauenrecht* führten und Herausgeberinnen einer politischen Frauenzeitschrift *Frau und Volk* waren, gelang es ihnen nicht, die Frauen der christlichsozialen Partei zu einer einheitlichen Frauenorganisation zusammenzuschließen. Am Parteitag 1920 präsentierten Hildegard Burjan und Fanny Starhemberg den *Politischen Verband der christlichsozialen Frauen Österreichs*, um als ein Glied der Partei anerkannt zu werden, aber die Forderung nach einer eigenen Organisation blieb weiterhin bestehen.⁹³

So stellte die katholische Reichsfrauenorganisation Österreichs (K(R)FO) in der Ersten Republik den weiblichen Part der Christlichsozialen Partei dar. An deren Spitze standen mit Ausnahme Wiens seit 1907 Frauen aus dem Hochadel, Gräfin Melanie Zichy-Metternich bis 1919, bis 1925 ihre Nichte Prinzessin Clementine Metternich-Sandor⁹⁴ und Fanny Starhemberg bis 1935.⁹⁵ In Wien lag die Leitung bei bürgerlichen Akademikerinnen.⁹⁶

1925 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem Verband der christlichen Frauen Österreichs und jüngeren KFO-Mitgliedern. Die Vorwürfe der Christlichsozialen an die KFO waren, dass sie unpolitisch seien, ihnen die Mandate wegnehmen würden und sie nicht als eigenständigen Verein anerkennen würden.⁹⁷

1919 war Hildegard Burjan als einzige Vertreterin der Christlichsozialen Partei (CSP) in die konstituierende Nationalversammlung eingezogen. Sie war Vorsitzende des Vereins Christlicher Heimarbeiterinnen und des Reichsverbandes Katholischer Arbeiterinnen. Außerdem war sie Mitglied des Reichsparteitags und Obmann-Stellvertreterin der CSP seit 1920. Hildegard Burjan war eine konvertierte Jüdin mit preußischer Herkunft und trat 1921, offiziell aus gesundheitlichen Gründen, aus dem Nationalrat aus und von allen politischen Ämtern zurück.⁹⁸

⁹² Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung* Bd. 10 (Innsbruck 2009), 132.

⁹³ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 133.

⁹⁴ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 133.

⁹⁵ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 133.

⁹⁶ Lydia Jammerneegg, *Katholische Reichsfrauenorganisation Österreichs*. In: *Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938*, online unter http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8674936 (30.10.2017).

⁹⁷ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 134.

⁹⁸ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 134.

Zu beachten sind hierbei der Antisemitismus in der CSP, genauso wie der Vorbehalt gegenüber Frauen in der Politik. Ihre Nachfolgerin Franziska Starhemberg, genannt Fanny, war Präsidentin der KFO-Oberösterreich und Vizepräsidentin des Katholischen Volksvereins Oberösterreichs. Sie verlegte die Zentrale der KFO von Wien nach Linz und wurde 1925 zur Präsidentin der KFO.⁹⁹

Von 1920 bis 1928 war Olga Rudel-Zeynek mit der Leitung der CSP betraut und 1931 wurde sie zum Ersatzmitglied. Rudel-Zeynek war von 1920 bis 1927 Nationalrätin und bis zur Auflösung des Parlaments Bundesrätin für die Steiermark. Durch ihre Initiative kam das Gesetz zur Unterhaltspflicht „Lex Rudel-Zeynek“ 1925 zustande. Die Nationalrätinnen Aloisia Schirmer, Emma Kapral und die Bundesrätin Dr. Berta Pichl übten nie eine leitende Funktion in der CSP aus.¹⁰⁰

Die zentralen Themen in der Politik der katholischen Frauen waren Ehe und Erziehung, Moral und Sittlichkeit sowie die Sozialpolitik. Wie auch die anderen Frauenfraktionen, bemühten sie sich um die höhere Mädchenbildung. 1911 wurde das erste christliche Mädchen-Reformgymnasium gegründet, 1916 die Soziale Frauenschule, die ab 1923 von Berta Pichl geleitet wurde.¹⁰¹ Die katholische Frauenorganisation forderte außerdem das Verbot aller Verhütungsmittel, stellte sich gegen die Reformierung des Scheidungsrechtes und forderte die Verfolgung und Aufhebung des Wahlrechts von Prostituierten ein.¹⁰²

Um die unterschiedlichen Interessen der Frauen in der katholischen Frauenorganisation abdecken zu können, wurden mittels Sektionen neue Strukturen geschaffen. In den 1920er wurde die KRFO aufgesplittet in „Hauswirtschaftliche Sektion“, „Schulsektion“, „Heimarbeiterinnen-Sektion“, „Organisationssektion“, „Sektion für Frauen auf dem Lande“ und „Jungmütterstunden“. Die Sektionen wurden in jedem Bundesland anders angelegt. Zusätzlich wurde durch Rednerinnenkurse in Wien, Informationsabende über Fürsorgepolitik und Schulpolitik versucht, das Interesse von Frauen an der Politik zu wecken.¹⁰³

Trotz mehrheitlich weiblicher Wählerschaft der CSP, waren die Frauen im Nationalrat nur in geringer Zahl vertreten, und so kam es 1920 zu starker Kritik. Diese wurde noch lauter, als zwischen 1927 und 1930 kein einziges Mandat der CSP an eine Frau ging. Daraufhin zog 1930 Emma Kapral in den Nationalrat ein, bis 1933 das Parlament aufgelöst wurde.¹⁰⁴ Die

⁹⁹ Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung* Bd. 10 (Innsbruck 2009), 134

¹⁰⁰ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 134.

¹⁰¹ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 135.

¹⁰² Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 135.

¹⁰³ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 136.

¹⁰⁴ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 137.

katholische Frauenorganisation wehrte sich gegen die Auflösung ihrer Organisation, gegen die Subventionskürzungen für Mädchenmittelschulen und gegen das Doppelverdiener-Gesetz. Dennoch wurde sie 1935 unter der Leitung von Fanny Starhemberg in das Frauenreferat der Vaterländischen Front eingegliedert.¹⁰⁵

5.3 Die deutschnationalen-großdeutschen Frauen

Die deutschnationalen beziehungsweise großdeutschen Frauen waren nicht wie die sozialdemokratischen und katholischen Frauen organisiert, sondern bildeten eigene Strukturen. Im Frühjahr 1918 entstanden der *Bund deutscher Frauen Oberösterreichs*, die *Bürgerliche Frauenorganisation des Wiener Bürger- und Ständerates* und der *Frauenausschuss des Nationaldemokratischen Volksvereins*. Den Mittelpunkt bezüglich der Frauenpolitik in der Großdeutschen Volkspartei (GDVP) stellte die *Freie Vereinigung der nationaldemokratischen Frauen*.¹⁰⁶

Die Frauen der GDVP waren in den Bundesländern unterschiedlich aufgestellt und ihre Ziele und Forderungen formulierten sie am 26. Juni 1921 wie folgt: die Förderung der Mädchenbildung durch staatliche Finanzierung, die Verbesserung der Stellung der Ehefrau und Mutter im Familienrecht, gleiche Rechte und Pflichten wie Männer und die Ablehnung der Abschaffung der §§ 144-148 aus dem Strafrecht.¹⁰⁷

Gemeinschaft, Verbunden- und Geborgenheit sollten die Mitglieder der Großdeutschen Volkspartei einen und gemeinsam traten sie nach außen gegen das Judentum auf.¹⁰⁸

Die Politik der und für die Frauen in der GDVP galt als sehr ambivalent und ist zwischen antimodernistischer und ständischer-antiparlamentarischer Ausrichtung anzusiedeln. Emmy Stradal galt in der Partei als die Führungsfigur der Frauen. 1924 versuchte sie am Reichsparteitag mehr Macht und Selbstständigkeit für die Frauenorganisation innerhalb der GDVP durchzusetzen. Außerdem war sie an zahlreichen Gründungen wie dem Dachverband *Reichsverband deutscher Frauenvereine Österreichs*, *Volksgemeinschaft*, *die Arbeitsgemeinschaft der Frauen vom Deutschen Schulverein*, *Verband deutscher weiblicher Angestellter*, *Verband der deutschen Hochschülerinnen*, *Kärntner Frauenhilfe* und *Deutscher Frauenbund Graz* beteiligt.¹⁰⁹

¹⁰⁵ Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung* Bd. 10 (Innsbruck 2009), 137

¹⁰⁶ Hauch, *Frauen bewegen Politik* 137.

¹⁰⁷ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 137.

¹⁰⁸ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 138.

¹⁰⁹ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 138 – 139.

Bis 1929 gehörten dem Dachverband bereits 15 Vereine an und auch das Studentinnenheim der GDVP-Frauen im 1. Wienerbezirk wurde *Emmy-Stradal-Heim* genannt, bis zur Eingliederung in die NS-Frauenschaft. Nach Stradals überraschendem Tod 1925 herrschte innerparteiliche Desorientierung, man war sich bezüglich der Nachfolgerin uneinig und so verlor der Verband Mitglieder. Zählte er im Jahre 1924 die GDVP noch 12 000 Mitglieder in Wien und Niederösterreich, so waren es 1927 nur noch 4 100.

Dennoch schafften sie mit Maria Schneider 1930 den Einzug in den Nationalrat. Sie war mit 32 Jahren die jüngste Abgeordnete und einzige Akademikerin der Ersten Republik. Schneider forderte 1931 eine „faschistische“ Erneuerung der Frauenbewegung und sie selbst galt seit 1933 als Mitglied der illegalen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Maria Schneider war außerdem Vorstandsmitglied des *Großdeutschen Volksbundes für Wien und Niederösterreich* und gründete die Tarnorganisation *Fürsorgeverband Deutsche Nothilfe*, nach deren Verbot die *Volkshilfe*.¹¹⁰

5.4 Die Kommunistinnen

Die kommunistische Partei (KP) wurde am 3. November 1918 in Wien gegründet und im darauffolgenden Jahr versammelten sich auch die kommunistischen Frauen.¹¹¹ Sie beschlossen die Delegierung von Elfriede Friedländer in den Parteivorstand, die Gründung einer frauenspezifischen Zeitung sowie einer eigenen Frauenorganisation, welche jedoch auf Antrag von Hilde Wertheimer und Bertha Pölz am dritten Parteitag abgelehnt wurde.¹¹²

Die Frauen der KP organisierten sich in „Bezirks-(Orts-) Frauen-Agitationsgruppen“, „Kreis-Frauenagitationsgruppen“, „Landesagitationskomitees“ und das achtköpfige „Reichs-Frauenagitationskomitee“. Anna Strömer galt als Führungsfigur der Frauen in der KP und war mit einer Unterbrechung von 1924 bis 1927 im Parteivorstand. Anna Grün wurde von 1924 bis 1926, als sie nach Berlin zog, in den Parteivorstand und das politische Büro gewählt.¹¹³

Der Frauenanteil in der Kommunistischen Partei wird mit zehn Prozent geschätzt, 1926 zählte sie 700 Mitglieder.¹¹⁴

¹¹⁰ Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung* Bd. 10 (Innsbruck 2009), 139.

¹¹¹ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 139.

¹¹² Hauch, *Frauen bewegen Politik* 140.

¹¹³ Hauch, *Frauen bewegen Politik* 140.

¹¹⁴ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 140.

Die Ziele der KP waren die Abschaffung der §§ 144–148 des Strafrechts sowie die Befreiung der Frauen aus wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung.¹¹⁵ 1931 fand man auf dem KP-Programm auch den Punkt „Kampf dem Doppelverdienertum“, aber von den anfänglichen Forderungen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und der „Sozialisierung im Haushalt und Familienleben“ war nichts mehr zu finden.¹¹⁶

¹¹⁵ Gabriella *Hauch*, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung* Bd. 10 (Innsbruck 2009), 140.

¹¹⁶ *Hauch*, *Frauen bewegen Politik*, 141.

6 Gesetzgebung

6.1 Nationalversammlung

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde eine konstituierende Nationalversammlung vom 4. März 1919 bis zum 9. November 1920 eingerichtet. Danach gab es vier Gesetzgebungsperioden bis 1934. Die erste Gesetzgebungsperiode ging vom 10. November 1920 bis zum 20. November 1923, die zweite Gesetzgebungsperiode vom 20. November 1923 bis zum 18. Mai 1927, die dritte Gesetzgebungsperiode vom 18. Mai 1927 bis zum 1. Oktober 1930 und die vierte Gesetzgebungsperiode dauerte vom 2. Dezember 1930 bis zum 2. Mai 1934. In dieser Zeit waren folgende Parteien im Nationalrat vertreten: die Sozialdemokratische Partei (SDAP), die Christlichsoziale Partei (CSP), die Deutschnationale Partei (DnP), der Landbund für Österreich (LBd), der Nationale Wirtschaftsblock und Landbund (NWB/LBd), der Heimatblock (HB) und die Jüdisch Nationale Partei (JNP).¹¹⁷ Die Mandatsverteilung erfolgte in den Gesetzgebungsperioden aufgrund des jeweiligen Wahlergebnisses wie folgt:

Gesetzgebungsperiode	Wahltag	SDAP	CSP	DnP	LBd	NWB/LBd	HB	JNP	Sonstige	Gesamt
Konst. NV	16.02.1919	72	69	27				1	1	170
I. GP	17.10.1920	69	85	28					1	183
II. GP	21.10.1923	68	82	10	5					165
III. GP	24.04.1927	71	73	12	9					165
IV. GP	09.11.1930	72	66	-	-	19	8	-	-	165

Tabelle 1: Mandatsverteilung in der Ersten Republik¹¹⁸

Die weiblichen Mitglieder der Konstituierenden Nationalversammlung waren Anna Boschek, Emmy Freundlich, Lotte Furreg, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Julie Rauscha, Therese Schlesinger, Amalie Seidel, Irene Sponner und Maria Tusch von der Sozialdemokratischen Partei und Dr. Hildegard Burjan von den Christlichsozialen.¹¹⁹

¹¹⁷ Parlament, Zusammensetzung des Nationalrates von 1920 (1919) bis 1934 (aufgrund des jeweiligen Wahlergebnisses), online unter <<https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNR/>> (28.04.2017).

¹¹⁸ Parlament, Zusammensetzung des NR (28.04.2017).

¹¹⁹ Parlament, Zusammensetzung des NR (28.04.2017).

7 Die ersten weiblichen Mitglieder im Parlament

Im Folgenden werden die Biografien der ersten weiblichen Mitglieder in der Konstituierenden Nationalversammlung dargestellt. Je nach politischer Bedeutung fallen diese kürzer oder länger. Olga Rudel-Zeynek war zwar nicht in der Konstituierenden Nationalversammlung vertreten, spielte aber eine wichtige Rolle für die Erste Republik und wird deshalb auch angeführt.

7.1 Anna Boschek

Anna Boschek wurde am 14. Mai 1874 in Wien geboren und verstarb am 19. November 1957.¹²⁰ Sie wuchs mit sieben anderen Geschwistern auf, ihre Mutter war eine ehemalige Landarbeiterin und ihr Vater Eisenbahnschlosser. Als Kind arbeitete Boschek als Heimarbeiterin und 1891 in der Textilindustrie, wo sie auch dem sozialdemokratischen Arbeiterinnen-Bildungsverein beitrug.¹²¹ 1893 war sie eine der ersten weiblichen Delegierten am Gewerkschaftskongress und ein Jahr später wurde sie als erste Frau bei der Gewerkschaftskommission, dem leitenden Gremium der Freien Gewerkschaften angestellt. Sie war außerdem Vorsitzende des Verbandes Einigkeit, welcher sich für Hausgehilfinnen, Erzieherinnen, Heim- und Hausarbeiterinnen einsetzte. Boschek war Mitgründerin des Frauenreichskomitees 1898 und prägte gemeinsam mit Adelheid Popp und Therese Schlesinger die frauenpolitischen Aktivitäten der SDAP. Anna Boschek zählte zu den ersten weiblichen Abgeordneten im Parlament und blieb auch bis zur Ausschaltung 1933/34 im Nationalrat. Sie beteiligte sich mit Ferdinand Hanusch an einer sozialen Gesetzgebung, welche Bestimmungen über Kollektivverträge, Mindestlöhne, Kinderarbeitsverbot und Karenzzeit regeln sollte. Auch sonst sah sie es als ihre Aufgabe, sich für arbeitende Menschen und Frauenrechte stark zu machen. Boschek wirkte außerdem beim Hausgehilfennengesetz und bei der Einschränkung der Frauenarbeit in der Nacht mit. 1928 wurde Anna Boschek durch eigene Initiative zur Gründung der Frauensektion der Freien Gewerkschaften zur Vorsitzenden.¹²²

Während des Austrofaschismus wurde Anna Boschek einige Wochen eingesperrt und aus der Zeit des Nationalsozialismus gibt es nur wenige Informationen über ihr Leben.¹²³ 1945

¹²⁰ Biografische Datenbank und Lexikon österreichischer Frauen, Ein Projekt des BM.W_F, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung am Institut für Wissenschaft und Kunst in Wien (24.06.2017), Anna Boschek, online unter <http://www.univie.ac.at/biografieA/daten/text/polit_bio/boschek.htm> (27.11.2017).

¹²¹ Nicola Staritz, Anna Boschek. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675130> (04.09.2017).

¹²² Staritz, Anna Boschek, (04.09.2017).

¹²³ Staritz, Anna Boschek, (04.09.2017).

distanzierte sie sich aus gesundheitlichen Gründen von der Politik.¹²⁴ Danach wurde 1960 ein Lehrmädchenheim im 4. Bezirk in Wien nach Anna Boschek benannt, welches mittlerweile aber abgerissen worden ist.¹²⁵

7.2 Emmy Freundlich

Emma Kögler wurde 1878 in Böhmen in eine protestantisch-bürgerliche Familie geboren und übernahm nach dem Tod ihres Vaters und der Erkrankung ihrer Mutter den Haushalt und die finanziellen Angelegenheiten der Familie. 1899 publizierte sie in sozialdemokratischen Zeitschriften, wobei sie später auch ihren Mann Leo Freundlich kennen lernte. Die beiden bekamen zwei Töchter, zogen 1911 nach Wien und ließen sich kurz darauf wieder scheiden.¹²⁶

Emmy Freundlich nahm als Delegierte des Frauenreichskomitees an den Parteitag zwischen 1909 und 1933 teil, ihre Haltung bezüglich Frauen in der Politik war jedoch eine ambivalente. Sie betrachtete die Gleichstellung der Frauen in gewerkschaftlichen Fragen als zweitrangig und unterstützte die Partei und Gewerkschaft dahingehend, das Frauenwahlrecht hintanzustellen.¹²⁷

1912 begann Freundlich sich in der Konsumgenossenschaftsbewegung zu engagieren und setzte sich für die Organisation der Frauen ein. Zwar blieb für sie die Rolle der Frau als Hausfrau und Versorgerin gleich, dennoch setzte sich Freundlich für eine Aufwertung dieser Aufgaben in der Gesellschaft ein. Durch Näh-, Koch- und Haushaltskurse versuchte sie damals die Frauen für die Sozialdemokratische Partei zu gewinnen. Emmy Freundlich publizierte in zahlreichen sozialdemokratischen Zeitschriften und war Redakteurin von „*Der frei Genossenschaftler*“ zwischen 1927 und 1934. Sie war nach dem Ersten Weltkrieg bis 1933/34 sozialdemokratische Abgeordnete im Nationalrat und 1921 wurde sie Präsidentin der International Cooperative Women's Guild (ICWG, Internationale Genossenschaftliche Frauengilde). Freundlich wurde außerdem Mitglied der Wirtschaftssektion des Völkerbundes und war 1927 Delegierte auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf. Durch ihre umfassenden nationalen als auch internationalen Funktionen wurde sie auch stark kritisiert. Vielleicht übernahm Amalie Seidel deshalb 1928 den Vorsitz der genossenschaftlichen Frauenorganisation und des genossenschaftlichen Frauenkomitees anstelle von Freundlich.¹²⁸

¹²⁴ Nicola Staritz, Anna Boschek. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675130> (04.09.2017).

¹²⁵ Nicola Staritz, Anna Boschek. (04.09.2017).

¹²⁶ Nicola Staritz, Emmy Freundlich. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675277> (06.09.2017).

¹²⁷ Nicola Staritz, Emmy Freundlich (06.09.2017).

¹²⁸ Nicola Staritz, Emmy Freundlich (06.09.2017).

1934 wurde Emmy Freundlich wie viele andere verhaftet, aufgrund des internationalen Druckes aber bald darauf wieder entlassen. 1939 ging sie nach London, 1947 nach New York und 1948 starb sie schließlich an Krebs. Heute erinnert noch eine Gasse in Floridsdorf an die Politikerin Emmy Freundlich.¹²⁹

7.3 Lotte Furreg

Lotte Furreg wurde am 17. Juli 1873 in Petersdorf (Mähren) geboren und war Mitglied der Reichsparteileitung der Großdeutschen Partei. Sie war die erste Vorsitzende-Stellvertreterin und Vertreterin von Wien/Wieden im Hauptausschuss des Verbandes Deutsche Frauen *Volksgemeinschaft* 1924. Lotte Furreg war Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung und Abgeordnete der ersten Gesetzgebungsperiode vom 27.08.1923 bis zum 20.11.1923.¹³⁰

7.4 Adelheid Popp

Adelheid Popp wurde am 11. Februar 1869 als Adelheid Dwořak in Inzersdorf bei Wien geboren. Sie war die jüngste Tochter unter 14 Geschwistern, wobei nur vier Brüder überlebten. Popp's Vater war Weber und Alkoholiker, er starb, als sie sechs Jahre alt war. Danach musste sie gemeinsam mit ihren Geschwistern für den Lebensunterhalt der Familie aufkommen. Mit acht Jahren begann Popp als Heimarbeiterin zu arbeiten und mit zehn Jahren zog sie mit ihrer Mutter nach Wien, wo sie sich ein Bett teilten und ein Zimmer mit einem älteren Ehepaar bewohnten. Ihre Mutter war Analphabetin und Gegnerin der Schulpflicht, daher empfand sie die dreijährige Bildung für ihre Tochter als Arbeiterin auch als ausreichend.¹³¹

In den 1880er Jahren begann Adelheid Popp vermehrt Zeitungen, vor allem sozialdemokratische Zeitungen zu lesen und sich nach Gleichgesinnten zu sehnen. Sie erlangte mehr Selbstbewusstsein und beschrieb sich selbst als eine disziplinierte, gewissenhafte und pünktliche Arbeiterin.¹³²

Durch den § 30¹³³ war es Frauen damals untersagt, Mitglied einer politischen Partei zu sein, und so wurde Popp 1891 Mitglied des Arbeiterinnen-Bildungsvereins, welcher sich

¹²⁹ Nicola Staritz, Emmy Freundlich. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675277> (06.09.2017).

¹³⁰ Parlament, Biografie von Lotte Furreg, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00426/index.shtml> (26.10.2017).

¹³¹ Gabriella Hauch, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung Bd. 10 (Innsbruck 2009), 207.

¹³² Hauch, Frauen bewegen Politik, 207.

¹³³ Günther Scheffbeck, Die Volksvertreterin. Frauenwahlrecht und parlamentarische Vertretung der Frauen in Österreich, (Wien 2005), 16.

wöchentlich samstags im privat-geschlossenen Lokal der Bäckervereinigung traf.¹³⁴ 1891 trat sie erstmals als Rednerin und Agitatorin auf und vertrat die Arbeiterinnen, indem sie über deren Arbeitsbedingungen sprach.¹³⁵ Popp fungierte im Bildungsverein ab 1892 als Schriftleiterin der Arbeiterinnen-Zeitung und machte sich stark für die „Frauenignoranz“ in der Partei. Danach trat sie gegen das hohe Einkommen von Victor Adler auf und deklarierte sich damit selbst zu einer innerparteilich radikalen Oppositionellen.¹³⁶

Um die „Freiheit der Bewegung“¹³⁷ in ihren Handlungen zu wahren, legte sie ihr Amt bei der Arbeiterinnen-Zeitung zurück.¹³⁸ Für ihr Engagement reiste sie 1892 als einzige Frau der Delegation zum dritten Kongress der II. Internationalen nach Zürich, welcher aus heutiger Sicht als der Beginn von Pops Karriere zu verzeichnen ist.¹³⁹

Ein Jahr später, 1893, heiratete sie den zwanzig Jahre älteren Julius Popp. Dieser förderte sie und kümmerte sich gemeinsam mit ihrer Mutter um die beiden Söhne, wenn seine Frau auf Agitationstour war. Adelheid Popp bekam auch Unterstützung in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wie zum Beispiel durch das Ehepaar Adler. Emma Adler stand ihr auf intellektueller Ebene zur Seite, sie lehrte Popp Orthographie, Englisch und Geschichte¹⁴⁰, aber auch in Sachen Kleidung, Lebensstil und Kochen beriet sie die junge Politikerin. Mit den Jahren wurde Emma Adler somit zu einer engen Vertrauten.¹⁴¹ Auch sonst erfuhr Adelheid Popp weitestgehend Beliebtheit. Dennoch gab es in ihrem Leben einen Punkt, der sie unzufrieden stimmte, ihr Gehalt.¹⁴²

Als ihr Mann Julius am 17. Dezember 1902 starb, kamen harte Zeiten auf die Familie zu. Pops Gehalt wurde nach dem Tod ihres Mannes neu eingestuft, da sie zuvor auf ihr Gehalt in der Partei verzichtet hatte. Als sie nämlich wöchentlich zehn, später zwölf Gulden verdiente und ihr Mann Julius als Parteikassier fünfzehn, wurden sie wie Victor Adler, den sie zuvor aufgrund seines hohen Gehaltes angegriffen hatte, ebenfalls von der Partei kritisiert. Damals gab es auch kein Witwengeld, und so musste sich Popp etwas Anderes überlegen.¹⁴³ Hans Resel, Journalist

¹³⁴ Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung* Bd. 10 (Innsbruck 2009), 207 – 208.

¹³⁵ Nicola Staritz, Adelheid Popp. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, *Frauen in Bewegung: 1848 – 1938*, online unter, <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8674924> (01.06.2017).

¹³⁶ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 209.

¹³⁷ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 209.

¹³⁸ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 209.

¹³⁹ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 210.

¹⁴⁰ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 210.

¹⁴¹ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 214.

¹⁴² Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 212.

¹⁴³ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 212.

und Politiker der SDAP¹⁴⁴, bot ihr schließlich eine Stelle in Graz an, bei der sie doppelt so viel verdienen würde, woraufhin wiederum Victor Adler aktiv wurde.¹⁴⁵

Als in Russland das Männerwahlrecht eingeführt werden sollte, gingen auch in Wien 250 000 Menschen auf die Straßen und demonstrierten für ihre Mitsprache. Die Frauen stellten damals ihre eigenen Bedürfnisse und Wünsche nach mehr Mitsprache in den Hintergrund und stellten sich hinter „ihre“ Männer, mit der Hoffnung, dass diese bald mehr Einfluss hatten und sie dann ebenfalls unterstützen würden. Clara Zetkin war Vorsitzende der Sozialistischen Fraueninternationale und kritisierte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in ihrem Vorgehen.¹⁴⁶ Adelheid Popp wollte sich nie gegen die eigene Partei stellen, sorgte später aber dafür, dass kritische Artikel über den Parteiausschluss Clara Zetkins aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht gedruckt wurden und folgte ihr schließlich 1916 als Vorsitzende der Sozialistischen Fraueninternationale nach. Popp schloss sich während des Ersten Weltkrieges weder den Kriegsgegnern und Kriegsgegnerinnen in der SDAP an, noch der „Erklärung der Linken“ am Parteitag der SDAP. Gemeinsam mit Therese Schlesinger trat sie 1917 bei Friedenskundgebungen und bei der Siegesfeier zur Russischen Revolution am 11. November 1917 auf. Von 30. Juni bis 3. Juli 1919 waren Schlesinger und Popp zur II. Reichskonferenz der deutschösterreichischen Arbeiter- und Soldatenräte eingeladen. Adelheid Popp war außerdem im Provisorischen Wiener Gemeinderat und seit 16. Februar 1919 Abgeordnete der SDAP im Parlament. Ihre erste Wortmeldung im Parlament war am 3. Februar 1919¹⁴⁷, als sie einen *Gesetzesantrag zur Abschaffung des Adels, aller seiner Vorrechte und Privilegien und der zu ihm gehörigen Orden, Titel und Würden* stellte.¹⁴⁸

Adelheid Popp blieb über die gesamte Erste Republik Nationalratsabgeordnete der SDAP und ihre Aufgaben lagen im Bereich Justiz- und Strafrechtsausschuss. Einer ihrer Zuständigkeitsbereiche war die Reformation der §§ 144–148, welche die Abtreibungsregelungen von ungeborenen Kindern neu definieren sollten. Diese Bestimmungen wurden auch parteiintern immer wieder neu aufgerollt und kritisiert.¹⁴⁹ Außerdem war sie noch maßgeblich beteiligt an den Gesetzesvorlagen zur Verbesserung der Situation der Arbeiterinnen, gleicher Lohn und einer Reform des Eherechts.¹⁵⁰ Gemeinsam mit Therese

¹⁴⁴ Hermann Maurer, Trautl Brandstaller, Peter Diem, Helga Maria Wolf (Hg.), Hans Resel, In: Austria Forum, online unter <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Hans_Resel> (30.11.2017).

¹⁴⁵ Gabriella Hauch, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung Bd. 10 (Innsbruck 2009), 212.

¹⁴⁶ Hauch, Frauen bewegen Politik, 215.

¹⁴⁷ Hauch, Frauen bewegen Politik, 217.

¹⁴⁸ Therese Schlesinger, Strafrecht und Erziehung. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift 22 (1929), H. 9, 416.

¹⁴⁹ Hauch, Frauen bewegen Politik, 218.

¹⁵⁰ Nicola Staritz, Adelheid Popp. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter, <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8674924> (01.06.2017).

Schlesinger verabschiedete sich Adelheid Popp 1932 von ihren höchsten Parteifunktionen und Rosa Jochmann und Hella Postranetzky folgten ihnen.¹⁵¹ Adelheid Popp war beruflich sehr erfolgreich und zeigte großes Engagement in ihren Funktionen. Privat hatte sie weniger Glück, 1919 starb ihr ältester Sohn Julius an den Folgen des Ersten Weltkrieges und 1925 ihr jüngerer Sohn Felix an Grippe.¹⁵²

Als aufgrund eines „formalen Fehlers“ das Parlament 1933 ausgeschaltet wurde und somit Neuwahlen verhindert wurden, wurde auf Basis des „kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ regiert.¹⁵³ Der sozialdemokratische Schutzbund wurde infolge aufgelöst, die Heimwehren als Hilfspolizei eingesetzt und die Kommunistische Partei verboten.¹⁵⁴ Ein kurzer Bürgerkrieg begann, als die Heimwehr am 12. Februar 1934 eine Waffensuche im Hotel Schiff in Linz durchführte und die Schutzbündler sich wehrten. Mit 200 Toten und 300 Verletzten zählt der Schutzbund mit seinen Mitgliedern zu den Ersten, die in Europa ihr Leben gegen den Faschismus riskierten. Die Sozialdemokratische Partei wurde verboten¹⁵⁵ und viele Arbeiter und Arbeiterinnen wurden inhaftiert.¹⁵⁶

Adelheid Popp war zu diesem Zeitpunkt im Krankenhaus in Lainz wegen eines Tumors und wurde daher nicht festgenommen. Frieda Nödl, Gabriele Proft, Rudolfine Muhr und Rosa Jochmann besuchten Popp im Krankenhaus und kümmerten sich auch um deren Wohnung. Getrieben von Geldsorgen, tippte Eugene Brandl für Popp Briefe, Manuskripte, Drehbücher, Romane und Geschichten, um etwas Geld zu verdienen. Adelheid Popp versuchte ihre internationalen Kontakte zu den Frauen der Sozialdemokratie aufrechtzuerhalten und ging auch zum Mittwoch-Kreis bei Amalie Seidel. Ihren engen Vertrauten Emma Adler sowie Anna Boschek gelang die Flucht nach Amsterdam. Pops Versuch, zu Anna Boschek nach Amsterdam auszureisen, scheiterte und auch sonst mussten ihre Aufenthalte außerhalb von Wien immer wieder genehmigt werden. In ihrer Briefkorrespondenz zu Anna Boschek wird deutlich, wie traurig und auch enttäuscht sie über ihre berufliche und private Situation war.¹⁵⁷ In ihrem letzten Manuskript über Emma Adler, welches für die Öffentlichkeit bestimmt war, schrieb Popp hingegen wieder sehr optimistisch: *Was wäre die Welt ohne Hoffnungen! Was*

¹⁵¹ Gabriella Hauch, *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung* Bd. 10 (Innsbruck 2009), 218.

¹⁵² Hauch, *Frauen bewegen Politik* 217.

¹⁵³ Karl Vocelka, *Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik*, 7. Auflage (München 2013), 290.

¹⁵⁴ Vocelka, *Geschichte Österreichs*, 290.

¹⁵⁵ Vocelka, *Geschichte Österreichs*, 292.

¹⁵⁶ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 220.

¹⁵⁷ Hauch, *Frauen bewegen Politik*, 220.

*wäre die Menschheit, hätte sie keine Hoffnungen mehr! Hoffe und strebe solange du atmen kannst, sollte des Menschen Wahlspruch sein!*¹⁵⁸

Adelheid Popp starb am 7. März 1939 an einem Schlaganfall. Heute erinnern noch einige Plätze in Wien an sie, wie der Adelheid-Popp-Park im 17. Bezirk, im 22. Bezirk die Adelheid- Popp-Gasse und 1949 wurde ein Gemeindebau nach ihr benannt.¹⁵⁹

7.5 Gabriele Proft

Gabriele Proft, geborene Jirsa kam am 20. Februar 1879 in Troppau, Schlesien, heutige Tschechische Republik zur Welt und wuchs dort gemeinsam mit ihren sechs Geschwistern auf. Ihr Vater war Schuhmacher und da die Familie nur über wenig finanzielle Mittel verfügte, ging Proft mit siebzehn Jahren nach Wien, wo sie anfangs als Dienstmädchen und später als Heimarbeiterin Arbeit fand.¹⁶⁰

1899 heiratete sie den Metallarbeiter Anton Proft und bekam eine Tochter, ließ sich jedoch 1911 von ihm scheiden, als sie Paul Richter kennen lernte.¹⁶¹

Aufgrund ihrer eigenen beruflichen Erfahrung, setzte sich Gabriele Proft vor allem für Heimarbeiterinnen ein und wurde 1902 Kassiererin und Vorstandsmitglied der Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen. Zusammen mit Adelheid Popp, Therese Schlesinger, Anna Boschek und Amalie Seidel gründete sie den Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen. 1909 wurde Proft zur ersten Sekretärin des Frauenzentalkomitees und blieb in dieser Funktion bis zum Verbot durch die austrofaschistische Diktatur 1934. Nach der Machtergreifung von Dollfuss wurde Proft verhaftet und nach ihrer Freilassung ging sie in den Widerstand und wurde Mitglied der Revolutionären Sozialistinnen. 1944 wurde sie ins Konzentrationslager Lanzendorf deportiert, wo sie bis zur Befreiung 1945 gefangen blieb. Gabriele Proft war eine der wenigen Frauen, welche nach dem Zweiten Weltkrieg noch politisch aktiv waren. Sie war bis 1953 Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei und bis 1959 stellvertretende Parteivorsitzende. Bis 1959 war Gabriele Proft Vorsitzende des Frauenzentalkomitees sowie Redakteurin und Herausgeberin der Zeitschrift „Der Frau“. Ihre politischen Themengebiete betrafen die Rechte und den Schutz der Arbeiterinnen, die Entkriminalisierung des

¹⁵⁸ Gabriella Hauch, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung Bd. 10 (Innsbruck 2009), 220.

¹⁵⁹ Nicola Staritz, Adelheid Popp. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter, <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8674924> (01.06.2017).

¹⁶⁰ Nicola Staritz, Gabriele Proft. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675321> (23.08.2017).

¹⁶¹ Nicola Staritz, Gabriele Proft (23.08.2017).

Schwangerschaftsabbruchs, Antimilitarismus, Familienreform und die Friedenssicherung. Gabriele Proft starb am 6. April 1971 in Bad Ischl.¹⁶²

7.6 Julie Rauscha

Julie Rauscha, mit Geburtsnamen Julia Haiden, wurde am 7. April 1878 in Wiener Neustadt in eine sozialdemokratische Familie hineingeboren. Mit fünfzehn Jahren begann sie in der Drahtstiftenfabrik Burkhardt zu arbeiten und später wurde sie Heimarbeiterin. Julia heiratete den Dreher Robert Rauscha und die beiden bekamen zwei Töchter. 1918 wurde sie zur Gemeinderätin von Wr. Neustadt und 1919 Abgeordnete der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Nationalrat. Sie beteiligte sich und war schon davor politisch in der Ortsgruppe Wr. Neustadt beim Verein der Heimarbeiterinnen tätig, war Vorsitzende des Frauenzentalkomitees in Niederösterreich, nachdem sich Wien und Niederösterreich getrennt hatten. Am 19. Februar 1926 verstarb Julie Rauscha an einer Lungenentzündung.¹⁶³

7.7 Therese Schlesinger

Therese Schlesinger wurde als Therese Eckstein am 6. Juni 1863 in Wien geboren, ihre Mutter Amalie stammte aus Prag und ihr Vater Albert war ein jüdischer Papierfabrikant. Therese erhielt Privatunterricht. Der Zugang zur Universität blieb ihr als Frau verwehrt, daher studierte sie im Selbststudium. 1888 heiratete sie den Bankbeamten Viktor Schlesinger, welcher kurz nach der Hochzeit an Tuberkulose erkrankte und starb. 1890 bekam sie eine Tochter und erkrankte am Kindbettfieber, welches sie ihr ganzes Leben beeinträchtigte.¹⁶⁴

Schlesinger schloss sich zunächst der bürgerlichen Frauenbewegung an und wurde Mitglied des Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins. In ihren Publikationen setzte sie sich vehement dafür ein, Frauen den Hochschulzugang zu gewähren, für eine Verbesserung des Arbeitsschutzes der Frauen und für die Einführung des Frauenwahlrechts. Als es vermehrt zu Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Frauen auf Tagungen kam, stellte sich Schlesinger immer mehr auf die sozialistische Seite und zählte 1901 auch zu den Mitbegründerinnen des „Vereins sozialdemokratischer Frauen und Mädchen“. Während des Ersten Weltkrieges kämpfte Therese Schlesinger an der Seite von Friedrich Adler und Otto

¹⁶² Nicola Staritz, Gabriele Proft. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675321> (23.08.2017).

¹⁶³ Lydia Jammerneegg, Julie Rauscha. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675329> (24.08.2017).

¹⁶⁴ Elisabeth Malleier, Therese Schlesinger. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675385> (23.08.2017).

Bauer gegen den Krieg. Sie gehörte außerdem ab 1919 zur Konstituierenden Nationalversammlung, bis 1923 dem Nationalrat an und bis 1930 dem Bundesrat. Sie veröffentlichte viele Artikel in der *Arbeiter Zeitung*, in *Die Unzufriedene*, in *Der Kampf* und in der Berliner *Neuen Zeit*.¹⁶⁵ Gemeinsam mit Adelheid Popp gab sie das Wochenblatt *Die Wählerin* heraus. Nach der Okkupation ging Therese Schlesinger nach Frankreich, wo sie 1940 starb.¹⁶⁶

In Wien erinnern heute noch eine Wohnhausanlage, der „Therese-Schlesinger-Hof“ in der Wickenburggasse 15 im achten Bezirk, sowie der Schlesingerplatz in der Josefstadt, welcher erst 2006 nach ihr benannt wurde, an die Politikerin. Zuvor war er nach dem christlich-sozialen und antisemitischen Reichsratsabgeordneten Josef Schlesinger benannt.¹⁶⁷

7.8 Amalie Seidel

Amalie Seidel, geborene Ryba wurde am 21. Februar 1876 in Wien geboren. Sehr früh brach sie die Schule ab und arbeitete als Dienstmädchen, um ihre Familie finanziell zu unterstützen. 1895 heiratete sie Richard Seidel und um 1900 begann sie ihre politische Karriere.¹⁶⁸ Amalie Seidel engagierte sich vor allem für Frauen und wurde Vorsitzende des Frauenbezirkskomitees, Mitglied des Frauenzentalkomitees, Abgeordnete im Nationalrat von 1919 bis 1934 und Mitglied im Gemeinderat von 1918 bis 1923. 1934 wurde sie verhaftet und war ein Monat im Gefängnis. Später heiratete Amalie ihren jüdischen Freund Sigmund Rausnitz, um ihn durch diese Ehe zu schützen. Dieser verübte allerdings 1942 Selbstmord und danach lebte sie bei ihrer Tochter Emma. Emma heiratete 1945 den sozialdemokratischen Politiker Karl Seitz.¹⁶⁹ Karl Seitz war Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag 1902, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses 1918, Reichsratsabgeordneter 1901, Vorsitzender der SdP 1920 – 1934, Bürgermeister von Wien 1923 – 1934, Ehrenvorsitzender der SPÖ 1945 und Obmann des Zentralvereins der Wiener Lehrerschaft 1896.¹⁷⁰ Amalie Seidel starb am 11. Mai 1952 in Wien. 2006 wurde im 12. Bezirk in Wien ein Weg nach Amalie Seidel benannt.¹⁷¹

¹⁶⁵ Elisabeth Malleier, Therese Schlesinger. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675385> (23.08.2017).

¹⁶⁶ Malleier, Therese Schlesinger, (23.08.2017).

¹⁶⁷ Malleier, Therese Schlesinger, (23.08.2017).

¹⁶⁸ Helga Hofmann-Weinberger, Amalie Seidel. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675407> (23.08.2017).

¹⁶⁹ Hofmann-Weinberger, Amalie Seidel, (23.08.2017).

¹⁷⁰ Parlament, Karl Seitz, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01783/index.shtml> (27.11.2017).

¹⁷¹ Hofmann-Weinberger, Amalie Seidel, (23.08.2017).

7.9 Maria Tusch

Maria Tusch wurde als Maria Pirtsch am 1. Dezember 1868 in Klagenfurt geboren und gilt als eine der wichtigsten Vertreterinnen der Kärntner Arbeiterinnenbewegung. Mit sieben Jahren kam Maria in die Klosterschule Maria Saal, wo sie auch zur Arbeit im Wirtschaftswesen herangezogen wurde, um das Schulgeld abzarbeiten.¹⁷² Fünf Jahre später, im Alter von zwölf wurde sie dann Arbeiterin in der k.k. Klagenfurter Tabakfabrik und ihr Interesse in gewerkschaftlichen Belangen begann. Später heiratete sie den Eisenbahner und Sozialdemokraten Anton Tusch. Sie wurde Vertrauensperson im Fachverein der Tabakarbeiterinnen und -arbeiter. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Tusch Vorsitzende des Kärntner Landesfrauenkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, Mitglied des Gemeindevorstandes St. Ruprecht bei Klagenfurt und in Folge Abgeordnete im Nationalrat bis zu dessen Verbot 1934. Ihr politisches Engagement galt den Kriegsversehrten des Ersten Weltkrieges und den Frauenrechten. Besonders setzte sie sich ein für die Absicherung von Frauen und Müttern und für die Straffreiheit von Abtreibungen. Ob Maria Tusch wie viele andere Parteikolleginnen nach den Februarkämpfen festgenommen wurde, ist unklar. Sie starb am 25. Juli 1939 in Klagenfurt und heute erinnert eine Straße im 22. Wiener Gemeindebezirk an die Politikerin.¹⁷³

7.10 Irene Sponner

Irene Sponner, geborene Wendt wurde am 14. Juni 1867 in Hermannstadt, Siebenbürgen geboren und war Bürgerschullehrerin in Wien. Sie war in der Konstituierenden Nationalversammlung für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei von 1919 bis 1920 tätig.¹⁷⁴

7.11 Hildegard Burjan

Hildegard Burjan wurde am 30. Jänner 1883 in Schlesien geboren und konvertierte vom jüdischen zum römisch-katholischen Glauben. Die Familie zog zuerst nach Berlin, dann in die Schweiz und 1907, als sie den Industriellen Alexander Burjan heiratete, zog sie mit ihm nach Wien. Burjan inskribierte Germanistik an der Universität in Zürich und besuchte Vorlesungen der Ökonomie in Berlin. 1910 bekam Hildegard Burjan ihr erstes und einziges Kind, Elisabeth. Burjan engagierte sich vor allem im sozialen Bereich, 1912 gründete sie den Verein Christlicher

¹⁷² Elisabeth Malleier, Marie Tusch. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675478> (23.08.2017).

¹⁷³ Elisabeth Malleier, Marie Tusch (23.08.2017).

¹⁷⁴ Lydia Jammerneegg, Irene Sponner. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=10369073> (06.10.2017).

Heimarbeiterinnen und während des Ersten Weltkrieges organisierte sie Nähstuben, Lebensmittel-Verteilungsstellen und Hilfsaktionen. Ihre politische Arbeit begann 1918 gemeinsam mit Aloisia Schirmer im provisorischen Wiener Gemeinderat und ein Jahr später zog sie als Abgeordnete der Christlichsozialen Partei ins Parlament. Für die Nationalratswahlen 1920 stand Hildegard Burjan nicht mehr zur Verfügung.¹⁷⁵ Als Grund dafür wird unter anderem ihr schlechter gesundheitlicher Zustand angeführt, Vorbehalte gegenüber Frauen und auch der Antisemitismus innerhalb der Partei sollten nicht außer Acht gelassen werden. Burjan wandte sich danach wieder ihren karitativen Aufgaben zu und gründete nach dem Krieg die Caritas Socialis, welche bis heute in den Bereichen Familienpflege, Altenhilfe und Jugendarbeit tätig ist. Hildegard Burjan verstarb 1933¹⁷⁶ und wurde am 29.1.2012 von der römisch-katholischen Kirche seliggesprochen.¹⁷⁷

7.12 Olga Rudel-Zeynek – Abgeordnete der I. Gesetzgebungsperiode

Olga Rudel-Zeynek wurde am 28. Jänner 1871 in Olmütz geboren. Ihr Vater, Dr. Gustav Zeynek war Direktor der dortigen Lehrerbildungsanstalt und ihre Mutter Marie war die Tochter des bekannten Mathematikers Dr. Franz von Mocnik. Als ihr Vater zum k.k. Landesschulinspektor für Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten in Schlesien ernannt wurde, zog die Familie nach Troppau, wo sie gemeinsam mit ihren Brüdern Richard und Theodor eine sorgenfreie Kindheit verbrachte. Olga besuchte die Bürgerschule und danach eine Höhere Töchterschule im Kloster der Ursulinen in Freiwaldau.¹⁷⁸ 1881 wurde Olgas Vater der Ritterorden verliehen und 1892 wurde er nach Wien versetzt ins Ministerium für Kultus und Unterricht. Fünf Jahre später heiratete sie den Offizier Rudolf Rudel und verbrachte die darauffolgenden Jahre gemeinsam mit ihm in Neu-Sandec, Trient, Wien, Lemberg, Wien, Ödenburg, Lemberg und Tarnopol.¹⁷⁹ Als sie 1914 in Graz auf Besuch war und der Krieg ausbrach, verlegte sie ihren Wohnsitz nach Graz, ihr Mann blieb in Wien. 1918 ließen sich Olga Rudel-Zeynek und ihr Mann Rudolf Rudel in Wien scheiden.¹⁸⁰

Schon während des Krieges begann Rudel-Zeynek sich in Graz in der Katholischen Frauenorganisation und in karitativen Vereinen zu engagieren. Sie schrieb Märchen,

¹⁷⁵ Nicola Staritz, Hildegard Burjan. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675151> (02.06.2017).

¹⁷⁶ Nicola Staritz, Hildegard Burjan (02.06.2017).

¹⁷⁷ Caritas Socialis Gemeinnützige Privatstiftung (Hg.), Hildegard Burjan, online unter <<http://www.hildegardburjan.at/seligsprechung/hildegard-burjan-komitee-und-hildegard-burjan-forum/hildegard-burjan-komitee-und-hildegard-burjan-forum.html>> (27.11.2017).

¹⁷⁸ Andrea Ertl, Olga Rudel-Zeynek – die erste Frau an der Spitze des Bundesrates. In: Parlamentsdirektion, Olga Rudel-Zeynek, Pionierin im Parlament (Wien, 2003), 5.

¹⁷⁹ Ertl, Olga Rudel-Zeynek, 6.

¹⁸⁰ Ertl, Olga Rudel-Zeynek, 6.

Erzählungen für verschiedene Zeitungen und hielt Vorträge. Mit der Ausrufung der Ersten Republik wurde sie noch aktiver, vertrat die Forderungen der Frauen und betonte immer wieder deren Notwendigkeit in der Politik.¹⁸¹ Für die Konstituierende Nationalversammlung war Olga Rudel-Zeynek an dritter Stelle aufgestellt und erhielt keinen Einzug ins Parlament.¹⁸² Im steiermärkischen Landtag erhielten sie und ihre Kollegin Marianne Kaufmann sowie Martha Tausk von den Sozialdemokraten ein Mandat. Rudel-Zeyneks Anträge [...] *betrafen die Ausgestaltung der Fürsorge für Findelkinder, die Erlassung einer Dienstbotenordnung, die Ausgestaltung der Frauengewerbe- und Haushaltungsschule am Entenplatz in Graz, die Information der Frauen betreffend die Tätigkeit der Behörden und das Wirtschaftsleben, die Errichtung von Kursen für den Unterricht im Schreiben mit der linken Hand, das Ausfuhrverbot heimischer Kunstgegenstände, das Goldkaufunwesen und die damit verbundene Verschleppung dieses wichtigen Zahlungsmittels.*¹⁸³

Bei den Nationalratswahlen 1920 wurde Olga Rudel-Zeynek wieder nicht ins Parlament gewählt, als der Abgeordnete Kaspar Hosch sein Mandat jedoch zurücklegte, rückte sie nach und wurde in Folge bei den Nationalratswahlen 1923 direkt gewählt. Sie war bis Ende der Legislaturperiode 1927 Abgeordnete des Nationalrates¹⁸⁴ und gehörte den Ausschüssen Ernährung, Justiz, Erziehung und Unterricht an. Olga war außerdem die einzige Frau im Kabinettsrat, welche die Regierung bei der Durchführung des Genfer Programms unterstützte. Wichtige Errungenschaften ihrer Arbeit waren die Gesetze um das Alkoholverbot für Jugendliche und das Gesetz zum Schutz des Unterhaltsanspruches (1925).¹⁸⁵

Olga Rudel-Zeynek wurde vom Abgeordneten Dr. Anton Maier „Biene des Parlaments“¹⁸⁶ genannt, weil sie in so vielen Bereichen mit großem Engagement eintrat. Dennoch wurde sie bei den Nationalratswahlen 1927 nicht mehr aufgestellt. Ob dies ihre eigene Entscheidung war oder die der Partei, ist nicht ersichtlich. Der Landtag der Steiermark wählte am 21. Mai 1927 Olga Rudel-Zeynek in den Bundesrat und als dieser für sechs Monate den Bundesrat übernahm, machte er Olga Rudel-Zeynek zur Präsidentin. Dies sorgte für großes mediales Aufsehen und Zeitungen wie die Wiener Allgemeine Zeitung schrieben zum Beispiel: [...] *dass die österreichische Demokratie durch die Präsidentschaft einer Frau, einen großen Erfolg zu verzeichnen ‘ hat [...].*¹⁸⁷

¹⁸¹ Andrea Ertl, Olga Rudel-Zeynek – die erste Frau an der Spitze des Bundesrates. In: Parlamentsdirektion, Olga Rudel-Zeynek, Pionierin im Parlament (Wien, 2003), 6.

¹⁸² Ertl, Olga Rudel-Zeynek, 7.

¹⁸³ Ertl, Olga Rudel-Zeynek, 7 - 8.

¹⁸⁴ Ertl, Olga Rudel-Zeynek, 8.

¹⁸⁵ Ertl, Olga Rudel-Zeynek, 9.

¹⁸⁶ Anton Maier, Sozialpolitik im abgelaufenen Nationalrat. In: Grazer Volksblatt, Nr. 89, 17. Apr. 1927, 60. Jg., 2.

¹⁸⁷ Ertl, Olga Rudel-Zeynek, 10.

Nach den sechs Monaten ging der Vorsitz auf das Bundesland Tirol über und Olga Rudel-Zeynek wurde wieder einfaches Mitglied des Bundesrates. 1932 übernahm sie noch einmal den Vorsitz im Bundesrat. In diesem Jahr zogen auch die ersten Nationalsozialisten ein, wodurch es immer wieder zu heftigen Wortgefechten mit den anderen Parteien kam.¹⁸⁸

Olga Rudel-Zeynek verbrachte ihr Leben während des Krieges in Graz und ihre Parteikollegin Dr. Alma Motzko-Seitz beschrieb sie¹⁸⁹, *[...] trotz der schwierigsten Verhältnisse als aufrechte, unbeugsame, katholische Österreicherin die vielen Menschen Halt und Trost [...] war.*¹⁹⁰

Nach Kriegsende füllte Rudel-Zeynek wieder Zeitungen mit ihren Artikeln und beteiligte sich karitativ. Wie sehr sie sich in der Partei wieder miteinbrachte, ist ungewiss. Am 25. August 1948 starb sie in Folge eines Schlaganfalls und wurde drei Tage später am St. Peter Stadtfriedhof in Graz in ihrem Familiengrab beigesetzt.¹⁹¹

¹⁸⁸ Andrea Ertl, Olga Rudel-Zeynek – die erste Frau an der Spitze des Bundesrates. In: Parlamentsdirektion, Olga Rudel-Zeynek, Pionierin im Parlament (Wien, 2003), 13.

¹⁸⁹ Ertl, Olga Rudel-Zeynek, 16.

¹⁹⁰ Alma Motzko-Seitz, Olga Rudel-Zeynek zum Gedächtnis. In: Frau von heute, Nr. 36, 2. Sept. 1948, 3. Jg., 3

¹⁹¹ Ertl, Olga Rudel-Zeynek, 16.

8 Geografische und politische Situation nach dem Ersten Weltkrieg in der Ersten Republik in Österreich

Am 12. November 1918 wurde von zwei der drei Präsidenten des Staatsrates, Karl Seitz von den Sozialdemokraten und Dr. Franz Dinghofer von den Deutschnationalen, an der Rampe des Parlaments die Republik Deutsch-Österreich verkündet. Damals war weder das Territorium der neuen Republik festgelegt, noch wurde sie durch die internationale Völkergemeinschaft anerkannt oder hatte sie eine Regierungsoberhaupt.¹⁹²

Seit der Proklamierung des Brünner Programms hatte die sozialdemokratische Partei für eine Gründung von nationalen Staaten innerhalb der Monarchie plädiert, welche die deutschsprechenden Österreicher vereinen sollte. Aber den Verlust von Teilen der Tschechoslowakei, welche die Entente als Siegermacht ansah, konnten sie ebenso wenig zurückerobern wie Südtirol.¹⁹³ Die Hoffnung, die Sudetenländer und Südtirol wieder zu bekommen, gab Österreich nicht auf, besonders Otto Bauer, der Staatssekretär für Äußeres, setzte sich für die Länder bis zum Friedensvertrag von Saint-Germain ein. Auch im Südosten stellte Jugoslawien Ansprüche auf Teile der Steiermark. Nach einem Konflikt, der 300 Tote und 800 Verletzte forderte, kam es durch den Friedensvertrag zu einer endgültigen Entscheidung.¹⁹⁴

Teile der Südsteiermark, in dem slowenische Menschen lebten, ging an Jugoslawien und auch Niederösterreich musste Gebiete an die Tschechoslowakei abtreten. Einzig Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich kamen ohne Gebietsverluste davon.¹⁹⁵ Im März 1919 kam in Ungarn der Kommunismus an die Macht und um ein politisches Bündnis zwischen Österreich und Ungarn zu verhindern, beschloss die Entente Gebiete Ungarns an Österreich zu geben. Um die Hauptstadt des Gebietes Ödenburg, Sopron, sowie um acht weitere Bezirke wurde zugunsten von Ungarn abgestimmt, der angrenzende Teil wurde Österreich zuerkannt. Jedoch wurde dieser erst durch zahlreiche Partisanenkämpfe 1922 offiziell an Österreich übergeben und bekam den Namen „Burgenland“, welches bis heute sein ungarisches Gepräge nicht völlig verloren hat.¹⁹⁶ Als die Grenzen von und für Österreich festgelegt waren, galt es auch politisch eine neue Regierung zu formen. Dies geschah bei den Wahlen am 16. Februar 1919 zur Konstituierenden Nationalversammlung. Die Sozialdemokraten hatten ihre Forderungen nach dem Frauenstimmrecht und dem Proportionalwahlrecht erfolgreich durchgesetzt.¹⁹⁷ Das

¹⁹² Fritz Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei von 1889 bis zur Gegenwart (Wien/München 1978), 103.

¹⁹³ Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, 104.

¹⁹⁴ Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, 105.

¹⁹⁵ Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, 105.

¹⁹⁶ Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, 106.

¹⁹⁷ Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, 120.

Ergebnis der Wahl waren 72 Mandate für die Sozialdemokraten, 69 für die Christlichsozialen, die Deutschnationalen erhielten 27, ein Mandat ging an die Jüdisch Nationale Partei und ein Mandat an die sozialistischen und demokratischen Tschechoslowaken.¹⁹⁸

Die Regierung musste auch auf die Heimkehrer, die Kriegsinvaliden und die zahllosen Arbeitslosen eingehen. Vom 1. Dezember 1918 bis zum 1. April 1919 war die Zahl der Arbeitslosen auf das Vierfache, in Wien sogar auf das Fünffache angestiegen. Zahllose Fabriken mussten schließen und zahlreiche Beamte in den neuen Staat eingegliedert werden.¹⁹⁹ Für Ordnung und Sicherheit sollte eine Gruppe mit dem Namen *Volkswehr* sorgen, welche aus gut bezahlten Berufssoldaten bestand und von ehemaligen k. und k. Offizieren kommandiert wurde. Um die wirtschaftliche Not zu lindern, wurde eine Unterstützung für Arbeitslose beschlossen, Kündigungen wurden verboten und Betriebe mussten ihr Personal um 20 % aufstocken. Volkswirtschaftlich betrachtet waren diese Maßnahmen schwer zu rechtfertigen, aber die Gefahr, durch soziale Unruhen einen politischen Zusammenbruch zu erleiden, brachte die Regierung in eine aussichtslose Situation.²⁰⁰

¹⁹⁸ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 35.

¹⁹⁹ Fritz Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei von 1889 bis zur Gegenwart (Wien/München 1978), 123.

²⁰⁰ Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, 125.

9 Statistische Betrachtung der Nationalratswahlen von 1919 – 1930

9.1 Wahlbestimmungen für die Nationalratswahlen 1920

Im Bundes-Verfassungsgesetz, Artikel 1 steht geschrieben: *Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus*²⁰¹. Dieser Beschluss hat auch heute noch seine Gültigkeit und wie in den Kapiteln zuvor bereits erwähnt, stand außerdem in der Verfassung, Artikel 26. (1)

*Der Nationalrat wird vom Bundesvolk auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechtes der Männer und Frauen, die vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl das zwanzigste Lebensjahr überschritten hatten, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.*²⁰²

Artikel 26. (4)

*Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl das vierundzwanzigste Lebensjahr überschritten hat.*²⁰³

Die Zahl der Abgeordneten richtete sich nach der Anzahl der Bürger in jedem Wahlkreis. Die Wahlordnung basierte auf dem Prinzip der starren Listen, das heißt, die Mandate fielen vorerst nicht Personen zu, sondern den jeweiligen Parteien. Wer von der Partei ein Mandat erhielt, entschied die Reihung der Wahlwerber innerhalb der jeweiligen Partei.²⁰⁴

Am 30. Juli 1920 wurde beschlossen, unter § 59 im Staatsgesetzblatt Nr. 352, dass die Wahlkuverts für Männer aus lichtgrauem und für Frauen aus blaugrauem Papier hergestellt werden sollten. Die Kuverts wurden, wie auch heute, nach dem Wahlgang in eine Wahlurne geworfen und am Ende des Tages ausgezählt. Die Kuverts wurden vom Wahlleiter farblich sortiert, nach ihrer Gültigkeit überprüft und schließlich ausgewertet. Durch die farblich unterschiedlichen Kuverts war man nicht mehr auf Spekulationen, wie die Frauen wählen würden, angewiesen, sondern hatte aufgrund der neuen Bestimmungen Gewissheit.²⁰⁵

²⁰¹ Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Bundes-Verfassungsgesetz Art. 1, tagesaktuelle Fassung, online unter <<http://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138&Artikel=1&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht>> (31.08.2017).

²⁰² Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich. Jahrgang 1920 (Wien 1920). In: Alex Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Staatsgesetzblatt 1918 – 1920. In: Österreichische Nationalbibliothek 2011, online unter <<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=1920&size=45&page=1877>> (13.01.2018), 1795.

²⁰³ Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich (13.01.2018).

²⁰⁴ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 74.

²⁰⁵ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 51.

Für die Nationalratswahlen 1920 kandidierten elf Parteien. Einige kleinere Parteien vereinten sich, um bessere Chancen auf einen Einzug ins Parlament zu erhalten. Aber auch die großen Parteien versuchten, kleinere Einheiten und Fraktionen zusammenzufassen, um geschlossen antreten zu können. Die Christlichsoziale Partei konnte sich nicht vollständig mit allen ihr nahestehenden Listen zusammenschließen. Bei den Sozialdemokraten gab es zwar keine Zersplitterung wie in Deutschland, welche sich in die S.P.D und die U.S.P.D teilten, dennoch mussten sie mit Stimmeneinbußen rechnen, da nun auch die Kommunistische Partei zur Wahl antrat.²⁰⁶

Im August 1920 schlossen sich zwölf Wählergruppen deutschnationaler Richtung zusammen und bildeten gemeinsam die *Großdeutsche Volkspartei*. Die deutschösterreichische Bauernpartei und die nationalsozialistische Partei schlossen sich der Großdeutschen Volkspartei nicht an und kandidierten getrennt in einigen Wahlkreisen.²⁰⁷

Die demokratischen Parteien waren bei den Wahlen für die Konstituierende Nationalversammlung noch in mehrere kleine Organisationen gespalten, kandidierten aber für die Landtagswahlen geschlossen als *Vereinigte demokratische Partei*. Für die Nationalratswahlen 1920 teilten sie sich in die *bürgerliche Arbeiterpartei* und die der *Demokraten* auf.²⁰⁸

Die Jüdischnationalen und die Tschechoslowaken beteiligten sich in sämtlichen Wahlkreisen für die Nationalratswahlen.²⁰⁹

9.2 Die Nationalratswahlen im Jahr 1920

Die Wahlbeteiligung für die Nationalratswahlen betrug 81,01 Prozent. Wie sich anhand der Tabelle II. „NR 1920: Wahlergebnisse in Verhältniszahlen“ erkennen lässt, lag die Wahlbeteiligung in allen Wiener Wahlkreisen, im Viertel obern und unterm Wienerwald, in Linz, im Traunviertel, in Obersteier, Tirol und Vorarlberg bei über 80 Prozent. In den ländlichen Regionen sank die Wahlbeteiligung dann bis auf 69,14 Prozent im Innviertel herab.²¹⁰

Insgesamt erhielten die Christlichsozialen 43,53 Prozent, die Sozialdemokraten 35,52 Prozent und die Großdeutschen 12,32 Prozent an Stimmen.²¹¹ Die Christlichsoziale Partei erhielt ihre

²⁰⁶ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 53.

²⁰⁷ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 53.

²⁰⁸ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 53.

²⁰⁹ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 53.

²¹⁰ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 60.

²¹¹ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 60.

Stimmen vorwiegend im ländlichen Bereich Lienz, Mühlviertel und Oststeier oder in kleineren Landgemeinden, in denen die Einwohneranzahl unter 2000 lag.²¹²

Die Sozialdemokraten erhielten ihre Stimmen zum größten Teil in den Wiener Wahlkreisen 4–7²¹³, dem Industriegebiet um Wiener Neustadt und im Bezirk Leoben.²¹⁴

Die Großdeutschen lagen im Innviertel an zweiter Stelle, in Salzburg, Linz und Graz sowie den meisten anderen Wahlkreisen an dritter Stelle.²¹⁵

Von weiterer Bedeutung waren noch die deutschösterreichische Bauernpartei in der Steiermark und im Viertel oberm Mannhartsberg. Die bürgerliche Arbeitspartei konnte im ersten Wiener Gemeindebezirk punkten. Die Kommunistische Partei (KP) war in den gleichen Regionen wie die Sozialdemokraten erfolgreich. Geringer als für die KP fiel der Anteil für die Christlich Nationale Einheitsliste aus. Die Jüdischnationalen und die Tschechoslowaken konnten aufgrund ihrer Ergebnisse die Wahlzahl nicht erreichen.²¹⁶

Durch die Statistiken lässt sich erkennen, wie die Menschen in den unterschiedlichen Bereichen wählten, aber durch das Wahlgeheimnis bleibt der soziologische Gesichtspunkt leider verborgen. Dies wären die persönlichen Verhältnisse des Wählers, wie Beruf, Alter, Familienstand, Glaubensbekenntnis und Volkszugehörigkeit.²¹⁷

Dennoch wird vermutet, dass sich spezifische Berufsgruppen, wie die Arbeiter und Bauern, für die ihnen nahestehende Partei entschieden. Vor dem Frauenwahlrecht wurde zudem behauptet, dass jüngere Menschen und Frauen sich für radikalere Parteien entscheiden würden oder so wie ihre Ehemänner beziehungsweise Väter wählen würden. Dies konnte allerdings anhand der Statistiken nicht bestätigt werden. Infolge des Krieges, der natürlichen Absterbeordnung und der Wanderungsverhältnisse waren die Frauen jedoch sowohl für die Konstituierende Nationalversammlung als auch für die Nationalratswahlen 1920 in der Überzahl. Ihre Wahlbeteiligung hingegen glich dieses ungleiche Verhältnis ein wenig aus. Wie Tabelle II. zeigt, überstieg die Frauenquote jene der Männer nur um einige Prozent.²¹⁸ Am höchsten war sie in Wien, mit 54,67 Prozent, in Graz und Umgebung lag sie bei 54,03

²¹² Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 60.

²¹³ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 60.

²¹⁴ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 61.

²¹⁵ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 61.

²¹⁶ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 61.

²¹⁷ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 64.

²¹⁸ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 64.

Prozent, in den anderen Wahlkreisen kam sie auf durchschnittlich 52 Prozent und in Obersteier lag sie mit 49,69 Prozent unter der Männerquote.²¹⁹

Die Wahlbeteiligung der Frauen mit über 80 Prozent war am stärksten in den Wiener Wahlkreisen 4 bis 7, im Viertel unterm Wienerwald, in Linz und Umgebung, ferner in Tirol und Vorarlberg. Bis auf Tirol und Vorarlberg, wo Wahlpflicht herrschte, waren dies durchwegs städtisch-industrielle Wahlkreise, in denen die Sozialdemokratische Partei dominierte. Dies würde im Umkehrschluss bedeuten, dass sich die Städtisch-Bürgerlichen nicht so sehr für die Wahlen interessierten und daher auch eher die sozialdemokratischen Parteien wählen würden.²²⁰ Im Allgemeinen lässt sich aber feststellen, dass die Frauen unter den Wählern der Klassenkampf- und Standesparteien der Arbeiter und Bauern viel schwächer vertreten waren als die Männer. Dieses Verhältnis fand sich auch bei den freiheitlich-bürgerlichen und nationalen Parteien wieder.²²¹ Deutlich war jedoch auch, dass sich die Frauen überwiegend für die Christlichsoziale Partei entschieden, auch dort, wo der Männeranteil überwiegend sozialdemokratisch wählte. Dies zeigt, dass viele Frauen nicht, wie angenommen, ihren Männern und Vätern politisch gefolgt sind.²²²

Den Ergebnissen zufolge, waren also bei den Nationalratswahlen am 17. Oktober 1920 3 752 212 Menschen wahlberechtigt, 3 011 783 Stimmen wurden abgegeben, wovon 2 980 328 Stimmen gültig waren. Die Mandatsverteilung sah folgendermaßen aus: 85 Mandate gingen an die Christlichsozialen, 69 an die Sozialdemokraten, 28 an die Deutschnationalen Parteien und ein Mandat an die Demokratischen Parteien.²²³

²¹⁹ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 64.

²²⁰ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 64.

²²¹ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 67.

²²² Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 67.

²²³ Bundesministerium für Inneres (Hg.), Nationalratswahl vom 17. Oktober 1920, online unter <http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/files/NRW_1920_Ergebnisse.pdf> (12.10.2017).

Tafel II.

Wahlergebnisse in

Nr.	Wahlkreis Bezeichnung	Von 100 Wahl- berechtigten waren		Von 100 Ab- stimmenden waren		An der Wahl haben sich beteiligt von 100 wahl- berechtigten		
		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männern	Frauen	Männern und Frauen
1	Innen-Ost	43·38	56·62	46·07	53·93	85·58	76·77	80·59
2	Innen-West	42·82	57·18	45·45	54·55	85·48	76·83	80·53
3	Nordwest	43·30	56·70	45·68	54·32	86·13	78·19	81·63
4	Nordost	47·68	52·32	48·90	51·10	89·52	85·23	87·28
5	Südost	47·11	52·89	48·49	51·51	86·87	82·19	84·40
6	Südwest	45·16	54·84	46·74	53·26	86·79	81·46	83·87
7	West	45·99	54·01	47·46	52·54	86·40	81·44	83·72
	Wien zusammen..	45·33	54·67	47·18	52·82	86·85	80·64	83·46
8	Viertel oberm Wienerwald	48·74	51·26	50·85	49·15	83·70	76·92	80·22
9	Viertel unterm Wienerwald	47·78	52·22	48·93	51·07	87·91	83·95	85·84
10	Viertel oberm Manhartsberg	47·20	52·80	51·90	48·10	76·72	63·55	69·76
11	Viertel unterm Manhartsberg	47·58	52·42	50·57	49·43	82·35	73·06	77·48
	Niederösterreich-Land zusammen..	47·85	52·15	50·25	49·75	83·53	75·88	79·54
13	Linz und Umgebung	47·94	52·06	48·40	51·60	86·03	84·49	85·23
14	Innviertel	47·66	52·34	51·37	48·63	74·52	64·24	69·14
15	Hausruckviertel	47·82	52·18	50·16	49·84	80·57	73·35	76·81
16	Traunviertel	47·75	52·25	49·96	50·04	84·13	77·00	80·40
17	Mühlviertel	47·36	52·64	48·93	51·07	80·16	75·29	77·60
	Oberösterreich zusammen..	47·72	52·28	49·75	50·25	81·27	74·93	77·96
19	Salzburg	47·96	52·04 ¹⁾	49·77 ¹⁾	50·23 ¹⁾	76·95 ¹⁾	71·56 ¹⁾	74·14
20	Graz und Umgebung	45·97	54·03 ¹⁾	47·84 ¹⁾	52·16 ¹⁾	77·94 ¹⁾	72·30 ¹⁾	74·89
21	Mittel- und Untersteier	47·23	52·77	49·28	50·72	81·19	74·79	77·81
22	Oststeier	50·31	49·69	52·14	47·86	84·14	78·20	81·19
23	Obersteier							
	Steiermark zusammen..							
25	Nordtirol	48·15	51·85	48·55	51·45	88·01	86·60	87·28
26	Lienz	46·14	53·86	46·92	53·08	90·92	88·11	89·41
	Tirol zusammen..	47·96	52·04	48·40	51·60	88·27	86·75	87·48
27	Vorarlberg	47·68	52·32	47·70	52·30	90·02	89·96	89·99
	Insgesamt ²⁾ ..	46·99	53·01 ³⁾	48·87 ³⁾	51·13 ³⁾	84·12 ³⁾	78·03 ³⁾	80·89

¹⁾ Bei der Berechnung wurden die gültigen Stimmen zugrunde gelegt, da die Zahl der abgegebenen Stimmen nicht kreise mit Ausnahme des fehlenden Nr. 21. ²⁾ Für die Wahlkreise 19 und 20 wurden die gültigen Stimmen berücksichtigt.

Tabelle 2: NR 1920, Wahlergebnis in Verhältniszahlen, Teil 1²²⁴

²²⁴ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 58.

Verhältniszahlen.

Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf										
Christlich-soziale	Christlich-nationale Einheitsliste	Sozialdemokraten	Kommunisten	Großdeutsche Volkspartei	Deutsch-österreichische Bauernpartei	Nationalsozialistische Partei	Bürgerliche Arbeitspartei	Demokraten	Jüdisch-nationale	Sozialistische und demokratische Tschechoslowaken
35.48	0.47	31.43	0.84	13.54	0.54	0.51	13.19	—	1.52	2.48
42.96	0.70	30.13	0.44	14.94	0.44	0.39	—	5.71	1.94	2.35
33.45	1.19	35.82	0.60	15.73	0.31	0.39	7.97	—	2.52	2.02
22.19	0.29	54.33	1.88	4.72	0.12	2.79	—	2.90	6.09	4.69
25.84	0.35	55.78	1.89	7.37	0.19	0.29	1.34	—	0.53	6.42
32.68	0.34	49.48	1.55	10.07	0.26	0.47	1.81	—	0.40	2.94
26.51	0.37	57.33	2.44	5.62	—	0.22	1.02	—	0.62	5.87
30.09	0.49	46.99	1.51	9.50	0.24	0.78	3.33	1.01	1.98	4.08
56.20	0.18	28.63	1.08	11.68	0.89	1.22	—	—	0.12	—
34.24	0.21	49.14	1.29	13.03	0.31	0.60	0.65	—	0.15	0.38
53.72	0.40	17.50	—	12.67	11.00	4.55	—	—	0.16	—
65.89	0.64	18.24	0.44	12.24	1.38	0.94	—	—	0.09	0.14
49.78	0.33	32.07	0.84	12.47	2.48	1.49	0.24	—	0.13	0.17
35.98	—	41.45	1.23	21.10	—	—	—	—	0.24	—
59.87	—	15.80	0.26	24.57	—	—	—	—	—	—
59.83	—	22.58	0.60	14.83	2.16	—	—	—	—	—
50.57	—	34.91	0.74	13.78	—	—	—	—	—	—
74.09	—	13.73	—	12.18	—	—	—	—	—	—
55.29	—	26.73	0.60	16.84	0.50	—	—	—	0.04	—
47.45	—	27.77	0.93	23.56	0.29	—	—	—	—	—
31.77	0.26	37.89	1.95	21.07	5.97	0.72	—	—	0.37	—
50.53	—	24.25	—	8.16	16.67	0.39	—	—	—	—
71.80	0.08	10.44	—	4.96	12.27	0.45	—	—	—	—
24.45	1.44	50.84	0.64	8.86	10.90	2.87	—	—	—	—
41.74	0.55	33.46	0.73	11.14	10.99	1.29	—	—	0.10	—
62.44	—	21.09	0.59	14.67	0.25	0.96	—	—	—	—
82.99	—	10.50	—	5.72	—	0.79	—	—	—	—
64.45	—	20.06	0.53	13.79	0.23	0.94	—	—	—	—
60.02	—	18.35	—	12.40	9.23	—	—	—	—	—
43.53	0.33	35.52	0.98	12.32	2.71	0.89	1.20	0.35	0.73	1.44

bekannt ist. 2) Die Berechnung der Gliederungszahlen für die ersten 7 Spalten erfolgte auf Grund der Summe der Wahl-

Tabelle 3: NR 1920, Wahlergebnis in Verhältniszahlen, Teil 2²²⁵

²²⁵ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 59.

Wahlkreis				Es entfielen auf 1000 männliche										
Nr.	Bezeichnung	Wahlberechtigte	Überhaupt	gültig Abstimmende										
				nach Parteien										
				Ch. S.	Ch. E.	S. D.	K.	Gd. V.	d. ö. B.	Ns.	bgl. A.	Dem.	J.	Tsch.
				weibliche										
1	Innen-Ost	1305	1171	1651	1182	945	542	1028	970	827	1010	-	861	1153
2	Innen-West	1336	1202	1523	1263	1000	554	1091	1165	896	-	898	854	1071
3	Nordwest	1310	1190	1579	1405	1007	443	1114	1248	773	1022	-	976	1194
4	Nordost	1097	1046	1385	1035	969	578	965	990	891	-	832	1061	1152
5	Südost	1123	1065	1425	960	956	600	1028	928	816	917	-	902	1129
6	Südwest	1214	1141	1520	901	999	498	1057	1084	902	1041	-	922	1099
7	West	1174	1109	1432	1171	1027	608	1014	-	673	908	-	947	1112
	Wien zusammen	1206	1121	1502	1174	987	567	1051	1057	863	1004	865	989	1128
8	Viertel oberm Wienerwald	1052	969	1108 1)	1260	799	631	891	667	766	-	-	1186	-
9	Viertel unterm Wienerwald	1093	1046	1317	962	914	644	1026	738	751	998	-	953	994
10	Viertel oberm Manhartsberg	1119	929	1138	878	761	-	811	624	844	-	-	902	-
11	Viertel unterm Manhartsberg	1102	980	1105	836	749	498	845	623	753	-	-	1014	777
	Niederösterreich-Land	1090	992	1163	924	853	622	920	634	800	998	-	1005	952
13	Linz und Umgebung	1086	1069	1502	-	805	573	1089	-	-	-	-	1299	-
14	Innviertel	1098	948	1231 2)	-	616	176	667	-	-	-	-	-	-
15	Hausruckviertel	1091	997	1245	-	700	427	788	528	-	-	-	-	-
16	Traunviertel	1094	1003	1360	-	708	550	821	-	-	-	-	-	-
17	Mühlviertel	1111	1048	1233	-	631	-	686	-	-	-	-	-	-
	Oberösterreich zusammen	1096	1013	1295	-	718	497	814	528	-	-	-	1299	-
19	Salzburg	1085	1009	1362	-	704	482	868	942	-	-	-	-	-
20	Graz und Umgebung	1175	1090	1594	1604	842	608	1148	813	784	-	-	840	-
25	Nordtirol	1077	1069	1253	-	748	524	966	790	710	-	-	-	-
26	Lienz	1167	1139	1231	-	749	-	878	-	600	-	-	-	-
	Tirol zusammen	1085	1076	1250	-	748	524	962	790	701	-	-	-	-
	Vorarlberg	1097	1110	1427	-	710	-	869	741	-	-	-	-	-
	Insgesamt 3)	1137	1056	1315	1107	888	571	945	713	815	1004	865	989	1123

1) Für die Christlichsozialen schlechthin 1124 und für die Zerkliste 938. 2) Für die Schöpferliste 1483 und für die Schraffliste 857. 3) Berechnet auf Grund der Summe der Wahlkreise mit Ausnahme der fehlenden Nr. 21, 22 und 23.²²⁶

Tabelle 4: NR 1920, Geschlechtsgliederung der Wähler nach Parteien in Verhältniszahlen²²⁷

Die Tabelle 4 „1920: Geschlechtsgliederung der Wähler nach Parteien in Verhältniszahlen“ zeigt an, wenn die Durchschnittszahl über oder unter 1000 steht, einen Frauenüberschuss oder einen Männerüberschuss. Demnach gab es 1920 einen Frauenüberschuss in den Wiener Wahlkreisen, in Wiener Neustadt, Linz, Graz und einigen ländlichen Wahlkreisen. Die Christlichsozialen weisen die höchsten und die meisten Frauenüberschüsse auf. Dies ist besonders in den städtischen Wahlkreisen von Wien, Linz und Graz zu beobachten.²²⁸ Bei den Sozialdemokraten sieht man in einigen Wiener Wahlkreisen ein zahlenmäßiges Gleichgewicht

²²⁶ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 65.

²²⁷ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 65.

²²⁸ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 66.

der Geschlechter oder ein geringes Überwiegen der Frauen. Die großdeutsche Volkspartei hatte in den Wiener Wahlkreisen, außer im vierten Wahlkreis einen Frauenüberschuss, ebenso in Wiener Neustadt, Linz und Graz. Die Tschechoslowaken hatten einen Frauenüberschuss in Wien, die Christlichnationale Einheitsliste in den drei ersten Wahlkreisen.²²⁹

Bei der deutschösterreichischen Bauernpartei ist eine Stadt-Land Schwankung zu beobachten, hingegen ist bei der bürgerlichen Arbeitspartei ein ziemliches Gleichgewicht der Geschlechter zu verzeichnen. Bei den Demokraten und Jüdischnationalen ist der Anteil der Männerstimmen etwas höher, den größten Männerüberschuss haben die Kommunisten und die Nationalsozialisten.²³⁰

²²⁹ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 66.

²³⁰ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 66.

9.3 Vergleich der Wahlen von 1919 und 1920

Um einen Vergleich zwischen der Konstituierenden Nationalversammlung 1919 und der Nationalratswahl von 1920 durchführen zu können, muss beachtet werden, dass die Parteienlage eine divergente war. Die Sozialdemokraten, die Jüdischnationalen und die Tschechoslowaken waren mit einheitlichen Parteilisten vertreten. Aber die Christlichsozialen hatten 1919 in einigen Wahlkreisen zwei getrennte Listen aufgestellt, die jedoch gekoppelt waren, um eine Zusammenführung zu ermöglichen. Die Christlichnationale Einheitsliste entspricht der „deutschösterreichischen Volkspartei“. Der Vergleich zwischen den deutschnationalen Parteien ist schwieriger, dazu werden die großdeutsche Volkspartei, die deutschösterreichische Bauernpartei und die Nationalsozialisten gezählt.²³¹

Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen von 1919 und 1920 ergibt einen Unterschied von 100 000. Daher wurden in der Tabelle 5 „Vergleich zwischen der Konstituierenden Nationalversammlung 1919 und den Nationalratswahlen 1920“ nicht die absoluten, sondern jene Prozentzahlen zugrunde gelegt, die sich aus der Relation der Parteisumme zu der Gesamtsumme im Wahlkreis abgegeben Stimmen ergaben.²³²

Bei der Wahl für die Konstituierende Nationalversammlung gingen 40,26 Prozent aller Stimmen an die Sozialdemokraten, 36,95 Prozent an die Christlichsozialen und 17,56 Prozent an die Deutschnationalen Parteien. Im Vergleich dazu erhielten 1920 die Sozialdemokraten 35,52 Prozent, die Christlichsozialen 43,53 Prozent und die Deutschnationalen 15,92 Prozent der Stimmen.²³³

²³¹ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 67.

²³² Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 67.

²³³ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 67.

Wahlkreis		Jahr	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf die							
Nr.	Bezeichnung		Ch. S.	S. D.	Dn.	bgl. A.(Dem.)	Kom.	Ch. E.	J.	Tsch.
1	Innen-Ost	1919	30,04	40,47	10,58	14,25	-	0,21	-	4,45
		1920	35,48	31,43	14,59	13,19	0,84	0,47	1,52	2,48
2	Innen-West	1919	30,86	39,44	12,73	12,91	-	0,10	-	3,96
		1920	42,96	30,13	15,78	5,70	0,44	0,70	1,94	2,35
3	Nordwest	1919	26,20	45,18	13,28	10,94	-	0,36	-	4,04
		1920	33,45	35,81	16,43	7,98	0,60	1,19	2,52	2,02
4	Nordost	1919	16,99	61,05	4,11	4,75	-	0,18	4,91	8,01
		1920	22,19	54,33	7,63	2,90	1,88	0,29	6,09	4,69
5	Südost	1919	17,22	64,35	4,72	3,37	-	0,14	-	10,20
		1920	25,84	55,78	7,85	1,34	1,89	0,35	0,53	6,42
6	Südwest	1919	23,94	58,85	8,19	4,04	-	0,12	-	4,86
		1920	32,68	49,48	10,81	1,81	1,55	0,33	0,40	2,94
7	West	1919	17,48	65,89	3,63	2,81	-	0,16	-	10,03
		1920	26,51	57,33	5,84	1,02	2,44	0,37	0,62	5,87
	Wien zusammen	1919	22,31	55,40	7,53	6,86	-	0,18	0,82	6,90
		1920	30,09	46,99	10,52	4,34	1,51	0,49	1,98	4,08
8	Viertel oberm Wienerwald	1919	47,92	34,43	17,47	-	-	-	-	0,18
		1920	1)56,2 1	28,63	13,78	-	1,08	0,18	0,12	--
9	Viertel unterm Wienerwald	1919	27,20	58,92	10,95	2,38	-	-	-	0,55
		1920	34,24	49,13	13,95	0,65	1,29	0,21	0,15	0,38
10	Viertel oberm Manhartsberg	1919	36,78	23,17	39,80	-	-	-	-	0,25
		1920	53,72	17,50	28,22	-	-	0,40	0,16	-
11	Viertel unterm Manhartsberg	1919	57,11	23,43	19,16	-	-	-	-	0,30
		1920	65,89	18,24	14,57	-	0,44	0,64	0,09	0,13
	Niederösterreich-Land	1919	40,89	37,96	20,01	0,80	-	-	-	0,34
		1920	49,78	32,07	16,44	0,24	0,84	0,33	0,13	0,17
13	Linz und Umgebung	1919	31,13	46,03	22,84	-	-	-	-	-
		1920	35,98	41,46	21,10	-	1,23	-	0,23	-
14	Innviertel	1919	44,48	17,92	37,60	-	-	-	-	-
		1920	59,37	15,80	24,57	-	0,26	-	-	-
15	Hausruckviertel	1919	49,14	21,70	29,16	-	-	-	-	-
		1920	59,83	22,58	16,99	-	0,60	-	-	-
16	Traunviertel	1919	43,11	35,66	21,23	-	-	-	-	-
		1920	50,57	34,91	13,78	-	0,74	-	-	-
17	Mühlviertel	1919	63,84	16,65	19,51	-	-	-	-	-
		1920	74,10	13,72	12,18	-	-	-	-	-
	Oberösterreich zusammen	1919	46,20	27,98	25,82	-	-	-	-	-
		1920	55,29	26,73	17,34	-	0,60	-	0,04	-
19	Salzburg	1919	42,14	30,58	27,28	-	-	-	-	-
		1920	47,45	27,77	23,85	-	0,93	-	-	-
20	Graz und Umgebung	1919	30,82	39,96	29,22	-	-	-	-	-
		1920	31,77	37,89	27,76	-	1,95	0,26	0,37	-
21	Mittel- und Untersteier	1919	51,50	23,76	24,74	-	-	-	-	-
		1920	50,53	24,25	25,22	-	-	-	-	-
22	Oststeier	1919	66,02	11,53	22,45	-	-	-	-	-
		1920	71,80	10,44	17,68	-	-	0,08	-	-
23	Obersteier	1919	21,33	53,28	25,39	-	-	-	-	-
		1920	24,45	50,84	22,63	-	0,64	1,44	-	-
	Steiermark zusammen	1919	39,80	34,60	25,60	-	-	-	-	-
		1920	41,74	33,46	23,42	-	0,73	0,55	0,10	-
25	Nordtirol	1919	58,41	23,02	18,57	-	-	-	-	-
		1920	62,44	21,09	15,88	-	0,59	-	-	-
26	Lienz	1919	2)83,6 4	11,18	5,18	-	-	-	-	-
		1920	82,99	10,50	6,51	-	-	-	-	-
	Tirol zusammen	1919	61,03	21,79	17,18	-	-	-	-	-
		1920	64,45	20,06	14,96	-	0,53	-	-	-
27	Vorarlberg	1919	61,99	21,80	16,21	-	-	-	-	-
		1920	60,02	18,35	21,63	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme	1919	36,95	40,26	17,56	2,50	-	0,06	0,27	2,40
		1920	3)43,5 3	35,52	15,92	1,55	0,98	0,33	0,73	1,44

1) Davon 54,63 Prozent für die Christlichsozialen und 4,58 Prozent für die Zerdikliste. 2) Davon 55,18 Prozen für Schöpfer und 27,81 Prozent für Schraffl. 3) Davon 43,11 Prozent für die Christlichsozialen schlechthin, 0,27 Prozent für die Zerdikliste (Wahlkreis 8) und 0,15 Prozent für die Schraffliste (Wahlkreis 26).²³⁴

Tabelle 5: Vergleich zwischen der Konstituierenden Nationalversammlung 1919 und den Nationalratswahlen 1920²³⁵

²³⁴ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 68.

²³⁵ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. 68.

9.4 Wahlen für den Nationalrat vom 17. November 1923

Zum ersten Mal konnte das ganze Bundesgebiet wählen, denn die Bundesländer Burgenland und Kärnten hatten für die vorangegangene Wahl erst nachträglich gewählt. 3 849 000 Menschen waren wahlberechtigt und von diesen waren wiederum 52,8 Prozent Frauen. Die Wahlbeteiligung war mit 87 Prozent höher als 1920, als sie bei etwa 80 Prozent lag. Dennoch war die Beteiligung der Frauen mit 85 Prozent immer noch niedriger als die der Männer, mit 90 Prozent.²³⁶

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung.																	
Wahlkreise und Bundesländer	1923										1920						
	Wahl- berechtigte	Von 100 Wahl- berech- tigten waren Frauen ¹⁾	Ab- gegebene Stimmen	Von 100 Ab- stimmen- den waren Frauen ²⁾	An der Wahl beteiligten sich von 100 Wahlberechtigten				Wahl- berechtigte	Von 100 Wahl- berech- tigten waren Frauen	Ab- gegebene Stimmen	Von 100 Ab- stimmen- den waren Frauen	An der Wahl beteiligten sich von 100 Wahlberechtigten				
					Männern	Frauen	Männern und Frauen	Männern					Frauen	Männern und Frauen			
Wien Innen-Ost	147.888	55-99	130.003	54-86	90-15	86-15	87-91	148.574	56-62	119.983	53-93	85-58	76-77	80-59			
Innen-West	104.888	56-33	93.411	55-54	90-71	87-86	89-13	105.812	57-18	84.811	54-55	85-48	76-83	80-53			
Nordwest	144.251	56-94	127.820	55-44	91-69	86-28	88-61	139.717	56-70	114.049	54-92	86-18	78-19	81-63			
Nordost	188.811	52-83	176.466	52-08	93-94	93-03	93-46	184.616	52-82	161.126	51-10	89-52	85-23	87-28			
Südost	170.754	53-18	158.495	52-92	93-23	92-44	92-82	169.474	52-89	148.028	51-51	86-87	82-19	84-40			
Südwest	178.969	55-25	164.083	54-30	93-63	90-11	91-68	172.228	54-84	144.444	53-26	86-79	81-46	83-87			
West	204.822	53-96	189.290	53-73	92-89	92-02	92-42	203.142	54-01	170.070	52-54	86-40	81-44	89-72			
Viertel ober dem Wienerwald	212.893	50-82	186.291	49-83	89-47	86-00	87-71	201.665	51-26	161.782	49-15	83-70	76-92	80-22			
unter dem	304.626	52-38	272.641	51-76	90-67	88-44	89-50	291.213	52-22	249.979	51-07	87-91	83-95	85-84			
ober dem Manhartsberg	160.170	52-64	126.712	49-42	84-50	74-26	79-11	161.598	52-80	112.734	48-10	76-72	63-55	69-76			
unter dem	194.879	52-23	164.415	50-23	87-91	81-13	84-37	191.828	52-42	148.636	49-43	82-35	73-06	77-48			
Linz und Umgebung	91.119	53-57	82.419	53-04	91-48	89-54	90-45	89.365	52-06	76.167	51-60	80-03	84-49	85-23			
Innviertel	90.847	52-29	74.292	50-19	85-85	78-93	82-23	88.755	52-34	61.363	48-63	74-52	64-24	69-14			
Hausruckviertel	121.452	51-89	106.401	50-90	89-40	85-94	87-61	118.161	52-18	90.755	49-84	80-57	73-35	76-81			
Traunviertel	127.278	51-71	111.485	50-63	89-54	83-77	87-60	122.649	52-25	98.611	50-04	84-13	77-00	80-40			
Mühlviertel	87.380	52-82	78.876	51-38	87-13	82-24	84-55	86.619	52-64	67.213	51-07	80-16	75-29	77-60			
Salzburg	129.046	52-99	111.699	51-32	87-52	81-32	84-22	123.578	52-04	91.622	50-23	76-95	71-56	74-14			
Tirol	176.619	51-94	163.711	51-53	92-85	91-49	92-64	170.550	52-04	149.195	51-60	88-27	86-75	87-48			
Vorarlberg	76.819	52-60	72.292	52-43	94-44	93-80	94-11	73.888	52-32	66.490	52-30	90-02	89-96	89-99			
Graz und Umgebung	153.281	54-21	129.464	53-13	86-45	82-78	84-46	150.070	54-03	115.339	52-16	77-94	72-30	74-89			
Mittel- und Untersteier	117.669	50-81	90.375	49-07	79-53	74-17	76-80	115.695	50-94	81.678	48-43	74-21	67-12	70-06			
Oststeier	116.925	52-68	99.481	51-85	85-84	83-42	84-56	117.823	52-77	91.681	50-72	81-19	74-79	77-81			
Obersteier	184.420	47-85	154.668	47-44	84-53	83-14	89-87	168.325	49-69	136.659	47-86	84-14	78-20	81-19			
Kärnten	206.110	52-84	169.608	51-33	84-93	79-94	82-29	203.404	52-68	143.939	49-59	75-40	66-61	70-77			
Burgenland	158.628	51-50	121.507	48-75	80-82	72-31	76-46	153.663	50-94	130.429	48-49	84-89	76-94	80-84			
Wien	1.140.323	54-63	1.039.568	53-93	92-56	90-00	91-16	1.123.363	54-67	937.511	52-82	88-85	80-64	83-46			
Niederösterreich	872.068	52-01	750.059	50-55	88-64	83-58	86-01	846.304	52-15	673.131	49-75	83-53	75-88	79-54			
Oberösterreich	517.576	52-37	448.473	51-19	88-80	84-70	86-65	505.549	52-28	394.109	50-25	81-27	74-93	77-96			
Salzburg	129.046	52-99	111.699	51-32	87-52	81-32	84-22	123.578	52-04	91.622	50-23	76-95	71-56	74-14			
Tirol	176.619	51-94	163.711	51-53	92-85	91-49	92-64	170.550	52-04	149.195	51-60	88-27	86-75	87-48			
Vorarlberg	76.819	52-60	72.292	52-43	94-44	93-80	94-11	73.888	52-32	66.490	52-30	90-02	89-96	89-99			
Steiermark	572.295	51-08	473.938	50-18	84-18	81-17	82-64	551.913	51-79	425.357	49-73	79-80	73-50	76-54			
Kärnten	206.110	52-84	169.608	51-33	84-93	79-94	82-29	203.404	52-68	143.939	49-59	75-40	66-61	70-77			
Burgenland	158.628	51-50	121.507	48-75	80-82	72-31	76-46	153.663	50-94	130.429	48-49	84-89	76-94	80-84			
Insgesamt	3.849.484	52-77	3.350.855	51-73	88-87	85-23	86-95	3.752.212	52-84	3.011.783	50-87	83-95	77-04	80-27			

¹⁾ 5 Wahlorte keine Angaben über Wahlberechtigte.

²⁾ 2 Wahlorte keine Angaben über Wahlberechtigte.

³⁾ In dieser Kolonne blieben 86 Wahlorte (mit 25.444 Wahlberechtigten), für die Angaben über die Geschlechtsgliederung der Wahlberechtigten fehlen, außer Betracht.

⁴⁾ In dieser Kolonne blieben 53 Wahlorte, für die Angaben über die Geschlechtsgliederung der Abstimmenden fehlen, außer Betracht.

⁵⁾ Für 15 Wahlorte fehlen die Angaben.

⁶⁾ Mit Ausschluss von 21 Wahlorten, bei denen Angaben über Geschlechtsgliederung fehlen.

⁷⁾ Nur die gültigen Stimmen, da über die abgegebenen keine Angaben vorliegen.

⁸⁾ Bei der Berechnung wurden gültige Stimmen zugrunde gelegt.

⁹⁾ Für den Bezirk Mattersdorf nur die gültigen Stimmen zugrunde gelegt.

Tabelle 6: Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung im Vergleich von 1920 und 1923²³⁷

Die Nationalratswahlen von 1923 beruhten wie auch für die Konstituierende Nationalratswahl auf dem Verhältniswahlrecht, jedoch wurden dieses Mal anstatt der 183 Mandate nur 165

²³⁶ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 70.

²³⁷ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 71.

festgesetzt. Ein Vergleich zwischen den Wahlen von 1920 und 1923 wird zum besseren Verständnis in einer kleinen Tabelle angeführt.²³⁸

Politische Partei	Jahr der Wahl	Gültige Stimmen	Mandate		Auf 1 Mandat entfielen gültige Stimmen
			Überhaupt	In % der Gesamtzahl	
Christlichsoziale Partei	1923	1 490 870	82	49,70	18 181
	1920	1 245 531	85	46,45	14 653
Deutschnationale Parteien	1923	422 600	15	9,09	28 173
	1920	514 127	28	15,30	18,361
Sozialdemokraten	1923	1 311 870	68	41,21	19 292
	1920	1 072 709	69	37,70	15 546
Andere Parteien	1923	87 266			
	1920	147 961		0,55	147 961
Insgesamt	1923	3 312 606	165	100	20 076
	1920	2 980 328	183	100	16 285

Tabelle 7: Vergleich zwischen den Nationalratswahlen von 1920 und 1923²³⁹

Von den 82 Mandaten der Christlichsozialen entfielen 80 auf die Christlichsoziale Partei und zwei auf die Kärntner Einheitsliste. Der Verband der Großdeutschen und des Landbundes gliederte sich in acht Großdeutsche und zwei Landbündler, wobei jedem zwei Mandate aus der Kärntner Einheitsliste zuzurechnen sind.²⁴⁰

²³⁸ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 72.

²³⁹ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 72.

²⁴⁰ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 72.

9.5 Wahlen für den Nationalrat vom 24. April 1927

Die Gesetzgebungsperiode nach der Verfassung dauerte für den Nationalrat vier Jahre, nachdem wäre es aber erst im Herbst zu Neuwahlen gekommen. Nach dem Bundesgesetz Bl. Nr. 74 hat der Nationalrat am 4. März 1927 jedoch seine Auflösung und den 24. April für die Neuwahlen beschlossen.²⁴¹ Die Zahl der Wahlberechtigten stieg bei jeder Nationalratswahl an und 1927 waren 4 114 940 Menschen wahlberechtigt. Von 100 Wahlberechtigten waren 53 weiblich, so wie auch schon im Jahr 1923. Auch die Wahlbeteiligung stieg an und nur elf Prozent enthielten sich ihrer Stimme. Die größte Wahlbeteiligung fand in den Wiener Wahlkreisen Nordost, Südost und West statt sowie im Wahlkreis Vorarlberg. Die geringste Wahlbeteiligung war hingegen in Mittel- und Untersteier, wo nur 76 von 100 Frauen wählen gingen. Das Ergebnis der Nationalratswahlen 1927 war: 85 Mandate gingen an die Einheitsliste²⁴², diese bestand aus der Christlichsozialen Partei, der großdeutschen Volkspartei, der mittelständischen Volkspartei, der Riehlgruppe und der Schulzgruppe der nationalsozialistischen Arbeiterpartei²⁴³, 71 Mandate gingen an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und neun Mandate an den Landbund für Österreich.²⁴⁴ Nachstehend eine kleine Tabelle, wie viele Stimmen an Parteien gingen, die den Einzug ins Parlament schafften beziehungsweise nicht schafften.

Wahlpartei	Für die nebenstehende Partei abgegebene gültige Stimmen		Der nebenstehenden Partei zugefallene Mandate
	absolut	in %	
Einheitsliste	1 753 346	48,2	85
Sozialdemokratische Partei	1 539 088	42,3	71
Landbund Österreich	229 977	6,3	9
Udeverband	35 428	1,0	
Völkischsozialer Block	27 142	0,8	
Kommunistische Partei Österreich	16 181	0,4	
Demokratische Liste	14 472	0,4	
Jüdische Partei	10 717	0,3	
Partei der Kärnter Slowenen	9 334	0,3	
Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei	705	0	
Kleingewerbepartei Österreich	251	0	
Bund der parteilosen Staatsbürger	60	0	
Bauern und Gewerbetreibende aller Art Parteien	11	0	
Zusammen	3 636 712	100	165

Tabelle 8: NR 1927, Wahlergebnis²⁴⁵

²⁴¹ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 74.

²⁴² Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 77.

²⁴³ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 74.

²⁴⁴ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 77.

²⁴⁵ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 77.

Tabelle 9 „NR 1927: Wahlergebnisse nach Geschlecht und Parteien“ zeigt eine Darstellung der Hauptergebnisse nach Wahlkreisen und Ländern in relativen Zahlen. Ebenso ersichtlich ist die Geschlechtsgliederung in ihrer Aufteilung nach Parteien.

Wahlkreis		Von 100		Von 100 Wahl-Berechtigten haben Stimmen abgegeben				Von 100 gültigen Stimmen, und zwar											
Wahl-kreis Nr.	Wahlkreis bzw. Bundesland	Wahl-be-rech-tigten	Ab-stim-men-den					männlichen		weiblichen						überhaupt			
								Ein-beits-liste	So-zial-demo-kra-tische Partei	Land-bund für Österreich	Andere Par-teien	Ein-beits-liste	So-zial-demo-kra-tische Partei	Land-bund für Österreich	Andere Par-teien	Ein-heits-liste	So-zial-demo-kra-tische Partei	Land-bund für Österreich	Andere Par-teien
		waren	zus.																
		weiblich																	
1	Wien-Innen-Ost	57	57	89	91	88	47	48	0,4	5	53	44	0,3	3	50	46	0,3	4	
2	Wien-Innen-West	58	57	92	94	91	48	46	0,3	6	53	43	0,2	4	50	45	0,2	5	
3	Wien-Nordwest	57	57	92	93	91	41	53	0,4	6	47	49	0,3	5	44	51	0,3	5	
4	Wien-Nordost	53	53	95	95	94	27	68	0,3	5	30	66	0,3	4	28	67	0,3	5	
5	Wien-Südost	54	53	94	95	93	26	71	0,2	3	32	66	0,1	2	29	69	0,1	2	
6	Wien-Südwest	56	55	93	95	92	33	64	0,3	3	39	59	0,3	2	36	61	0,3	3	
7	Wien-West	54	55	93	93	93	27	70	0,2	3	32	66	0,2	2	29	68	0,2	3	
8	Viertel o. d. Wienerwald (St. Pölten)	51	50	91	93	90	59	38	2	1	67	32	0,1	1	64	35	0,2	1	
9	Viertel u. d. Wienerwald (Wr. Neustadt)	52	52	91	92	91	41	57	0,5	2	47	51	0,3	2	44	54	0,4	2	
10	Viertel o. d. Manhartsberg (Krems)	53	51	87	93	84	61	27	9	3	69	22	7	2	65	24	8	3	
11	Viertel u. d. Manhartsberg (Korneuburg)	52	51	91	93	89	67	28	5	0,5	73	23	0,4	4	70	25	4	1	
12	Linz und Umgebung	54	53	92	92	92	44	50	4	2	52	42	4	2	48	46	4	2	
13	Innviertel (Ried)	52	52	86	89	86	59	20	20	1	72	14	13	1	65	17	17	1	
14	Hausruckviertel (Wels)	52	51	90	90	89	56	29	15	0,2	67	22	11	0,2	61	26	13	0,2	
15	Traunviertel (Steyr)	52	51	90	92	88	50	43	6	1	62	33	4	1	56	38	5	1	
16	Mühlviertel (Freistadt)	53	52	90	90	87	70	20	8	2	81	13	5	1	76	16	6	2	
17	Salzburg (Salzburg)	52	51	86	86	85	54	37	8	1	66	28	5	1	60	32	6	2	
18	Tirol (Innsbruck)	52	51	92	94	91	70	26	1	3	79	19	0,5	2	75	22	1	2	
19	Vorarlberg (Bregenz)	52	52	94	94	93	66	27	5	2	77	18	4	1	72	22	5	1	
20	Graz und Umgebung (Graz)	54	54	84	86	83	31	51	9	9	42	41	7	10	37	45	8	10	
21	Mittel- und Untersteier (Leibnitz)	51	50	80	82	77	38	29	27	6	51	23	21	5	44	26	24	6	
22	Oststeier (Feldbach))	52	51	84	86	82	52	14	28	6	67	9	19	5	60	12	23	5	
23	Obersteier (Leoben)	49	48	87	89	86	27	54	15	4	37	46	14	3	32	50	14	4	
24	Kärnten (Klagenfurt)	53	50	81	84	77	22	40	28	10	31	34	25	10	26	37	27	10	
25	Burgenland (Eisenstadt)	51	49	82	97	79	40	43	17	0,2	45	39	16	0,1	42	41	17	0,2	
1-7	Wien	55	55	93	94	92	34	62	0,3	4	39	58	0,2	3	36	60	0,3	4	
8-11	Niederösterreich	52	51	91	93	89	55	40	3	2	61	35	3	1	58	38	3	1	
12-16	Oberösterreich	52	52	90	91	89	55	34	10	1	66	26	7	1	60	30	9	1	
17	Salzburg	52	51	86	86	85	54	37	7	2	66	28	5	1	61	32	6	1	
18	Tirol	52	51	92	94	91	70	26	1	3	79	19	0,4	2	75	22	1	2	
19	Vorarlberg	52	52	94	94	93	66	27	5	2	77	18	4	1	72	22	5	1	
20-23	Steiermark	51	50	84	86	81	36	40	18	6	47	33	14	6	41	37	16	6	
24	Kärnten	53	50	81	84	77	33	40	28	10	31	34	25	10	26	37	27	10	
25	Burgenland	51	49	82	85	79	40	43	17	0,2	45	39	16	0,1	42	41	17	0,2	
	Österreich	53	52	89	91	88	44	46	7	3	52	40	5	3	49	42	6	3	

Tabelle 9: NR 1927, Wahlergebnis nach Geschlecht und Parteien ²⁴⁶

²⁴⁶ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 78.

Um herauszufinden, welche Unterscheidung es hinsichtlich der Mandatsverteilung gäbe, hätten die Männer bzw. die Frauen alleine gewählt, erscheint es sinnvoll, die Mandatsverteilung der Frauen getrennt von der der Männer anzusehen.²⁴⁷

Wahlpartei	Ergebnisse der Wahl, falls		Tatsächliches Wahlergebnis
	die Männer	die Frauen	
	allein gewählt hätten		
	Mandate		
Einheitsliste	78	94	85
Sozialdemokratische Partei	76	63	71
Landbund für Österreich	11	8	9
Zusammen	165	165	165

Tabelle 10: NR 1927, Mandatsvergleich, wenn Männer oder Frauen alleine gewählt hätten.²⁴⁸

Dies veranschaulicht noch einmal ganz deutlich, dass mehr Frauen als Männer sich für die Christlichsoziale Partei entschieden hatten und demnach die Einheitsliste, hätten die Frauen alleine gewählt, mehr Mandate erhalten hätte als die anderen Parteien. Bei den Männern hingegen sind die Stimmen für die Einheitsliste und die Sozialdemokratische Partei ziemlich ausgeglichen.

²⁴⁷ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 80.

²⁴⁸ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 80.

9.6 Wahlen für den Nationalrat vom 9. November 1930

Für die Nationalratswahlen vom 9. November 1930 gab es bezüglich des aktiven wie auch des passiven Wahlrechts eine Änderung. Waren bei den vorangehenden Wahlen jene Männer und Frauen wahlberechtigt, die das 20. Lebensjahr vor dem ersten Jänner des Jahres der Wahl vollendet hatten, waren sie für die kommende Nationalratswahl erst wahlberechtigt, wenn sie am 30. Juni 1930 das 21. Lebensjahr vollendet hatten. Wählbar waren Männer und Frauen erst ab dem 29. Lebensjahr und nicht schon ab dem 24. Lebensjahr. Zu den Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, zählten alle, die beschränkt oder voll entmündigt waren oder aufgrund einer Verurteilung ausgeschlossen wurden. Personen, welche unter Polizeiaufsicht standen, in einer Zwangsarbeitsanstalt waren, oder Väter, denen die väterliche Gewalt entzogen wurde, konnten eine gewisse Zeit vom Wahlrecht entbunden werden.²⁴⁹

In der Verfassung war außerdem geregelt, dass das Bundesgebiet in räumlich geschlossene Wahlkreise geteilt war und die Zahl der Abgeordneten auf die Wahlberechtigten eines Wahlkreises im Verhältnis der Bürgerzahl der Wahlkreise aufzuteilen war. Es oblag jedem Bundesland selbst, eine Wahlpflicht einzuführen. Dies wurde wie in den Jahren zuvor auch schon von Tirol und Vorarlberg realisiert. Die Wahlordnung sah außerdem vor, dass 165 Abgeordnete in den Nationalrat zu entsenden sind und diese wurden nach der starren Liste gewählt. In Österreich gab es nur einen Wahlgang, aber zwei Ermittlungsverfahren. Im zweiten Ermittlungsverfahren wurden jene Mandate besetzt, die für die Zuteilung der Zahl der Stimmenden, welche die einzelnen Wahlparteien erhielten, nicht ausreichten. Diese sogenannten „Reststimmen“ wurden dann im zweiten Ermittlungsverfahren vier Wahlkreisverbänden zugeteilt. Wenn eine kleinere Partei im ersten Verfahren jedoch kein Mandat erhielt, kam sie auch nicht in die zweite Runde. Daher stand es den Parteien, welche gemeinsame Interessen vertraten frei, sich zusammenzuschließen, um mehr Menschen anzusprechen und somit bessere Chancen für den Nationalrat zu erzielen.²⁵⁰

Trotz der Anhebung des Wahlalters waren im Vergleich zu 1927 um 0,1 Prozent mehr Menschen wahlberechtigt. Es waren 4 121 282²⁵¹ Menschen zur Wahl zugelassen und nach den Ausweisen der Kreiswahlbehörde beteiligten sich 3 716 166 Wählerinnen und Wähler. Laut den Einzelausweisen waren 3 715 372 Menschen, also um 794 weniger als die Kreiswahlbehörde zählte, wahlberechtigt.²⁵² Diese Differenz konnte jedoch nicht aufgeklärt

²⁴⁹ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 95.

²⁵⁰ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 95.

²⁵¹ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 96.

²⁵² Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 98.

werden und hat auch für die folgenden Darstellungen keinerlei Auswirkungen.²⁵³ Demnach unterschied sich auch die Anzahl der gültigen Stimmen für diese Wahl, laut der Kreiswahlbehörde waren es 3 688 068 und den Einzelausweisen zufolge waren es 3 687 082.²⁵⁴ Die Parteigruppierungen waren im Vergleich zu 1927 auch anders, während 1927 die Christlichsoziale Partei gemeinsam mit der Großdeutschen Partei und einigen kleineren bürgerlichen Parteien die „Einheitsliste“ bildeten, trat die Christlichsoziale Partei bei den Wahlen 1930 teils selbstständig, teils in Verbindung mit den bürgerlichen Selbstschutzformationen in den Wahlkampf. Die bürgerlichen Selbstschutzformationen kandidierten ihrerseits auch als Heimatblock. „Der Nationale Wirtschaftsblock und Landbund“ bestand aus der Großdeutschen Volkspartei, dem Landbund²⁵⁵ für Österreich und einigen kleineren Fraktionen. Die Kärntner Slowenen hatten eine Liste angemeldet, zogen ihre Kandidatur aber später zurück.²⁵⁶

Aufgrund der unterschiedlichen Parteienkonstellationen ist es auch schwierig, die Nationalratswahlen der Ersten Republik miteinander zu vergleichen, es scheint daher sinnvoll, sie in marxistische und nicht marxistische Parteien zu teilen, um etwaige Tendenzen in den Jahren feststellen zu können.²⁵⁷

Jahr der Wahl	Zahl der gültigen Stimmen nach den Ausweisen der Kreiswahlbehörden		Zu- oder Abnahme der marxistischen Stimmen gegenüber den jeweils letzten Wahlen		Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf marxistische Parteien
	für nicht marxistische	für marxistische			
	Parteien		absolut	in %	
1919	1 761 640	1 211 814			41
1920/21/22	1 880 233	1 100 095	-161 868 ¹⁾	-13,3 ¹⁾	37
1923	1 978 572	1 334 034	+233 939 ²⁾	+21,2 ²⁾	40
1927	2 081 443	1 555 269	+221 235	+16,5	43
1930	2 149 971	1 538 097	-17 172	-1,1	42

1) Ohne Burgenland. 2) Einschließlich Burgenland²⁵⁸

Tabelle 11: Vergleich der Nationalratswahlen in der Ersten Republik nach marxistischen und nicht marxistischen Parteien.

²⁵³ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 98.

²⁵⁴ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 100.

²⁵⁵ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 101.

²⁵⁶ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 102.

²⁵⁷ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 102.

²⁵⁸ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 103.

Tabelle 12 zeigt, wie die Frauen und wie die Männer bei der Nationalratswahl gestimmt haben.

Wahlpartei	Zahl der		
	Männer	Frauen	Personen überhaupt
	Welche für die nebenstehende Partei gültig gestimmt haben (nach den Ausweisen für Wahlorte)		
1. Sozialdemokratische Partei	751 669	756 244	1 516 913
2. Christlichsoziale Partei	550 083	764 385	1 314 468
Hiervon: Christlichsoziale Partei und Heimatwehr (Wien)	109 924	173 035	282 959
Christlichsoziale Partei und Heimwehr (Niederösterreich)	161 043	199 753	360 796
Christlichsoziale Partei	279 116	391 597	670 713
3. Nat. Wirtschaftsblock u. Landbund (Führung Dr. Schober)	208 361	219 601	427 962
4. Heimatblock	120 808	106 389	227 197
5. Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	62 384	49 459	111 843
6. Landbund für Österreich	25 323	18 329	43 652
7. Kommunistische Partei Österreichs	12 489	8 441	20 930
8. Österreichische Volkspartei	6 039	9 001	15 040
9. Demokratische Mittelpartei	3 462	3 268	6 730
10. Jüdische Liste	1 092	1 043	2 135
11. Kaisertreue Volkspartei (Wolffverband)	56	97	153
12. Nationaldemokratische Vereinigung (Höberthpartei)	42	17	59
Insgesamt	1 741 808	1 945 274	3 687 082

Tabelle 12: NR 1930, Wahlergebnis nach Geschlecht und Parteien²⁵⁹

Tabelle 13 zeigt den Prozentsatz der Wähler, die für die einzelnen Parteien gestimmt haben.

Wahlpartei	Von 100			
	für die nebenstehende Partei gültig Stimmenden waren Frauen	Männer	Frauen	Personen überhaupt
		welche gültig abgestimmt haben, stimmten für nebenstehende Partei		
1. Sozialdemokratische Partei	50	43	39	41
2. Christlichsoziale Partei	58	32	39	36
Hiervon: Christlichsoziale Partei und Heimatwehr (Wien)	61	6	9	8
Christlichsoziale Partei und Heimwehr (Niederösterreich)	55	9	10	10
Christlichsoziale Partei	58	17	20	18
3. Nat. Wirtschaftsblock u. Landbund (Führung Dr. Schober)	51	12	11	12
4. Heimatblock	47	7	5	6
Andere Parteien				
5. Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	44	4	4	3
6. Landbund für Österreich	42	1,5	1	1
7. Kommunistische Partei Österreichs	40	0,7	0,4	0,6
8. Österreichische Volkspartei	60	0,3	0,4	0,4
9. Demokratische Mittelpartei	49	0,2	0,1	0,2
10. Jüdische Liste	49	0	0	0
11. Kaisertreue Volkspartei (Wolffverband)	63	0	0	0
12. Nationaldemokratische Vereinigung (Höberthpartei)	29	0	0	0
Insgesamt	53	100	100	100

Tabelle 13: NR 1930, Wahlergebnis in Prozent und nach Geschlecht.²⁶⁰

²⁵⁹ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 105.

²⁶⁰ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 105.

Aus diesen Tabellen ist ersichtlich, dass die Stimmen der Frauen für die Sozialdemokratische Partei und für die Christlichsoziale Partei annähernd gleich waren, die Zahl der stimmenden Frauen für die Christlichsoziale Partei gegenüber den Männern aber verhältnismäßig größer war. Dass die Sozialdemokratische Partei insgesamt um 200 000 Stimmen mehr hat als die Christlichsoziale Partei, ist nun darauf zurückzuführen, dass sich die Männer vorwiegend für die Sozialdemokraten entschieden. Ein Überschuss an männlichen Wählern ist ebenso beim Heimatblock, beim Landbund, bei der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und den Kommunisten zu verzeichnen.²⁶¹

Um den Einfluss des Frauenwahlrechtes auf die Mandatsverteilung besser zu sehen, ergibt sich eine Gegenüberstellung der Mandatsverteilung, wenn die Frauen alleine gewählt hätten, wenn die Männer alleine gewählt hätten und schließlich die tatsächliche Mandatsvergabe.

Wahlpartei	Ergebnis der Wahl, falls		Tatsächliches Wahlergebnis
	die Männer	die Frauen	
	allein gewählt hätten		
Sozialdemokratische Partei	78	67	72
Christlichsoziale Partei	58	73	66
Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund	19	18	19
Heimatblock	10	7	8
Zusammen	165	165	165

Tabelle 14: NR 1930, Mandatsvergleich, wenn Männer oder Frauen alleine gewählt hätten.²⁶²

²⁶¹ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 105.

²⁶² Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Ress, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 135.

9.7 Mandate und Stimmenanteil 1919 – 1930

	1919		1920		1923		1927		1930	
	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%
Christlichsoziale Partei	69	35,9	85	41,8	82	45,0	85	49,0	66	35,7
Sozialdemokratische Partei	72	40,8	69	36,0	68	39,6	71	42,0	72	41,1
Deutschnationale Parteien	27	20,8	28	17,2	15	12,8	-	-	-	-
Landbund für Österreich	-	-	-	-	-	-	9	6,0	-	-
Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund	-	-	-	-	-	-	-	-	19	11,6
Heimatblock	-	-	-	-	-	-	-	-	8	6,2
Jüdisch-Nationale Partei	1	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-
Partei der sozialistischen und demokratischen Tschechoslowaken	1	2,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Parteien	-	-	1	5,0	-	2,6	-	3,0	-	5,4
	170	100,0	183	100,0	165	100,0	165	100,0	165	100,0

Tabelle 15: Mandate und Stimmenanteil 1919 – 1930.²⁶³

Um eine Gegenüberstellung für die Mandatsverteilung der Nationalratswahlen von 1919 – 1930 durchführen zu können, müssen die Zusammensetzungen in den Parteien noch einmal erläutert werden.²⁶⁴

Die Deutschnationalen Parteien und die demokratischen Parteien setzten sich 1919 zusammen aus der Deutschnationalen Partei, der Nationaldemokratischen Partei, dem Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer, der Deutschen Freiheits- und Ordnungspartei, der Freiheitlichen Bauern-, Bürger- und Arbeiterpartei, dem Freiheitlichen Salzburger Bauernbund, der Deutschfreiheitlichen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Wirtschaftspartei. Für 1920 setzten sie sich aus der Großdeutschen Volkspartei, der Deutschösterreichischen Bauernpartei, dem Kärntner Bauernbund und den Nationalsozialisten zusammen.²⁶⁵

1927 kandidierten die Christlichsozialen als Einheitsliste und 1930 in Wien als „Christlichsoziale Partei und Heimatwehr“, in Niederösterreich als „Christlichsoziale Partei und Heimwehr“. Unter sonstige Parteien fallen 1919: die Deutschösterreichische Volkspartei (Wien), die Bürgerliche Arbeiterpartei, die Nationalsozialistische Partei, die Demokraten (Wien, Niederösterreich), die Pinzgauer Wirtschaftspartei (Salzburg) und die Unabhängige Bauernpartei (Vorarlberg).²⁶⁶

²⁶³ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 35.

²⁶⁴ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 35.

²⁶⁵ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 35.

²⁶⁶ Stiefbold, Leupold-Löwenthal, Röss, Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich, 35.

1920 stellten sich die Bürgerliche Arbeiterpartei, die Demokraten, die Nationalsozialistische Partei (Wien, Niederösterreich), die Jüdischnationale Partei, die Sozialistischen und Demokratischen Tschechoslowaken (Wien), die Kärntner Slowenen (Kärnten), die Christlichnationale Einheitsliste, die Kommunistische Partei und die Deutschösterreichische Bauernpartei (im gesamten Bundesgebiet), 1922 die Burgenländische Bürger- und Bauernpartei (Burgenland) zur Wahl.²⁶⁷

²⁶⁷ Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Röss, Walther Lichem, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966), 35.

10 Didaktische Umsetzung in der Schule

Im Lehrplan für „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ 2016 wurde auch für die Sekundarstufe I Politische Bildung als Gegenstand bestimmt und er entspricht dadurch einem der Ziele des österreichischen Regierungsprogrammes für die Jahre 2013 bis 2018. Es wurden für den Geschichtsunterricht Module formuliert, welche verpflichtend zu unterrichten sind, die Reihenfolge dieser Module kann und darf individuell variiert werden. Die Kompetenzorientierung wurde bereits im Lehrplan 2008 für die Sekundarstufe I formuliert, ergänzend dazu finden sich nun auch noch didaktischen Prinzipien und das Lernen mit Konzepten.²⁶⁸ Die Basiskonzepte helfen Lehrenden bei der Gestaltung des Unterrichts und lassen Lernende den Zusammenhang besser verstehen. Es werden im Unterricht immer wiederkehrende zentrale Konzepte verwendet, bei denen zu beachten ist, dass das historische und politische Wissen reflektiert wird. Die Zeit muss als grundlegendes Konzept des historischen Denkens zwischen Kontinuität und Wandel beachtet werden und die Zusammenhänge des menschlichen Zusammenlebens müssen fokussiert werden.²⁶⁹

Nach PISA wurde in den bildungswissenschaftlichen Diskussionen die Kompetenzorientierung vor die Inhaltsorientierung gestellt und somit nicht der Inhalt in den Mittelpunkt des Unterrichts gestellt, sondern die zu erwerbende (Teil-) Kompetenz des historischen bzw. politischen Lernens.²⁷⁰ Wie der Kompetenzbegriff zu fassen ist, darüber herrscht in der Bildungslandschaft Uneinigkeit, aber für die Geschichts- und Politikdidaktik hat sich die Definition von Franz E. Weinert weitestgehend durchgesetzt.²⁷¹

*die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können.*²⁷²

²⁶⁸ Thomas Hellmuth, Christoph Kühberger, Kommentar zum Lehrplan der Neuen Mittelschule und der AHS-Unterstufe „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ (2016). In: BMB Bundesministerium für Bildung (Hg.), online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/lp/GSKPB_Sek_I_2016_-_Kommentar_zum_Lehrplan_Stand_26-09-2016.pdf?61edvr> (28.11.2017).

²⁶⁹ Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.11.2017, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (29.11.2017).

²⁷⁰ Christoph Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 11.

²⁷¹ Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen, 11.

²⁷² Franz E. Weinert, Leistungsmessungen in Schulen. Vergleichende Leistungsmessung in Schulen - eine umstrittene Selbstverständlichkeit (2. Auflage, Weinheim/Basel 2002), 27-28.

Demnach soll also das schulische Lernen für SchülerInnen nicht nur eine reine Reproduktion von Wissen darstellen.²⁷³ Im Lehrplan werden auch die didaktischen Grundsätze festgehalten.

*Der Unterricht in Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung ist so zu gestalten, dass den Schülerinnen und Schülern ermöglicht wird, durch die Berücksichtigung fachdidaktischer Prinzipien und anhand des Lernens mit historischen und politischen Basiskonzepten historische und politische Kompetenzen zu erwerben.*²⁷⁴

Die internationale Projektgruppe „FUER Geschichtsbewusstsein“²⁷⁵ hat dazu ein Kompetenzmodell entwickelt, das *sich die Förderung eines reflektierten und (selbst-) reflexiven Geschichtsbewusstseins im Unterricht zum Ziel gesetzt hat.*²⁷⁶ Es wurden vier historische und vier politische Kompetenzbereiche herausgearbeitet:^{277 278}

- | | |
|--------------------------------------|-------------------------------|
| • Historische Fragekompetenz | Politische Handlungskompetenz |
| • Historische Methodenkompetenz | Politische Methodenkompetenz |
| • Historische Orientierungskompetenz | Politische Urteilskompetenz |
| • Historische Sachkompetenz | Politische Sachkompetenz |

Unter der historischen Fragekompetenz sind jene Fähigkeiten und Fertigkeiten zu verstehen, die es Lernenden ermöglichen, mit Fragen aus der Vergangenheit umgehen zu können, eigene historische Fragen zu entwickeln und den Unterschied zwischen Vergangenheit und Geschichte zu verstehen.²⁷⁹

Die historische Methodenkompetenz soll das eigenständige Arbeiten mit historischen Quellen fördern (um sich die Vergangenheit besser vorstellen zu können) sowie einen kritischen Umgang mit historischen Darstellungen forcieren.²⁸⁰

- a) De-Konstruktionskompetenz umfasst die Darstellungen systematisch und kritisch zu analysieren, um etwaige Intentionen sichtbar zu machen.²⁸¹

²⁷³ Christoph Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage (Innsbruck/Wien/Bozen 2015), 18.

²⁷⁴ Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.11.2017, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (29.11.2017).

²⁷⁵ Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen, 18.

²⁷⁶ Barbara Dmytrasz, Alois Ecker, Irene Ecker, Friedrich Öhl (Hg.), Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Modelle, Texte, Beispiele (2. Auflage, 2012), online unter <http://www.geschichtsdidaktik.eu/fileadmin/user_upload/Cover_Korrektur_18_06_2012_Broschuere.pdf> (25.11.2017), 8.

²⁷⁷ Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen, 20.

²⁷⁸ Thomas Hellmuth, Christoph Kühberger, Kommentar zum Lehrplan der Neuen Mittelschule und der AHS-Unterstufe „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ (2016). In: BMB Bundesministerium für Bildung (Hg.), online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/lp/GSKPB_Sek_I_2016_-_Kommentar_zum_Lehrplan_Stand_26-09-2016.pdf?61edvr> (28.11.2017), 9.

²⁷⁹ Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen, 21.

²⁸⁰ Dmytrasz, Ecker, Ecker, Öhl, Fachdidaktik, 11.

²⁸¹ Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen, 21.

- b) Re-Konstruktionskompetenz meint, dass SchülerInnen selbst aus vorhandenen Quellen die Vergangenheit rekonstruieren. Dies gewährt ihnen einen Einblick in die Arbeit eines Historikers/einer Historikerin und zeigt auch die damit verbundenen Probleme auf.²⁸² Durch die Rekonstruktionskompetenz wird es SchülerInnen ermöglicht, eine kritische Grundhaltung zu den Ergebnissen einzunehmen.²⁸³

Durch die historische Orientierungskompetenz sollen Gegenwartsphänomene besser verstanden werden. Das historische Wissen und die dadurch erworbenen Kompetenzen sollen bei aktuellen beziehungsweise zukünftigen Problemen helfen.²⁸⁴

Die historische Sachkompetenz meint kein Daten- oder Faktenwissen²⁸⁵, sondern soll eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Bedeutungen, den Begriffen und deren inhaltlicher Ausfüllung einnehmen.²⁸⁶ Die SchülerInnen sollen die historischen Begriffe und Konzepte nicht nur verstehen und anwenden, sondern müssen auch in der Lage sein, diese kritisch zu hinterfragen und erweitern zu können.²⁸⁷

Bei der politischen Urteilskompetenz geht es darum, dass SchülerInnen fähig sind, eigene Urteile, aber auch Urteile von anderen kritisch zu reflektieren, da politisches Denken vor allem durch politische Urteile beeinflusst wird.²⁸⁸

Die politische Handlungskompetenz soll die Bereitschaft und Fähigkeit zu politischem Handeln fördern. Einige Teilbereiche dieser Kompetenz sind zum Beispiel, dass SchülerInnen in der Lage sein sollen, politische Interessen und Meinungen auszudrücken, politische Interessen zu vertreten und Angebote von politischen Organisationen zu nutzen.²⁸⁹

Die politikbezogene Methodenkompetenz versucht Grundlagen und Informationen aus dem Bereich des Politischen zu reflektieren beziehungsweise zu entschlüsseln. Hierbei soll vor allem mit medialen Produkten, wie TV-Nachrichten, Internetauftritten von Parteien, Diskussionen, Flugzetteln oder Werbeplakaten gearbeitet werden.²⁹⁰

²⁸² Christoph Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage (Innsbruck/Wien/Bozen 2015), 21.

²⁸³ Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen, 21.

²⁸⁴ Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen, 21.

²⁸⁵ Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen, 22.

²⁸⁶ Barbara Dmytrasz, Alois Ecker, Irene Ecker, Friedrich Öhl (Hg.), Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Modelle, Texte, Beispiele (2. Auflage, 2012), online unter <http://www.geschichtsdidaktik.eu/fileadmin/user_upload/Cover_Korrektur_18_06_2012_Broschuere.pdf> (25.11.2017), 12.

²⁸⁷ Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen, 22.

²⁸⁸ Thomas Hellmuth, Christoph Kühberger, Kommentar zum Lehrplan der Neuen Mittelschule und der AHS-Unterstufe „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ (2016). In: BMB Bundesministerium für Bildung (Hg.), online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/lp/GSKPB_Sek_I_2016_-_Kommentar_zum_Lehrplan_Stand_26-09-2016.pdf?61edvr> (28.11.2017), 9.

²⁸⁹ Hellmuth, Kühberger, Kommentar zum Lehrplan der NMS und AHS-Unterstufe, 9.

²⁹⁰ Hellmuth, Kühberger, Kommentar zum Lehrplan der NMS und AHS-Unterstufe, 9.

Im Bereich der politischen Sachkompetenz wird versucht, fachspezifische Begriffe und die damit verbundenen Konzepte anzuwenden, zu reflektieren und auszudifferenzieren. Sie sollen als „Hintergrundverständnis“ dienen.²⁹¹

Für die vorliegende Arbeit „Die politische Partizipation von Frauen zwischen 1918 und 1933 in Österreich mit Möglichkeit zur Umsetzung im Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politischer Bildung“ wurden nun Ideen für Unterrichtseinheiten erstellt, die sowohl auf die Kompetenzorientierung eingehen als auch die didaktischen Prinzipien und Konzepte berücksichtigen.

Laut dem Lehrplan²⁹² für „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ würden diese sich inhaltlich sowohl für eine 2., 3. und 4. Klasse AHS oder NMS eignen sowie für eine 6., 7. und 8. Klasse AHS.

- 2. Klasse, Modul 8 (Politische Bildung): Möglichkeiten für politisches Handeln
- 3. Klasse, Modul 9 (Politische Bildung): Wahlen und Wählen
- 4. Klasse, Modul 3 (Historische Bildung): Demokratie in Österreich in historischer Perspektive
- 6. Klasse, Kompetenzmodul 3 und 4
- 7. Klasse, Kompetenzmodul 5 und 6
- 8. Klasse, Kompetenzmodul 8

Anhand der Kompetenzmodule kann dieser Themenbereich nahezu in jeder Klasse umgesetzt werden. Es bedarf einer altersgemäßen Vermittlung sowie einer Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Um einen Bezugspunkt für SchülerInnen herzustellen, können aktuelle Ereignisse wie zum Beispiel die Nationalratswahlen oder der Internationale Frauentag am 8. März dienen.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsperspektiven sind Bildungs- und Lehraufgaben für den Unterricht in Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung. Es geht darum, den SchülerInnen eine Orientierung in Zeit und Raum zu vermitteln und sie bei ihrer Identitätsfindung zu begleiten.²⁹³

²⁹¹ Thomas Hellmuth, Christoph Kühberger, Kommentar zum Lehrplan der Neuen Mittelschule und der AHS-Unterstufe „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ (2016). In: BMB Bundesministerium für Bildung (Hg.), online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/lp/GSKPB_Sek_I_2016_-_Kommentar_zum_Lehrplan_Stand_26-09-2016.pdf?61edvr> (28.11.2017), 9.

²⁹² Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.11.2017, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (29.11.2017).

²⁹³ Bundeskanzleramt Österreich, Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne. (29.11.2017).

10.1 Unterrichtseinheit zu Kapitel „Frauenwahlrecht“

Stunde am:

Klasse: **7. Klasse AHS, Kompetenzmodul 6**

Schule:

Lehrende/r bzw. Student/in:

Betreuer/in:

Thema der Stunde: **Frauenwahlrecht**

Angestrebte domänenspezifische (Teil-)Kompetenz(en): Politische Handlungskompetenz: differenzierte politische Diskussionen führen, demokratische Mittel zur Durchsetzung eigener Anliegen konzipieren und/oder anwenden²⁹⁴

Fokussiertes Basiskonzept: Zusammenhänge des menschlichen Zusammenlebens fokussieren (Kommunikation)²⁹⁵

Zielsetzungen²⁹⁶: Anforderungsbereich III – Reflexion und Problemlösung²⁹⁷

Die SchülerInnen sollen Pro- und Contra-Argumente zum Thema „Frauenquote im Parlament“ formulieren können und diese auch bei einer politischen Diskussion darstellen können.

²⁹⁴ Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.11.2017, online unter

<<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (29.11.2017).

²⁹⁵ Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne (29.11.2017).

²⁹⁶ Alois Ecker, Lehr-/Lernziele. In: Geschichte Online (GO), online unter <<https://www.univie.ac.at/gonline/htdocs/upload/File/import/1541.pdf>> (06.01.2018).

²⁹⁷ Christoph Kühberger, Operatoren als strukturierende Elemente von Aufgabenstellungen für Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. In: Bundesministerium für Bildung und Frauen (Hg.) Die kompetenzorientierte Reifeprüfung. Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. Richtlinien und Beispiele für Themenpool und Prüfungsaufgaben, online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/reifepruefung_ahs_lfgsk_21067.pdf> (06.01.2017).

Stundenbild²⁹⁸

Zeit	Thematischer Schwerpunkt	Organisationsform und/ oder Lehr/Lernmethode	Tätigkeit der Lehrperson	Tätigkeit der SchülerInnen	Material/ Medien
5'	Begrüßung	Plenum	Holt die SchülerInnen aus der letzten UE, positioniert das neue Thema und gibt einen Überblick über die kommende Stunde.	hören zu	-
3'	Suffragette Trailer (2:30) ²⁹⁹	Input	Die Lehrperson zeigt den Trailer von „Suffragette“, sollte es einen aktuelleren Kinofilm zum Thema Frauenwahlrecht geben, kann dieser natürlich ausgetauscht werden. Es geht hierbei darum, eine kleine „Einleitung“ in das Themengebiet zu bekommen.	hören und schauen aufmerksam zu	Beamer, Laptop
12'	Frauenwahlrecht	Input	Die Lehrperson erzählt den SchülerInnen vom Frauenwahlrecht und erklärt, wer die ersten Abgeordneten im Nationalrat waren und warum es heute von einigen Parteien eine Frauenquote im NR gibt.	hören zu	Beamer, PPP
25'	Clubdiskussion	Plenum	Die Lehrperson teilt die Rollenverteilungen aus, bietet Hilfestellung und übernimmt während der Diskussion die Beobachterrolle.	beraten sich in ihren Clubs und notieren sich Argumente für und gegen eine Frauenquote im NR	Papier, Stifte
5'	Besprechung und Analyse	Plenum	Die Lehrperson lässt zuerst die SchülerInnen urteilen und gibt dann ihre Einschätzung über den Gesprächsverlauf ab.	Die SchülerInnen evaluieren sich gegenseitig, dies muss zuvor jedoch bereits geübt worden sein, damit es sachlich bleibt.	-

Frauenwahlrecht

Als spannenden Einstieg in das Thema „Frauenwahlrecht“ eignet sich der Kinotrailer „Suffragette“.³⁰⁰ Er bietet die Möglichkeit, wenn auch durch Hollywood teilweise zu impulsiv und enthusiastisch dargestellt, einen kleinen Einblick in die damalige Zeit zu gewinnen. Anschließend folgt ein Input der Lehrperson über das Frauenwahlrecht und die Umsetzung in Österreich. Hierbei wird gleich die Verbindung zu den ersten weiblichen Abgeordneten im Parlament gezogen und deren Biografie ein wenig erläutert. Es soll vor allem darum gehen, in welchen Bereichen die Frauen vertreten waren und welche Forderungen und Ziele sie verfolgten. Gegen Ende des Vortrages soll auf die aktuelle Situation und die Verteilung der Mandate im Nationalrat eingegangen werden. Wie sieht heute die Verteilung innerhalb der Parteien zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten aus und was würde eine Frauenquote im Nationalrat bedeuten?

Es folgt eine Gruppenarbeit zum Thema „Frauenquote im Parlament“ mit anschließender Klubdiskussion. Hierfür werden die SchülerInnen in Gruppen entsprechend der Parteienverteilung im NR aufgeteilt und sie müssen gemeinsam Argumente für oder gegen eine

²⁹⁸ Christoph Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage (Innsbruck/Wien/Bozen 2015), 158.

²⁹⁹ YouTube, Exklusiv Suffragette Trailer German Deutsch (2016), online unter <https://www.youtube.com/watch?v=pBwfQ_ClFiU&t=5s> (06.01.2017).

³⁰⁰ YouTube, Exklusiv Suffragette Trailer German (06.01.2017).

Frauenquote finden. Es geht bei der Klubdiskussion darum, die zugeteilte Rolle und deren politische Überzeugung vor den anderen mit schlüssigen Argumenten zu vertreten. Die SchülerInnen werden gemäß der Verteilung im NR aufgeteilt, wählen dann eine oder einen SprecherIn aus, welche/r die gesammelten Argumente bei einer Diskussion mit den anderen KollegInnen vertreten wird. Die anderen SchülerInnen nehmen während der Diskussion eine beobachtende Rolle ein und prüfen die Argumente der „Abgeordneten“ nach ihrer inhaltlichen Bedeutung. Wenn möglich werden den SchulkollegInnen am Ende der Diskussion einige Tipps zur Verbesserung ihrer Argumentation geboten. Je nach Klassengröße kann auch die moderierende Rolle von einer/einem SchülerIn übernommen werden, ansonsten wird diese von der Lehrperson ausgefüllt.

Ein „aktueller“ Zeitungsartikel zum Thema „Frauenquote“, wie er beispielsweise im Standard erschien, kann als zusätzliche Informationsquelle für die SchülerInnen dienen.³⁰¹

Beispiel für eine Klasse mit 25 SchülerInnen, gemäß der Verteilung der Mandate im NR vor der Wahl am 15.10.2017

- SPÖ (7 SchülerInnen)
- ÖVP (7 SchülerInnen)
- FPÖ (5 SchülerInnen)
- Grüne (3 SchülerInnen)
- NEOS (1 SchülerIn)
- OK (2 SchülerInnen)

Klubdiskussion (anhand der Regierung vor den Nationalratswahlen vom 15.10.2017)

183 Abgeordnete des Nationalrates, davon sind 57 Frauen = 31,15 %³⁰²

- SPÖ (51 Mandate, davon 17 Frauen, 33,33 %)
- ÖVP (51 Mandate, davon 14 Frauen 27,45 %)
- FPÖ (38 Mandate, davon 6 Frauen, 15,79 %)
- Grüne (21 Mandate, davon 12 Frauen, 57,14 %)
- NEOS (8 Mandate, davon 2 Frauen, 25 %)
- OK (14 Mandate, davon 6 Frauen (42,86 %)

³⁰¹ Peter Mayr, Katharina Mittelstaedt (7.2.2017), 35 Prozent: SPÖ verpflichtende Frauenquote im Parlament, In: derStandard, online unter <<https://derstandard.at/2000052260722/Parlament-SPÖ-e-fuer-verpflichtende-Frauenquote>> (03.01.2018).

³⁰² Parlament, Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat, online unter <https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_NR.shtml> (24.10.2017).

10.2 Unterrichtseinheit zu Kapitel „Frauen im Parlament“

Stunde am: **8. März**

Klasse: **2. Klasse AHS/NMS, Modul 8 (Politische Bildung)**

Möglichkeiten für politisches Handeln

Schule:

Lehrende/r bzw. Student/in:

Betreuer/in:

Thema der Stunde: Internationaler Frauentag – Frauen im Parlament

Angestrebte domänenspezifische (Teil-)Kompetenz(en): politische Interessen und Meinungen ausdrücken; bewusste und reflektierte politische Entscheidungen treffen³⁰³

Thematische Konkretisierung: gesellschaftliche und politische Partizipation in der eigenen Lebenswelt reflektieren; Geschlechterungleichheiten erkennen und bewerten³⁰⁴

Fokussiertes Basiskonzept: das Zustandekommen von historischem und politischem Wissen reflektieren: Belegbarkeit³⁰⁵

Zielsetzungen³⁰⁶: Anforderungsbereich I – Reproduktion³⁰⁷

Die SchülerInnen sollen die Wahlrede von Adelheid Popp zusammenfassen können und die politischen Ambitionen der sozialdemokratischen Politikerin herausarbeiten können.

Stundenbild³⁰⁸

Zeit	Thematischer Schwerpunkt	Organisationsform und/oder Lehr-/Lernmethode	Tätigkeit der Lehrperson	Tätigkeit der SchülerInnen	Material/Medien
5'	Begrüßung	Plenum	Holt die SchülerInnen aus der letzten UE, positioniert das neue Thema und gibt einen Überblick über die kommende Stunde.	hören zu	
3'	Inter-nationaler Frauentag	Plenum	Die Lehrperson schreibt auf die Tafel „Internationaler Frauentag“ und anschließend schreiben die SchülerInnen via Answergarden ³⁰⁹ , ihre Gedanken dazu auf. Dafür haben sie ein Minute Zeit, danach wird es kurz analysiert und besprochen.	arbeiten wie bei einem stummen Dialog auf ihrem Smartphone oder auf ihrem Laptop.	Beamer, Laptop/ Smartphone
12'		Input	Die Lehrperson präsentiert den SchülerInnen die aktuelle Mandatsverteilung im NR, im Vergleich zum NR in der Ersten Republik.	hören zu	Beamer, PPP

³⁰³ Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.11.2017, online unter

<<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (29.11.2017).

³⁰⁴ Bundeskanzleramt Österreich, Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne. (29.11.2017).

³⁰⁵ Bundeskanzleramt Österreich, Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne (29.11.2017).

³⁰⁶ Alois Ecker, Lehr-/Lernziele. In: Geschichte Online (GO), online unter

<<https://www.univie.ac.at/gonline/htdocs/upload/File/import/1541.pdf>> (06.01.2018).

³⁰⁷ Christoph Kühberger, Operatoren als strukturierende Elemente von Aufgabenstellungen für Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. In: Bundesministerium für Bildung und Frauen (Hg.) Die kompetenzorientierte Reifeprüfung. Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. Richtlinien und Beispiele für Themenpool und Prüfungsaufgaben, online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/reifepruefung_ahs_lfgsk_21067.pdf> (06.01.2017), 16.

³⁰⁸ Christoph Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage (Innsbruck/Wien/Bozen 2015), 158.

³⁰⁹ Creative Heroes (Hg.), Answergarden, a minimal tool for maximum feedback (2017), online unter <<https://answergarden.ch/>> (23.10.2017).

10'	Audiodatei „Adelheid Popp im Nationalrat“	Plenum	Spielt den SchülerInnen 2x die Audiodatei vor.	hören zu und machen sich Notizen	Audiodatei, Internet, Lautsprecher
15'	Fragen zum Interview	Partnerarbeit	Die SchülerInnen dürfen mit ihren SitznachbarInnen gemeinsam die Fragen zu dem gehörten Interview beantworten.	arbeiten gemeinsam mit ihren PartnerInnen und lösen die Fragen auf dem Arbeitsblatt	Arbeitsblatt
5'	Besprechung der Stunde	Plenum	In der Klasse werden noch einmal die Fragen verglichen und etwaige Fragen von MitschülerInnen oder der Lehrperson beantwortet.	vergleichen ihre Ergebnisse und ergänzen sie gegebenenfalls	Arbeitsblatt

Internationaler Frauentag – Frauen im Parlament, historischer Rückblick

Nach der Begrüßung werden einige organisatorische Aufgaben gemeinsam mit den SchülerInnen erledigt. Dieser kurze Austausch gibt oft wichtige Informationen darüber, mit welchen Themen sich die SchülerInnen gerade beschäftigen und liefert oftmals einen guten Bezugspunkt. In dieser Unterrichtseinheit wird der Aktualitätsbezug mit dem Internationalen Frauentag hergestellt. Die Lehrperson schreibt den Begriff „Internationaler Frauentag“ an die Tafel und die SchülerInnen dürfen via Answergarden³¹⁰ kurz darüber brainstormen. Danach werden die Ergebnisse kurz besprochen. Der Vorteil dieses Mediums ist, dass die SchülerInnen nicht wie beim stummen Dialog an die Tafel kommen müssen, denn durch diesen entsteht oft Unruhe und er ist zeitintensiv. Außerdem können die Ergebnisse schnell und einfach am Laptop gesichert werden. Sollte in der jeweiligen Klasse Answergarden nicht funktionieren, kann es selbstverständlich auch an der Tafel durchgeführt werden. Nach der kleinen Aufwärmrunde und einer Einführung in das Thema folgt ein Input der Lehrperson. Es wird über die aktuelle politische Verteilung der Mandate im Nationalrat gesprochen sowie ein Rückblick auf die ersten weiblichen Abgeordneten in Österreich gegeben. Die SchülerInnen hören anschließend eine Rede von Adelheid Popp zu den Nationalratswahlen vom 30. November 1930.³¹¹ Sie müssen dann mit ihren SitznachbarInnen die Fragen von ihrem Arbeitsblatt beantworten, bis sie schließlich im Plenum besprochen werden. Die letzten Minuten dienen dazu, noch einmal das gerade Gelernte gemeinsam zu verarbeiten und die sich daraus ergebenden Fragen zu beantworten. Idealerweise können sich SchülerInnen untereinander weiterhelfen, andernfalls steht die Lehrperson mit ihrem Fachwissen zur Seite.

³¹⁰ Creative Heroes (Hg.), Answergarden, a minimal tool for maximum feedback (2017), online unter <<https://answergarden.ch/>> (23.10.2017).

³¹¹ Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek (Hg.), Unterrichtsmaterialien, Frauenbewegung. Zur Frauenbewegung in Österreich: Frauenarbeit und Fristenlösung. In: Österreichische Mediathek, audiovisuelles Archiv – technisches Museum, online unter <<https://www.mediathek.at/unterrichtsmaterialien/frauenbewegung/>> (23.10.2017).

Internationaler Frauentag 8. März – Frauen im Parlament, ein historischer Rückblick

Adelheid Popp, Wahlrede für die Nationalratswahl vom 9. November 1930.³¹²

Notizen:

Partnerarbeit – Fragen³¹³:

1. Nenne die Parteien, über die Adelheid Popp spricht.
2. Beschreibe die Motive von Adelheid Popp, ihre Ansprache an eine ganz bestimmte Wählergruppe zu richten.
3. Vergleiche die Gründe, welche Adelheid Popp nennt, die für eine Wahl der sozialdemokratischen Partei und gegen die christlichsoziale Partei stehen.
4. Erkläre die Themen, über die Adelheid Popp spricht, und versuche sie in dem politischen Programm der anderen Partei zu finden.
5. Analysiere die Rede auf eingesetzte sprachliche Mittel (rhetorische Mittel, Schlüsselwörter etc.) und erkläre dabei auch eventuell unklare Begriffe und Zusammenhänge.³¹⁴
6. Recherchiere den Ausgang der angesprochenen Wahl.³¹⁵

³¹² Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek 2017, Unterrichtsmaterialien, Zur Frauenbewegung in Österreich: Frauenarbeit und Fristenlösung. <https://www.mediathek.at/unterrichtsmaterialien/frauenbewegung/> (23.10.2017).

³¹³ Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek 2017, Unterrichtsmaterialien. (23.10.2017).

³¹⁴ Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek 2017, Unterrichtsmaterialien. (23.10.2017).

³¹⁵ Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek 2017, Unterrichtsmaterialien. (23.10.2017).

10.3 Unterrichtseinheit zu Kapitel „Statistische Betrachtungen der Nationalratswahlen von 1919 – 1930“

Stunde am:

Klasse: **8. Klasse AHS**

Schule:

Lehrende/r bzw. Student/in:

Betreuer/in:

Thema der Stunde: **Nationalratswahlen in der Ersten Republik**

Angestrebte domänenspezifische (Teil-)Kompetenz(en): historische Methodenkompetenz:

Aufbau von Darstellungen der Vergangenheit analysieren ³¹⁶

Fokussiertes Basiskonzept: *Zeit als grundlegendes Konzept des historischen Denkens zwischen Kontinuität und Wandel beachten (Zeitpunkte, Zeiteinteilung, Zeitverläufe)*³¹⁷

Zielsetzungen³¹⁸: Anforderungsbereich II – Reorganisation und Transfer³¹⁹

Anforderungsbereich III – Reflexion und Problemlösung³²⁰

Die SchülerInnen sollen in der Lage sein, eine Statistik zu lesen, zu vergleichen und zu interpretieren. Sie sollen aufgrund der Wahlergebnisse die soziale, wirtschaftliche und politische Lage erläutern und beurteilen können.

Stundenbild³²¹

Zeit	Thematische r Schwerpunkt	Organisationsform und/oder Lehr-/Lernmethode	Tätigkeit der Lehrperson	Tätigkeit der SchülerInnen	Material/ Medien
5'	Begrüßung	Plenum	Holt die SchülerInnen aus der letzten UE, positioniert das neue Thema und gibt einen Überblick über die kommende Stunde.	hören zu	
10'	Statistiken analysieren	Input	Die Lehrperson gibt den SchülerInnen wertvolle Tipps im Umgang mit Statistiken und erklärt dies an einer aktuellen Statistik aus dem Nationalrat.	hören aufmerksam zu und machen sich Notizen für ihre eigene Analyse	Beamer, PPP
15'	Statistiken selbst analysieren und in Gruppen arbeiten	Gruppenarbeit	Die Lehrperson lässt die SchülerInnen anfangs alleine arbeiten, geht dann zu den Gruppen, hilft weiter, wo Schwierigkeiten aufkommen und gibt Denkanstöße.	arbeiten aktiv in der Gruppe und bearbeiten den Arbeitsauftrag. Hierbei ist vor allem Teamarbeit und Organisation gefragt!	Plakate, Stifte, Beamer

³¹⁶ BMB Bundesministerium für Bildung (Hg.), Lehrpläne der AHS-Oberstufe (25.09.2017), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 01.09.2017, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568&FassungVom=2017-09-01#header>> (27.11.2017).

³¹⁷ BMB, Lehrpläne der AHS-Oberstufe (25.09.2017), 36.

³¹⁸ Alois Ecker, Lehr-/Lernziele. In: Geschichte Online (GO), online unter <<https://www.univie.ac.at/gonline/htdocs/upload/File/import/1541.pdf>> (06.01.2018).

³¹⁹ Christoph Kühberger, Operatoren als strukturierende Elemente von Aufgabenstellungen für Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. In: Bundesministerium für Bildung und Frauen (Hg.) Die kompetenzorientierte Reifeprüfung. Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. Richtlinien und Beispiele für Themenpool und Prüfungsaufgaben, online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/reifepruefung_ahs_lfgsk_21067.pdf> (06.01.2017), 16.

³²⁰ Christoph Kühberger, Operatoren als strukturierende Elemente von Aufgabenstellungen für Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. In: Bundesministerium für Bildung und Frauen (Hg.) Die kompetenzorientierte Reifeprüfung. Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. Richtlinien und Beispiele für Themenpool und Prüfungsaufgaben, online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/reifepruefung_ahs_lfgsk_21067.pdf> (06.01.2017), 16.

³²¹ Christoph Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage (Innsbruck/Wien/Bozen 2015), 158.

15'	Präsentation der Ergebnisse	Plenum	Die Lehrperson hört zu, ergänzt falls notwendig.	Die SchülerInnen präsentieren ihre Ergebnisse vor der ganzen Klasse.	Plakat, Beamer
5'	Besprechung der Stunde	Plenum	In der Klasse werden noch einmal die Ergebnisse miteinander verglichen und etwaige Fragen von MitschülerInnen oder der Lehrperson beantwortet.	schreiben sich die Ergebnisse der anderen Gruppen auf	Arbeitsblatt

Statistische Betrachtungen des Nationalrates in der Ersten Republik

Nach jeder Wahl werden anhand von Statistiken Analysen über die Wahl Tendenzen der Menschen veröffentlicht. Umso wichtiger ist es, dass junge Menschen bereits in der Schule lernen, Statistiken richtig zu interpretieren und anhand der Wahlergebnisse die soziale, wirtschaftliche und politische Lage erläutern und beurteilen können. Diese Stunde kann entweder in einer Projektwoche zum Thema „Politische Partizipation von Frauen zwischen 1919 und 1930 in Österreich“ durchgeführt werden, oder anhand aktueller Nationalratswahlen aufgegriffen werden. Die SchülerInnen sollen vorab, sofern dies noch nicht in einem anderen Unterrichtsfach durchgeführt wurde, einige Informationen über Statistiken erhalten. Dies erfolgt am besten durch einen LehrerInnenvortrag und idealerweise wird es gleich anhand eines praktischen Beispiels verdeutlicht. Danach bekommen die SchülerInnen die Möglichkeit in Gruppen selbst aktiv zu werden und sich die Statistiken aus den jeweiligen Jahren genauer anzusehen. Dazu erhält jede Gruppe einen Arbeitsauftrag sowie eine Originalquelle, für die ihnen zugeteilte Nationalratswahl. Anschließend werden die Ergebnisse von den Gruppenmitgliedern präsentiert. Nach den Präsentationen der jeweiligen Gruppen werden im Klassenplenum die Ergebnisse miteinander verglichen.

Arbeitsauftrag: Analysiere anhand der Originalquelle das Wahlergebnis und recherchiere im Internet, welche Parteien kandidierten, wie viele Menschen wahlberechtigt waren, die Wahlbeteiligung, die Mandatsvergabe und was dir sonst noch wichtig für diese Analyse erscheint.

Gruppe 1: Konstituierende Nationalratswahl 1919

Gruppe 2: Nationalratswahl 1920

Gruppe 3: Nationalratswahl 1923

Gruppe 4: Nationalratswahl 1927

Gruppe 5: Nationalratswahl 1930

10.4 Unterrichtseinheit zu Kapitel „Frauenbewegungen“

Stunde am:

Klasse: **4. Klasse AHS/NMS Modul 8 (Politische Bildung)**

Politische Mitbestimmung

Schule:

Lehrende/r bzw. Student/in:

Betreuer/in:

Thema der Stunde: **Frauenbewegungen**

Angestrebte domänenspezifische (Teil-)Kompetenz(en): Erstellen von politischen Manifestationen in unterschiedlichen Medien; politische Urteile hinsichtlich ihrer Qualität, Relevanz und Begründung und Auswirkung beurteilen; eigene politische Urteile fällen und formulieren.³²²

Fokussiertes Basiskonzept: Zusammenhänge des menschlichen Zusammenlebens fokussieren: Kommunikation³²³

Zielsetzungen³²⁴: Anforderungsbereich II – Reorganisation und Transfer³²⁵

Die SchülerInnen sollen die Unterschiede zwischen parteiabhängigen und parteiunabhängigen Frauenbewegungen einordnen und diese auch begründen können.

Stundenbild³²⁶

Zeit	Thematischer Schwerpunkt	Organisationsform und/ oder Lehr-/Lernmethode	Tätigkeit der Lehrperson	Tätigkeit der SchülerInnen	Material/ Medien
5'	Begrüßung	Plenum	Holt die SchülerInnen aus der letzten UE, positioniert das neue Thema und gibt einen Überblick über die kommende Stunde.	hören zu	
7'	Frauenbewegungen	Input, Einzelarbeit,	Die Lehrperson erklärt kurz die Methode, teilt anschließend die SchülerInnen in Gruppen und überprüft die Zeit.	hören zu, arbeiten selbstständig	Texte
3'	Frauenbewegungen	Gruppenarbeit	Die Lehrperson geht zu den einzelnen Gruppen und bietet Hilfestellung bei Unklarheiten.	tauschen sich über den gelesenen Text aus und machen sich Notizen	Texte, Papier, Stifte
15'	Frauenbewegungen	Gruppenarbeit	Die Lehrperson hört den Präsentationen zu.	Jeder präsentiert seinen Text und macht sich Notizen von den Präsentationen der MitschülerInnen.	Texte, Papier, Stifte
15'	Mind-Map	Plenum	Die Lehrperson macht gemeinsam mit den SchülerInnen die Mind-Map entweder an der Tafel oder am Laptop	arbeiten mit und machen sich Notizen	Papier oder Laptop

³²² Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.11.2017, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (29.11.2017).

³²³ Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne (29.11.2017).

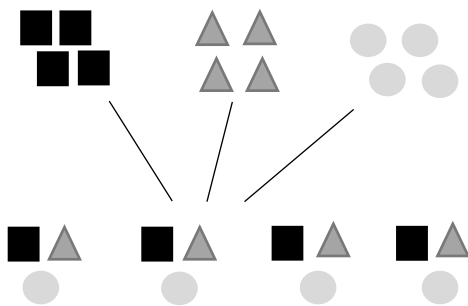
³²⁴ Alois Ecker, Lehr-/Lernziele. In: Geschichte Online (GO), online unter <<https://www.univie.ac.at/gonline/htdocs/upload/File/import/1541.pdf>> (06.01.2018).

³²⁵ Christoph Kühberger, Operatoren als strukturierende Elemente von Aufgabenstellungen für Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. In: Bundesministerium für Bildung und Frauen (Hg.) Die kompetenzorientierte Reifeprüfung. Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. Richtlinien und Beispiele für Themenpool und Prüfungsaufgaben, online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/reifepruefung_ahs_lfgsk_21067.pdf> (06.01.2017), 16.

³²⁶ Christoph Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 158.

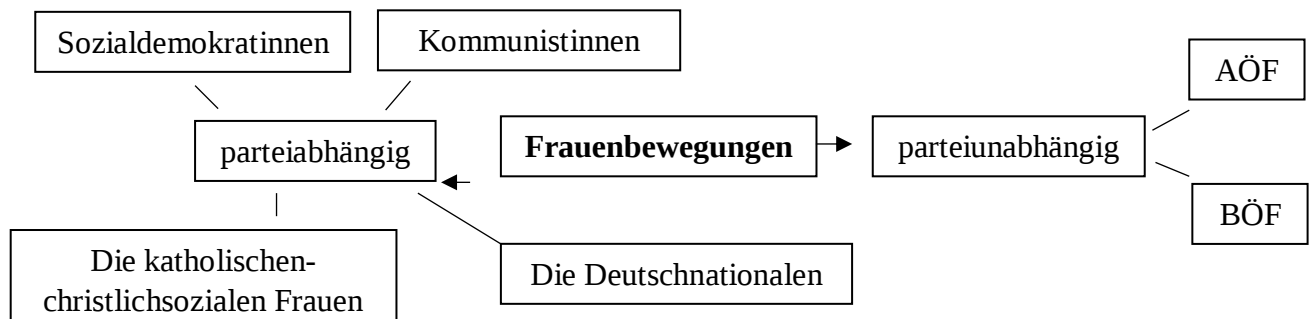
Frauenbewegungen „Expertenrunde“

Zu Beginn der Stunde erklärt die Lehrperson den Ablauf der Stunde und das Thema „Frauenbewegungen“. Die Methode „Expertenrunde“ ist ein Austausch von SchülerInnen in mehreren Durchgängen über den soeben erlernten Stoff. Die SchülerInnen werden in Gruppen geteilt und erarbeiten sich selbstständig ein bestimmtes Themengebiet. Danach erfolgt ein Austausch innerhalb der Expertengruppe, bevor die SchülerInnen an einen gemischten Tisch kommen. Hierbei tauschen sie sich mit den anderen SchülerInnen und deren Themengebiet aus und lernen so voneinander und miteinander. Zum besseren Verständnis, eine kleine Grafik:



Gruppenpuzzle³²⁷

Bei der Methode „Expertenrunde“, auch „Gruppenpuzzle“ genannt, werden die SchülerInnen selbst aktiv und müssen innerhalb einer festgelegten Zeit einen Text zusammenfassen und wiedergeben. Haben sich die SchülerInnen über die Inhalte ausgetauscht, kann im Klassenplenum darüber noch einmal diskutiert werden und gemeinsam ein Mind-Map angelegt werden. Beim Mind-Mapping wird die Grundidee, das Thema, im Mittelpunkt angeordnet und von diesem gehen kreisförmig weitere Ideen aus, bis eine ganze zusammenhängende Struktur erfolgt. Hierfür eine kleine Illustration:³²⁸ Mind-Map



³²⁷ Angela Frey-Eiling, Karl Frey, Das Lernen unterstützen mit Lernpostern. Das Gruppenpuzzle, online unter <<http://paedpsych.jk.uni-linz.ac.at/INTERNET/ARBEITSBLAETTERORD/UNTERRICHTSFORMORD/GRUPPENPUZZLEOUT/Gruppenpuzzle.html>> (26.10.2017).

³²⁸ Mind Mapping, online unter <<http://www.mindmapping.com/de/>> (26.10.2017).

11 Kritik oder Ergebniskapitel

Die Forschungsfrage lautete: „Inwiefern beteiligten sich Frauen zwischen 1918 und 1933 in der Politik und welche Veränderungen ergaben sich daraus?“

Nach der Aufhebung des Verbotsparagraphen § 30 Vereins- und Versammlungsfreiheit ohne Unterschied des Geschlechts und mit der Einführung des Frauenwahlrechts 1918 war es Frauen nun möglich, aktiv in der Politik mitzuwirken. Dies kam sowohl im aktiven als auch im passiven Wahlrecht zum Ausdruck. Die Frauen stellten, bedingt durch den Ersten Weltkrieg, die Stimmenmehrheit für die Wahlen, beteiligten sich jedoch zu einem geringeren Maße als Männer. In Vorarlberg und Tirol herrschte Wahlpflicht und in den anderen Ländern lag die Wahlbeteiligung von Frauen 1919 bei etwa 80 Prozent und stieg in den folgenden Nationalratswahlen weiter an. Elf weibliche Mitglieder von den Parteien der SDAP, der CSP und der GDVP zogen 1919 für die Konstituierende Nationalversammlung ins Parlament ein. Durch das Engagement der Abgeordneten Olga Rudel-Zeynek kam das Gesetz zur Unterhaltspflicht zustande und Adelheid Popp machte sich für die Abschaffung des Adels und deren Vorrechten und Privilegien stark. Dennoch fielen die Wortmeldungen von Frauen im Parlament eher geringer aus, dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie im Parlament und auch in ihren eigenen Parteien unterrepräsentiert waren und ihre Anliegen daher nur auf wenig Interesse und Zustimmung gestoßen sind. Für die Gesetzgebungsperioden I, II, III und IV wurden die Wahlkuverts farblich nach Geschlecht getrennt und dies gibt uns daher nicht nur Aufschlüsse darüber, wie Männer und Frauen gewählt haben, sondern zeigt auch, wie die Mandatsverteilung ausgesehen hätte, wenn jeweils nur Frauen beziehungsweise nur Männer gewählt hätten.

Die erste Hypothese „Obwohl Frauen sehr lange für ihr Wahlrecht gekämpft haben, hatte dies keinen großen Einfluss auf die politische Situation, geschweige denn war eine Veränderung zu verzeichnen.“ konnte somit nur teilweise bestätigt werden, wobei hier auch an der Formulierung Kritik geübt werden muss, denn ein großer Einfluss kann nur schwer bemessen werden. Eine Wirkung hat es allerdings gegeben, dies wird vor allem deutlich durch die Mandatsverteilung der Gesetzgebungsperioden. Demnach hätten für die Nationalratswahl 1927 die Sozialdemokratische Partei und der Landbund für Österreich mehr Mandate und die Einheitsliste weniger Mandate zu verzeichnen, wenn die Frauen nicht gewählt hätten. Dasselbe trifft auch für die Nationalratswahlen 1930 zu. Die sozialdemokratische Partei und der Heimatblock würden mehr Mandate erhalten, die christlichsoziale Partei weniger und bei dem Nationalen Wirtschaftsblock und Landbund wäre kein Unterschied zum tatsächlichen Ergebnis.

Die zweite Hypothese „Frauen waren in den verschiedenen Parteien und Frauenbewegungen politisch aktiv, wurden jedoch nicht gleichermaßen wie Männer in den politischen Positionen eingesetzt“ konnte bestätigt werden. Die Frauen waren nicht nur in ihren Parteien vertreten, sie gründeten auch eigene Bewegungen und Vereine zur Förderung ihres Geschlechts. Diese Organisationen machten es sich zur Aufgabe, die Frauen in der Bildung, im Berufsleben, aber auch als Hausfrau und Mutter zu unterstützen und zu fördern. Aufgrund der Mandatsverteilung im Parlament wird deutlich, dass Frauen in jeder Partei stark unterrepräsentiert waren. Die sozialdemokratische Partei schickte 1919 neun weibliche Mitglieder ins Parlament, bei der Christlichsozialen und der großdeutschen Partei war es jeweils nur eine Frau. In den folgenden Gesetzgebungsperioden veränderten sich diese Zahlen ein wenig, bei einer Gesamtanzahl von 189 Abgeordneten 1919, 183 in der I. Gesetzgebungsperiode und 165 von der II. bis zur IV. Gesetzgebungsperiode ist dies dennoch in keiner Weise ausgeglichen.

Am 15. Oktober 2017 gab es vorgezogene Nationalratswahlen, bis dahin, also in der XXV. Gesetzgebungsperiode vom 29.10.2013 bis zum 08.11.2017³²⁹, waren von 183 Abgeordneten 57 Frauen, dies ergibt einen Anteil von 31,15 %. Werden die Parteien im Detail betrachtet, so gibt es lediglich bei den Grünen mit zwölf Frauen von 21³³⁰ Mandaten einen Ausgleich der Geschlechter. Dieses Resultat nach beinahe 100 Jahren Frauenwahlrecht in Österreich ist mehr als ernüchternd und lässt viele offene Fragen an unsere Gesellschaft zurück.

Mit Hinblick auf die Umsetzung im Schulunterricht konnte anhand des Lehrplans³³¹ festgestellt werden, dass die politische Beteiligung von Frauen nicht eigens ausgewiesen wird, sich jedoch unter den verschiedensten Aspekten gut in den Lehrplan integrieren lässt. Einige Beispiele wurden bereits im fachdidaktischen Teil veranschaulicht. Wie diese verdeutlichen, lassen sich aktuelle Ereignisse, wie die Nationalratswahlen oder der internationale Frauentag, gut mit historischen Rückblicken verknüpfen.

³²⁹ Parlament, Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat, online unter <https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_NR.shtml> (24.10.2017).

³³⁰ Parlament, Zusammensetzung des Nationalrates von 1920 (1919) bis 1934 (aufgrund des jeweiligen Wahlergebnisses), online unter <<https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNR/>> (28.04.2017).

³³¹ Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.11.2017, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (29.11.2017).

12 Forschungsausblick

Gleich im Anschluss an das Kritik- und Ergebniskapitel stellt sich somit die Frage, wie es möglich ist, dass Frauen nach fast 100 Jahren Wahlrecht im Parlament immer noch stark unterrepräsentiert sind. Dies wirft sogleich die nächste Frage auf, nämlich in welchen Bereichen die Frauen heute vertreten sind im Gegensatz zu damals. Diese Thematik geht weit über die Politik hinaus und bezieht sich auch auf das Berufs- und Familienleben. Haben sich die veralteten Rollenbilder festgefahren oder geändert? Diese Fragen werfen ein ganz neues Kapitel auf. Für die Diplomarbeit relevant wären die Bereiche, in denen Frauen im Parlament vertreten sind, und welche Anliegen sie im Nationalrat vorbringen. Wie hat sich dies im Vergleich zur Ersten Republik verändert oder hat es sich überhaupt verändert? Sind die Anträge von damals alle durchgegangen oder wird immer noch dafür gekämpft?

Dies könnte natürlich noch im internationalen Vergleich betrachtet, analysiert und verglichen werden. Warum dauerte die Einführung des Frauenwahlrechts in den Ländern unterschiedlich lange und gibt es überhaupt schon auf der ganzen Welt eines?

In den derzeitigen Schulbüchern für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung wie zum Beispiel im Band 4 des Buches „Zeitbilder“³³² sind zwar Beiträge über das Leben von Frauen vorhanden, aber diese werden eher unter dem Gesichtspunkt von Äußerlichkeiten beschrieben. So heißt es etwa an einer Stelle, dass sich nach dem Ersten Weltkrieg das Erscheinungsbild der Frauen änderte, sie trugen legere Kleidung, trugen Kurzhaarfrisuren und schminken sich. Bleiben Beschreibungen wie diese in einem Schulbuch für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung für SchülerInnen in dieser Art und Weise vorhanden, werden sich auch nicht die festgefahrenen Vorstellungen über die längst veralteten Rollenbilder von Frauen und Männern ändern. Es ist richtig, dass sich Frauen auch optisch veränderten, doch diese Tatsache sollte nicht im Mittelpunkt stehen.

Dies war auch mit ein Grund für das Thema der vorliegenden Diplomarbeit mit Beispielen zur Umsetzung im Unterricht. Es soll gezeigt werden, dass das Wahlrecht keine Selbstverständlichkeit ist und warum es wichtig ist, dass sich Frauen und Männer zu gleichen Teilen in der Politik engagieren und für ihre Interessen kämpfen. Die Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsperspektiven ist ein Bildungs- und Lehrauftrag und muss im Unterricht stattfinden, um den SchülerInnen eine Orientierung zu ermöglichen.

³³² Ulrike Ebenhoch, Alois Scheucher, Anton Wald (Hg.), *Zeitbilder 4* (Wien, 2004).

13 Zusammenfassung

Durch das Frauenwahlrecht erhofften sich Frauen eine allgemeine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Sie forderten den öffentlichen Zugang zu mehr Bildung sowie keinerlei Beschränkungen ihrer Berufswahl. Wie Fritz Vilma bereits definierte, eine Partizipation in steigenden Stufen: Mitsprache, Mitwirkung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung und Vetomacht, waren die Ziele der Frauen. Bedingt durch den Ersten Weltkrieg, in dem die Frauen die Arbeiten der Männer übernahmen, ließen sie sich nach Ende des Krieges auch nicht mehr in die Rollen der Hausfrauen und Mütter zurückdrängen. Sie forderten Mitsprache und Mitwirkung in der Politik und somit auch in vielen anderen Bereichen die Erlaubnis zur aktiven Gestaltung. Das Frauenwahlrecht wurde mit 18. Dezember 1918 von der Konstituierenden Nationalversammlung erlassen. Ein Erfolg, der auf jahrzehntelangen Machtkämpfen von Frauen und Männern beruht. Das Frauenwahlrecht ist demnach weit mehr als die Erlaubnis, aktiv und passiv an den Wahlen teilzunehmen. Es ist der Zugang zur Mitbestimmung über ihre Lebenssituationen, die verfassungsmäßige Gleichstellung und somit auch der Weg zur Selbstbestimmung. Mit Streichung des § 30 war es Frauen ab 1918 auch offiziell erlaubt, sich in politischen Vereinen zu engagieren.

Zuvor waren es die parteiunabhängigen Vereine, wie der AÖFV oder der BÖFV, die für die Interessen und Bedürfnisse der Frauen eintraten. Die Organisation des BÖFV zeigt auch die Bedeutung der Themen für Frauen. Es waren nicht die finanz- und wirtschaftspolitischen Aspekte, sondern es ging eher in eine soziale, fürsorgliche Schiene. 1929 wurde eine eigene Frauenpartei gegründet, die jedoch eher eine unterstützende Funktion einnahm. Sie kandidierte zwar 1931 mit einer eigenen Liste, *Wahlgemeinschaft der arbeitenden Frau, Zweig Innsbruck*, erhielt jedoch nicht genügend Stimmen für den Gemeinderat. Bis dato wurde seitdem auch nie wieder eine eigene Frauenpartei gegründet.

Die politischen Parteien sprachen und sprechen noch heute mit ihren politischen Programmen unterschiedliche Menschen in ihren divergenten Lebenslagen an.

In der Ersten Republik gab es eine Konstituierende Nationalversammlung und vier Gesetzgebungsperioden. Die Parteien im Nationalrat waren die Sozialdemokratische Partei (SdP), die Christlichsoziale Partei (CSP), die Deutschnationale Partei (DnP), der Landbund für Österreich (LBd), der Nationale Wirtschaftsblock und Landbund (NWB/LBd), der Heimatblock (HB) und die Jüdisch Nationale Partei (JNP). Der Mandatsverteilung im Parlament zufolge, bekamen die Sozialdemokraten in der Konstituierenden Nationalversammlung und der IV. Gesetzgebungsperiode die meisten Stimmen. In der I., II.

und III. Gesetzgebungsperiode hatten die Christlichsozialen die meisten Mandate inne. Die Verteilung der Mandate an Frauen innerhalb der Parteien war jedoch sehr gering. In den Jahren zwischen 1920 und 1934 waren es lediglich zwischen sechs und 13 Frauen, wobei die Sozialdemokratische Partei immer die höchste Frauenquote aufwies.

Die ersten weiblichen Abgeordneten in der Konstituierenden Nationalversammlung waren Anna Boschek, Emmy Freundlich, Lotte Furreg, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Julie Rauscha, Therese Schlesinger, Amalie Seidel, Irene Sponner und Maria Tusch. Eine ebenso bedeutende Rolle für die Erste Republik nahm Olga Rudel-Zeynek ein. Zwar war sie nicht in der Konstituierenden Nationalversammlung vertreten, zählte aber zu den führenden Politikerinnen der damaligen Zeit und ist daher auch in der vorliegenden Diplomarbeit vertreten. Als die Frauen in die Konstituierende Nationalversammlung eintraten, waren sie zuvor bereits in Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen aktiv gewesen. Die Pionierinnen setzten sich vorwiegend für Frauen im Parlament ein. Sie forderten den Zugang zu Bildung, bessere Bedingungen am Arbeitsplatz und mehr Unterstützung für Hausfrauen und Mütter. Adelheid Popp stellte den Gesetzesantrag zur Abschaffung des Adels, welcher auch durchgeführt wurde, und das Gesetz zur Unterhaltspflicht geht auf Olga Rudel-Zeynek zurück. Fast alle Parlamentarierinnen waren über die gesamte Erste Republik im Nationalrat vertreten und Gabriele Proft zog auch nach dem Zweiten Weltkrieg ins Parlament ein.

In den Lehrplänen von 2016 für die Unterstufe AHS, NMS und die Oberstufe AHS wurde nicht nur das Kompetenzmodell aus 2008 verwirklicht, sondern auch Basiskonzepte und didaktische Prinzipien umgesetzt. Anhand von festgelegten Modulen und strukturierten Konzepten wird es möglich, den SchülerInnen Hilfestellung bei einer Orientierung in Raum und Zeit zu geben. Die Module besitzen einen thematischen Schwerpunkt und zeigen Kompetenzen auf, die es von den LehrerInnen zu vermitteln und von den SchülerInnen zu erlernen gilt. Die Module lassen sich zeitlich individuell verschieben und so ist es auch möglich, ein Thema wie die „Politische Partizipation von Frauen zwischen 1918 und 1934“ in den Unterricht zu integrieren. Dies kann durch den Bildungs- und Lehrauftrag für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsperspektiven“ realisiert werden. Anhand aktueller Ereignisse, wie dem Internationalen Frauentag am 8. März oder den Nationalratswahlen, können historische Vergleiche gezogen werden. Diese werden altersadäquat aufbereitet und in den Unterricht miteinbezogen.

14 Literaturverzeichnis

Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <<http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/>> (27.10.2017).

Brigitta *Bader-Zaar*, Die politische Partizipation der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung in Österreich 1918 – 1934. In: Gabriella *Hauch*, Regina *Thumser-Whös*, Luboš *Velek* (Hg.), Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 26/2015/2, Frauen Politik Transformation/Woman Politics Transformation (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

Birgitta *Bader-Zaar*, Zum Frauenwahlrecht. In: Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum Wien (Hg.), Karl Renner – Ein österreichisches Phänomen. Wiedergabe des Symposiums aus Anlaß des 125. Geburtstages von Karl Renner (Wien 1996).

Biografische Datenbank und Lexikon österreichischer Frauen, Ein Projekt des BM.W_F, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung am Institut für Wissenschaft und Kunst in Wien (24.06.2017), Anna Boschek, online unter <http://www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/polit_bio/boschek.htm> (27.11.2017).

BMB Bundesministerium für Bildung (Hg.), Lehrpläne der AHS-Oberstufe (25.09.2017), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 01.09.2017, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568&FassungVom=2017-09-01#header>> (27.11.2017).

Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 21 (Leipzig/Mannheim 2006).

Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Bundes-Verfassungsgesetz Art. 1, tagesaktuelle Fassung, online unter <<http://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138&Artikel=1&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht>> (31.08.2017).

Bundeskanzleramt Österreich (Hg.), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 29.11.2017, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (29.11.2017).

Bundesministerium für Inneres (Hg.), Nationalratswahl vom 17. Oktober 1920, online unter <http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/files/NRW_1920_Ergebnisse.pdf> (12.10.2017).

Caritas Socialis Gemeinnützige Privatstiftung (Hg.), Hildegard Burjan, online unter <<http://www.hildegardburjan.at/seligspredung/hildegard-burjan-komitee-und-hildegard-burjan-forum/hildegard-burjan-komitee-und-hildegard-burjan-forum.html>> (27.11.2017).

Creative Heroes (Hg.), Answergarden, a minimal tool for maximum feedback (2017), online unter <<https://answergarden.ch/>> (23.10.2017).

Robert *Danneberg*, Die politischen Parteien in Deutschösterreich. Die Wahlen im ersten Jahrzehnt der Republik. Statistische Betrachtungen von Robert Danneberg (Wien 1927).

Barbara *Dmytrasz*, Alois *Ecker*, Irene *Ecker*, Friedrich *Öhl* (Hg.), Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Modelle, Texte, Beispiele (2. Auflage, 2012), online unter <http://www.geschichtsdidaktik.eu/fileadmin/user_upload/Cover_Korrektur_18_06_2012_Broschuere.pdf> (25.11.2017).

Ulrike *Ebenhoch*, Alois *Scheucher*, Anton *Wald* (Hg.), Zeitbilder 4 (Wien, 2004).

Alois *Ecker*, Lehr-/Lernziele. In: Geschichte Online (GO), online unter <<https://www.univie.ac.at/gonline/htdocs/upload/File/import/1541.pdf>> (06.01.2018).

Andrea *Ellmaier*, Frauenpolitik. Zur Geschichte emanzipatorischer Politik und Praxis (in der Ersten Welt). Am Beispiel Österreich. In: Forum Politische Bildung, Geschlechtergeschichte – Gleichstellungspolitik – Gender Mainstreaming (=Information zur Politischen Bildung Bd. 26, Innsbruck/Wien/Bozen 2006).

Andrea Ertl, Olga Rudel-Zeynek – die erste Frau an der Spitze des Bundesrates. In: Parlamentsdirektion, Olga Rudel-Zeynek, Pionierin im Parlament (Wien, 2003).

Angela Frey-Eiling, Karl Frey, Das Lernen unterstützen mit Lernpostern. Das Gruppenpuzzle, online unter <<http://paedpsych.jk.uni-linz.ac.at/INTERNET/ARBEITSBLAETTERORD/UNTERRICHTSFORMORD/GRUPPENPUZZLEOUT/Gruppenpuzzle.html>> (26.10.2017).

Gabriella Hauch, Frauen bewegen Politik. Österreich 1848 – 1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung Bd. 10 (Innsbruck 2009).

Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919 – 1933. Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 7 (Wien 1995).

Gabriele Heinisch-Hosek, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. Jahrgang 2016. Teil II, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2016_II_113/BGBLA_2016_II_113.html> (27.11.2017).

Thomas Hellmuth, Christoph Kühberger, Kommentar zum Lehrplan der Neuen Mittelschule und der AHS-Unterstufe „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ (2016). In: BMB Bundesministerium für Bildung (Hg.), online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/lp/GSKPB_Sek_I_2016_-_Kommentar_zum_Lehrplan_Stand_26-09-2016.pdf?61edvr> (28.11.2017).

Helga Hofmann-Weinberger, Amalie Seidel. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675407> (23.08.2017).

Initiative 70 Jahre Frauenwahlrecht, Wer wählt gewinnt? (Wien 1989). In: Demokratiezentrum, online unter <<http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/frauenwahlrecht.pdf>> (08.01.2018).

Lydia *Jammernegg*, Allgemeiner Österreichischer Frauenverein. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675071> (26.09.2017).

Lydia *Jammernegg*, Bund österreichischer Frauenvereine. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675147> (27.09.2017).

Lydia *Jammernegg*, Irene Sponner. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=10369073> (06.10.2017).

Lydia *Jammernegg*, Julie Rauscha. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675329> (24.08.2017).

Lydia *Jammernegg*, Katholische Reichsfrauenorganisation Österreichs. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8674936> (30.10.2017).

Lydia *Jammernegg*, Österreichische Frauenpartei. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8674881> (03.05.2017).

Fritz *Kaufmann*, Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei von 1889 bis zur Gegenwart (Wien/ München 1978).

Christoph *Kühberger*, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen. Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

Christoph *Kühberger*, Operatoren als strukturierende Elemente von Aufgabenstellungen für Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. In: Bundesministerium für Bildung und Frauen (Hg.) Die kompetenzorientierte Reifeprüfung. Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. Richtlinien und Beispiele für Themenpool und Prüfungsaufgaben, online unter <https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/reifepruefung_ahs_lfgsk_21067.pdf> (06.01.2017).

Trevor Owen *Lloyd*, Suffragetten. Die Emanzipation der Frau in der westlichen Welt (Lousanne, 1970).

Anton *Maier*, Sozialpolitik im abgelaufenen Nationalrat. In: Grazer Volksblatt, Nr. 89, 17. Apr. 1927, 60. Jg., .2

Elisabeth *Malleier*, Marie Tusch. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675478> (23.08.2017).

Elisabeth *Malleier*, Therese Schlesinger. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675385> (23.08.2017).

Mind Mapping, online unter <<http://www.mindmapping.com/de/>> (26.10.2017).

Hermann *Maurer*, Trautl *Brandstaller*, Peter *Diem*, Helga Maria *Wolf* (Hg.), Hans Resel, In: Austria Forum, online unter <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Hans_Resel> (30.11.2017).

Peter Mayr, Katharina Mittelstaedt (7.2.2017), 35 Prozent: SPÖ verpflichtende Frauenquote im Parlament, In: derStandard, online unter
<<https://derstandard.at/2000052260722/Parlament-SPOe-fuer-verpflichtende-Frauenquote>>
(03.01.2018).

Alma Motzko-Seitz, Olga Rudel-Zeynek zum Gedächtnis. In: Frau von heute, Nr. 36, 2. Sept. 1948, 3. Jg.

Parlament, Biografie von Lotte Furreg, online unter
<https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00426/index.shtml> (26.10.2017).

Parlament, Entwicklung des Frauenanteils im Nationalrat, online unter
<https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/entwicklung_frauenanteil_NR.shtml> (24.10.2017).

Parlament, Grundsätze des Wahlrechts, online unter.
<<https://www.parlament.gv.at/PERK/PARL/DEM/GRUNDS/>> (20.09.2017).

Parlament, Karl Seitz, online unter
<https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01783/index.shtml> (27.11.2017).

Parlament, online unter <<https://www.parlament.gv.at/>> (27.10.2017).

Parlament, Zusammensetzung des Nationalrates von 1920 (1919) bis 1934 (aufgrund des jeweiligen Wahlergebnisses), online unter
<<https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNR/>> (28.04.2017).

Frank Patalong, Bürgerkrieg der Geschlechter. Suffragetten-Bewegung. In: Spiegel Online (01.03.2013), online unter <<http://www.spiegel.de/einestages/suffragetten-bewegung-buergerkrieg-der-geschlechter-a-951045.html>> (15.09.2017).

Karl *Renner*, Der Staatsrat beschließt das Frauenstimmrecht (1918). In: Richard *Klucsarits*, Friedrich G. *Kürbisch* (Hg.), Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht. Autobiographische Texte zum Kampf rechtloser und entrechteter „Frauenpersonen“ in Deutschland, Österreich und der Schweiz des 19. Und 20. Jahrhunderts.

Günther *Schefbeck*, Die Volksvertreterin. Frauenwahlrecht und parlamentarische Vertretung der Frauen in Österreich (Wien 2005).

Therese *Schlesinger*, Strafjustiz und Erziehung. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift 22 (1929), H. 9, 416.

Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich. Jahrgang 1920 (Wien 1920). In: Alex Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Staatsgesetzblatt 1918 – 1920. In: Österreichische Nationalbibliothek 2011, online unter <<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=1920&size=45&page=1877>> (13.01.2018).

Nicola *Staritz*, Adelheid Popp. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter, <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8674924> (01.06.2017).

Nicola *Staritz*, Anna Boschek. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675130> (04.09.2017).

Nicola *Staritz*, Emmy Freundlich. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter <http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675277> (06.09.2017).

Nicola *Staritz*, Gabriele Proft: In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter
<http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675321
> (23.08.2017).

Nicola *Staritz*, Hildegard Burjan. In: Ariadne 2016 – Österreichische Nationalbibliothek, Frauen in Bewegung: 1848 – 1938, online unter
<http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/PersonDetail.aspx?p_iPersonenID=8675151
> (02.06.2017).

Statistische Zentralkommission (Hg.) Beiträge zur Statistik Deutschösterreichs, 1. Heft. Die Wahlen für die Konstituierende Nationalversammlung. 1. Vorläufige statistische Ergebnisse (Wien, 1919). In: Bundesministerium für Inneres, online unter
<http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1919.pdf.>
(19.10.2017).

Rodney *Stiefbold*, Arlette *Leupold-Löwenthal*, Georg *Ress*, Walther *Lichem*, Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch: 3: Teil C. Wahlstatistik (Wien 1966).

Technisches Museum Wien mit Österreichische Mediathek (Hg.), Adelheid Popp: Wahlrede für die Nationalratswahl vom 9. November 1930. In: Österreichische Mediathek, audiovisuelles archiv – technisches museum wien, online unter
<<https://www.mediathek.at/unterrichtsmaterialien/suche/detail/atom/139F4290-12D-001A5-00000C74-139E6537/pool/BWEB/>> (23.10.2017).

Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek (Hg.), Unterrichtsmaterialien, Frauenbewegung. Zur Frauenbewegung in Österreich: Frauenarbeit und Fristenlösung. In: Österreichische Mediathek, audiovisuelles Archiv – technisches Museum, online unter
<<https://www.mediathek.at/unterrichtsmaterialien/frauenbewegung/>> (23.10.2017).

Petra *Unger*, (2012): „Sie wollen das Leben...!“ Skizze zur Ersten Frauenbewegung in Österreich. In: Birge *Krondorfer*, Hilde *Gammell* (Hg.), Frauen-Fragen: 100 Jahre Bewegung, Reflexion, Vision (Wien 2012).

Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik, 7. Auflage (München 2013).

Franz E. *Weinert*, Leistungsmessungen in Schulen. Vergleichende Leistungsmessung in Schulen - eine umstrittene Selbstverständlichkeit (2. Auflage, Weinheim/Basel 2002).

YouTube, Exklusiv Suffragette Trailer German Deutsch (2016), online unter https://www.youtube.com/watch?v=pBwfQ_ClFiU&t=5s (06.01.2017).

Birgitta *Zaar*, Frauen und Politik in Österreich 1890 – 1934. Ziele und Visionen. In: David F. *Good*, Margarete *Grandner*, Mary Jo *Maynes* (Hg.), Frauen in Österreich. Beiträge zu ihrer Situation im 19. und 20. Jahrhundert (Wien/Köln/Weimar 1994).

15 Anhang

Abstract

My diploma thesis is about the political participation of women between 1918 and 1933 in Austria. In addition, it demonstrates how this topic can be implemented in teaching units. On the one hand, my paper describes how women were politically active, not only at elections, in which they had been allowed to vote since 1918, but also it takes a closer look at women's roles in politics and looks if they were able to change something.

On the other hand, there are examples of school lessons, which show how these historical events can be linked to the present. These lessons could be based on current events such as the actual national elections or the International Women's Day.

After the First World War women made the majority of votes but they didn't participate in the same way as men did. Besides being voters, women were also active in different parties.

Between 1919 and 1933, six to thirteen women were representatives of the parliament and they worked in the departments of education, social responsibility, finance, budget and justice. In the 1920s women's election papers had different colors than men's, so experts were able to analyse how many women voted and which party they preferred. These statistics also gave the opportunity to show what it would look like if women were not participating at the elections or the other way around. The attendance of women and men were not the same neither in the parliament nor in the parties.

Kurzfassung

Die Diplomarbeit „Die politische Beteiligung von Frauen zwischen 1918 und 1933 mit Möglichkeiten zur Umsetzung im Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ gliedert sich in einen fachtheoretischen und einen fachdidaktischen Teil. Im fachtheoretischen Teil wird untersucht, wie sich Frauen politisch beteiligten. Sie waren nicht nur als Wählerinnen politisch aktiv, sondern waren auch im Parlament als Abgeordnete vertreten. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Frauen die Stimmenmehrheit, partizipierten aber nicht im selben Ausmaß als Männer. Frauen organisierten sich in parteiunabhängigen Vereinen und waren Mitglieder in den Parteien. Zwischen 1919 und 1933 waren sechs und dreizehn Frauen im Parlament vertreten. Sie waren verantwortlich für die Bereiche Erziehung, Unterricht, Soziale Verantwortung, Finanzen, Budget und Justiz. Mit den farblich unterschiedlichen Wahlkuverts nach Geschlecht wurde es 1920 möglich, die Wahlen genauer zu analysieren. Diese Statistiken zeigen wie Frauen und Männer gewählt haben und auch, wie die Wahlen ausgegangen wären, hätte jeweils nur eines der beiden Geschlechter gewählt. Obwohl die Frauen die Stimmenmehrheit hatten, waren sie weder in den Parteien noch im Parlament zu gleichen Teilen wie Männer vertreten. Im fachdidaktischen Teil werden anschließend Ideen für Unterrichtseinheiten erstellt, die sowohl die Kompetenzorientierung als auch die didaktischen Prinzipien und Konzepte berücksichtigen. Durch den Bildungs- und Lehrauftrag für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsperspektiven“ wird es ermöglicht anhand aktueller Ereignisse eine Verknüpfung zur Vergangenheit herzustellen.